

Nordsächsische Zustände Spezial
Ein Bericht zu rechtsextremen Strukturen
und Verschwörungsideologien

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Herausgeber:
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstr 12
10115 Berlin
Telefon +49 (0)30.240 886 10
Info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Marie Künne, Lilli Hampel

Autor*innen: chronik.LE, Steven Hummel, Benjamin Winkler, Sophie Nissen, Richard Buchner, Dounia Ablali, Marie Künne

Lektorat: Sophie Nissen, Marie Künne

Layout: Wigwam eG, Design

Rechte: © 2023 Amadeu Antonio Stiftung

Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf*innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

Das Projekt „Debunk – verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegenzutreten“ und die vorliegende Publikation wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ und des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Wir möchten uns zudem bei all unseren Spender*innen bedanken, die die Arbeit der Stiftung ermöglichen, vor allem auch in noch wenig öffentlich wahrgenommenen und nicht geförderten aktuellen und neuen Themenfeldern.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

debunk
VERSCHWÖRUNGSTHEORETISCHEM
ANTISEMITISMUS ENTGEGENTRETEN

chronik.LE

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch

WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

02 Editorial

04 Kapitel 1: Die extreme Rechte in Nordsachsen

05 Nordsachsen rechts außen – Rückblick auf 15 Jahre extrem rechte Aktivitäten – **chronik.LE**

10 Die AfD in Nordsachsen – **chronik.LE**

17 RechtsRock in Staupitz – Ende eines wichtigen Konzertstandortes? – **Steven Hummel**

24 Fußball und Kampfsport als Agitationsfeld der extremen Rechten in Nordsachsen – **chronik.LE**

30 Kapitel 2: Verschwörungsideologien und Antisemitismus in Nordsachsen

31 Von Pegida bis zur Energiekrise – Straßenproteste in Nordsachsen – **Marie Künne**

38 Der Wahn von Reich und Selbstverwaltung: Reichsbürger*innen in Nordsachsen – **Benjamin Winkler**

42 Hagen Grell: Der gescheiterte Gang vom rechten Online-Aktivismus in die Kommunalpolitik – **Sophie Nissen**

47 Sachsen als Zentrum der Friedlichen Revolution und sonst nichts weiter? – **Richard Buchner, Dounia Ablali**

54 Kapitel 3: Demokratie unter Druck

55 Eine Chronik: Ereignisse aus dem rechten und verschwörungsideologischen Kontext in Nordsachsen

58 4 Fragen an... – Interviews mit demokratischen Akteur*innen

62 Das Modellprojekt *debunk* der Amadeu Antonio Stiftung im Landkreis Nordsachsen

64 Demokratieförderung in Nordsachsen – Kontakte und Adressen

Editorial

Am 25. September 2023 findet in Eilenburg im Landkreis Nordsachsen eine Demonstration statt, die sich gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt richtet. Beworben wurde die Veranstaltung über die örtliche AfD und den Freie-Sachsen-Kanal auf Telegram unter den Slogans „Eilenburg wehrt sich. Keine Container für illegale Einwanderer! Die Ampel muss gestoppt werden. Wir, das Volk, sind der Souverän.“ Rassistische Narrative zu Migration vermengen sich mit völkischer Ideologie und dem Aufruf zu Widerstand. An der Demonstration haben mehrere hundert Menschen teilgenommen, unter anderem Anhänger*innen extrem rechter Parteien. Sichtbaren Gegenprotest gab es nicht.

Der Protest in Eilenburg reiht sich ein in eine ganze Abfolge von rassistischen Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2023, die sich insbesondere gegen den Schutz und die Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis Nordsachsen richten. Dabei wird gegen Minderjährige und Menschen gehetzt, die auf der Flucht sind, und einschlägige Neonazis, wie Anhänger*innen der Jungen Nationalisten, marschieren durch die Straßen von Nordsachsen.

Das BKA verzeichnet im ersten Halbjahr 2023 einen Anstieg rechtsmotivierter Straftaten in ganz Deutschland, die Opferberatungsstelle der RAA Sachsen zählt in ihrer Statistik für 2022 14 rechtsmotivierte Angriffe. Damit zählt Nordsachsen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu den Hotspots rechter Gewalt in Sachsen.

Um dieser Tendenz etwas entgegenzusetzen, bedarf es lokaler Strategien. Das Projekt debunk der Amadeu Antonio Stiftung konzentriert sich in seiner Arbeit seit März 2020 auf die pädagogische Arbeit zu dem Thema Verschwörungsideologien in Sachsen. Innerhalb von Sachsen konzentriert sich die Projektarbeit auf drei Schwerpunktregionen: Vogtland, Bautzen und Nordsachsen. Der Ansatz der lokalen Arbeit ist es, sich auf spezifische regionale Bedarfe einzustellen und auf diese reagieren zu können. Die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ein zentraler Baustein in der lokal-orientierten Arbeit.

Die Beobachtungen, die wir in Nordsachsen machen, müssen auch beispielhaft für die regionalen Besonderheiten insbesondere ländlicher Regionen in Ostdeutschland verstanden werden. Der Landkreis Nordsachsen ist, wie auch andere Regionen in Ostdeutschland, geprägt von einem anhaltenden Strukturwandel und Bevölkerungsschwund, insbesondere der jungen Bevölkerung. Lücken in sozialer Infrastruktur sowie das Fehlen sozialer Angebote für Jugendliche werden von rechten Akteur*innen und rechter Subkultur gefüllt.

Die Amadeu Antonio Stiftung hat es sich seit ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht, diejenigen zu unterstützen und zu fördern, die sich für eine demokratische und offene Gesellschaft einsetzen. Das Projekt debunk hat gemeinsam mit dem Dokumentationsprojekt chronik.LE in den letzten Jahren eng mit demokratischen Akteur*innen aus dem Landkreis Nordsachsen zusammengearbeitet. Aus dieser Arbeit heraus wissen wir: Es gibt in Nordsachsen zahlreiche demokratische Stimmen und Räume der Vielfalt und Offenheit. Diese stehen jedoch unter Druck. Die Raumnahme von extrem rechten Akteur*innen auf der Straße und in Diskursen ist real.

Ein Bedarf, der uns gegenüber in Nordsachsen immer wieder geäußert wurde, ist die kontinuierliche Dokumentation und Aufklärung über demokratiegefährdende Aktivitäten und Akteur*innen. Mehr Wissen über Aktivitäten der extremen Rechten sowie über verschwörungsideologische Mobilisierung im Landkreis soll den Ausgangspunkt schaffen für Aufklärung. Lokale Zivilgesellschaft, demokratische Parteien sowie Verwaltung sollen mithilfe dieser Broschüre im Handeln gegen menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen bestärkt werden.

Diese Broschüre hat einen Vorläufer: 2012 veröffentlichte chronik.LE die „Nordsächsischen Zustände“, in der sowohl Vorfälle extrem rechter Gewalt als auch Hintergrundinformationen zu Akteur*innen aufgearbeitet wurden. Die neue Broschüre, *Nordsächsische Zustände Spezial*, die in Zusammenarbeit der Amadeu Antonio Stiftung und chronik.LE entstanden ist, soll eine Aktualisierung darstellen. Zudem wird der inhaltliche Fokus erweitert. Der Redaktion war es ein Anliegen, Demokratiegefährdung nicht nur als „extrem“ rechtes, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betrachten.

Die Autor*innen dieser Ausgabe haben sich mit verschiedenen Aspekten der extremen Rechten und dem Phänomenbereich Verschwörungsideologien und Antisemitismus beschäftigt. Die Artikel finden sich in zwei Kapiteln: Das erste widmet sich Akteur*innen und Formen der Organisation der extremen Rechten. Die Auseinandersetzung mit konkreten Akteur*innen, soll die Leser*innen über verschiedene politische Strategien der rechten Raumnahme in Nordsachsen informieren.

Das zweite Kapitel der Broschüre widmet sich dem Themenfeld Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Gerade in den vergangenen Pandemie-Jahren konnte beobachtet werden, dass Verschwörungsideologien als Scharnier zwischen der extremen Rechten und bürgerlich-konservativen Akteur*innen der Gesellschaft fungieren. Diese Bewegungen in Nordsachsen sollen anhand der Artikel nachvollziehbar gemacht werden. Mit einem Blick auf die Erinnerungsarbeit in Nordsachsen zur Shoah wird die historische und strukturelle Verbindung von Verschwörungsideologien und Antisemitismus im zweiten Kapitel aufgegriffen und untersucht.

Im Anschluss an die zwei Analysekapitel stellen im dritten Kapitel Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft ihre Arbeit in Nordsachsen und ihre Perspektive auf den Landkreis vor. Einen Ausschnitt des demokratischen Engagements in dieser Broschüre abzdrukken, soll die wichtige und unermüdliche Arbeit würdigen und wertschätzen, die trotz aller Herausforderungen täglich stattfindet. Abschließend stellt das Projekt debunk die eigene Arbeit in Nordsachsen und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen vor.

Wir hoffen mit dieser Broschüre einerseits eine genauere Beschreibung davon zu geben, durch wen und wie die Demokratie in Nordsachsen gefährdet ist. Andererseits hoffen wir mit der Vorstellung verschiedener Projektansätze, einen Anstoß zu geben, demokratischen Akteur*innen in Nordsachsen zu stärken und zu unterstützen.

Kapitel 1: Die extreme Rechte in Nordsachsen



Nordsachsen rechts außen – Rückblick auf 15 Jahre extrem rechte Aktivitäten

von chronik.LE

Dies ist ein Überblicksartikel über Aktivitäten der extremen Rechten im Landkreis Nordsachsen der vergangenen 15 Jahre bis in die Gegenwart. Der Text ist in drei Teile gegliedert und versucht chronologisch Kontinuitäten in der Organisation und Themensetzung, aber auch Veränderungen zu analysieren. Grundlage sind vor allem Artikel und Dossiers von chronik.LE, Ereignisse aus der Dokumentation auf der Website chronikle.org sowie regionale Presseberichte.

2008- 2015: NPD, JN und Freie Kräfte

Als vor über zehn Jahren die erste Ausgabe der Dokumentationsbroschüre *Nordsächsische Zustände* veröffentlicht wurde, war dies auch eine Reaktion auf ein ambitioniertes Vorhaben, das führende Kader der sächsischen Neonaziszene 2010 verlautbart hatten. Die damals in der NPD, in deren Jugendorganisation, der JN, oder in freien Zusammenschlüssen organisierten Neonazis wollten den Landkreis Nordsachsen zu einer „Muster- und Modellregion“ ausbauen. Zum Führungspersonal gehörten Paul Rzehaczek, der von 2019 bis 2022 Vorsitzender der JN werden sollte,¹ sowie Maik Scheffler, bis 2014 Vorsitzender des nordsächsischen Kreisverbandes und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Sachsen.²

Bis 2012 zeichnete sich die nordsächsische Neonazi-Szene durch ihren arbeitsteiligen, auf die NPD ausgerichteten Charakter aus: Die NPD besetzte kommunale Mandate im Kreistag (4) und in Gemeinderäten (Delitzsch, Eilenburg, Oschatz, Liebschützberg). Zugleich stellte die NPD bei der Landtagswahl 2009 mit einem Wahlergebnis von 5,6 Prozent 8 Landtagsabgeordnete. Währenddessen sorgte die JN für die Agitation und Schulung des Nachwuchses. Dafür sollten „Nationale Schulungszentren“ in Immobilien in Oschatz, Eilenburg und Delitzsch genutzt werden, in denen unter anderem auch Kampfsport trainiert werden sollte.³ Die JN-Ortsgruppen in Oschatz, Torgau und Delitzsch/Eilenburg fusionierten 2011 zur JN-Nordsachsen. Diese wurde von Paul Rzehaczek übernommen, der 2014 Stadtrat in Eilenburg sowie Kreisrat für die NPD wurde. Er legte eine steile Parteikarriere vom Landesorganisationsleiter der JN in Sachsen und Vorstandsmitglied des nordsächsischen NPD-Kreisverbandes bis zum Bundesvorsitzenden der JN (2019–2022) hin.

Neben der Parteiarbeit gab es enge Verbindungen zwischen der JN und sogenannten Freien Kräften, „also Neonazis, die sich nicht in Parteien organisieren“.⁴ Die nordsächsische Entsprechung war das „Aktionsbüro Nordsachsen“, ein Ableger des „Freien Netz“, welches wiederum aus einer Organisation von Kameradschaften hervorging. Maik Scheffler wurde in den *Nordsächsischen Zuständen* als Bindeglied zwischen Freien Kräften und der NPD benannt. Die damalige Redaktion beschrieb das „Freie Netz“ als bestehend aus „einem festen Kern aus Kadern [...] und viele[n] lose[n] strukturierte[n] Sympathisant*innen [...], die zügig für Aufmärsche und andere Aktionen mobilisiert werden können. Mitglieder, wie auch Sympathisant*innen des Freien Netzes, propagieren ein klar nationalsozialistisches Weltbild. Sie weisen eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf und treten vor allem mit Propagandaaktionen, Kundgebungen und Aufmärschen in der Öffentlichkeit auf.“⁵

1 Beim JN-Bundeskongress im April 2022 wurde Paul Rzehaczek als Vorsitzender der Organisation durch Sebastian Weigler aus Braunschweig abgelöst. Offenbar hat Rzehaczek an dem Treffen in Thüringen gar nicht teilgenommen.

2 Maik Scheffler tritt 2015 aus der NPD aus und ist seitdem in neuer Rolle als „Aussteiger“ in der politischen Bildung und auf Twitter aktiv.

3 chronik.LE: „Nazistrukturen in Nordsachsen“, in: *Nordsächsische Zustände* 2012, S. 11

4 Ebd., S. 9

5 Ebd., S. 10

Die Neonazis waren in hohem Maße gewalttätig: Am 26. Dezember 2009 brannte das Haus einer Sinti*zze-Familie in Klingenhain nach einem Brandanschlag nieder, nachdem sie jahrelang angefeindet wurde. Der Wohnungslose André K. wurde am 27. Mai 2011 aus sozialdarwinistischen Motiven in Oschatz angegriffen und starb am 1. Juni aufgrund seiner Verletzungen. Einer der Täter war der JN Nordsachsen zuzurechnen.⁶ Am 18. März 2012 wurden Konzertbesucher*innen in Delitzsch angegriffen.⁷

Nach dem knapp gescheiterten Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag 2014 (4,9 Prozent) setzte ihr Niedergang auf den regionalen Organisationsebenen ein. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 errang die Partei immerhin noch drei Kreistagsmandate sowie jeweils vier Stadt- bzw. Gemeinderatssitze in Nordsachsen.

2015–2021: Niedergang der NPD, Aufstieg der AfD und rassistische Mobilisierung

Die Gründung der AfD 2013 und der Niedergang der NPD spätestens ab 2014 führten zu Veränderungen in der Organisation der extremen Rechten. Ab 2014 organisierten Neonazis und rechte Bürger*innen im Umland rassistische Demonstrationen, traten aber nun unter unverfänglicheren Namen von Bürgerinitiativen auf, z. B. „Unser Eilenburg“, „Unser Delitzsch“. Es folgten rassistische Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, z. B. am 27. September 2014 in Mügeln⁸ oder am 6. November 2015 in Schkeuditz⁹.

Der AfD gelang es, der NPD auch auf parlamentarischer Ebene den Rang abzulaufen. Bei der Landtagswahl 2014 konnte sie in Nordsachsen einstellige Prozentzahlen der Stimmen gewinnen, bei der Bundestagswahl 2017 waren es im Landkreis Nordsachsen 26,9 Prozent. Listenkandidat Detlef Spangenberg zog in den Bundestag ein. Im Wahlkampf machte Sandro Oschkinat aus Audenhain mit seiner 2015 gegründeten Wählervereinigung „Spektrum aufrechter Demokraten“ bei einem Protest gegen den Wahlauftritt Angela Merkels in Torgau am 6. September 2017 Schlagzeilen.¹⁰ Bis Ende 2018 war er kurzzeitig für die AfD aktiv, unter anderem im Kreisvorstand. 2020 trat er als Bürgermeisterkandidat in Mockrehna an, 2021 als Einzelkandidat bei der Bundestagswahl, scheiterte beide Male deutlich und ist seitdem nicht mehr politisch in Erscheinung getreten.

Bei der Kommunalwahl 2019 gewann die AfD in Nordsachsen mit 19,4 Prozent 16 Sitze im Kreistag und insgesamt 43 Mandate in 12 Gemeinderäten, wobei lediglich 34 von ihnen besetzt werden konnten,¹¹ da zu wenige Kandidat*innen aufgestellt wurden.¹² Die NPD konnte 2019 nur noch ein Kreistagsmandat mit Uwe Bautze aus Oschatz besetzen. Bei der im selben Jahr

6 Rassismus Tötet Leipzig: „Gegen jeden Sozialdarwinismus – In Gedenken an André K.“, online unter: <https://www.rassismus-toetet-leipzig.org/index.php/gegen-jeden-sozialdarwinismus-in-gedenken-an-andre-k/>

7 Siehe chronik.LE: „Delitzsch: Schwerverletzte nach Naziübergriff auf Konzertbesucher“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/delitzsch-schwerverletzte-naziuebergriff-konzertbesucher>

8 Siehe chronik.LE: „Brandstiftung an Asylsuchendenwohnung in Mügeln“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/brandstiftung-asylsuchendenwohnung-muegeln>

9 Siehe chronik.LE: „Dachstuhl von geplanter Asylunterkunft in Flammen“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/schkeuditz-dachstuhl-geplanter-asylunterkunft-flammen>

10 Siehe chronik.LE: „Wahlkampfveranstaltung von Angela Merkel in Torgaugestört“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/wahlkampfveranstaltung-angela-merkel-torgau-gestoert>

11 chronik.LE: Rechtsaußen in der Kommunalpolitik, S. 19, 28 ff., sowie chronik.LE: Dossier „Auswertung Kommunalwahl 2019“, online unter: <https://chronikle.org/dossiers>

12 Den Wahlergebnissen und dem Personal der AfD in Nordsachsen widmet sich der Artikel „Die AfD in Nordsachsen“ in diesem Kapitel.

stattfindenden Landtagswahl gewann Gudrun Petzold (AfD) in ihrem nordsächsischen Wahlkreis das Direktmandat gegen den langjährigen Leipziger Polizeipräsidenten Bernd Merbitz (CDU). Bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die AfD in Nordsachsen mit einem Zweitstimmenanteil von 27,2 Prozent einen etwas geringeren Wert als bei der Landtagswahl 2019.

2021 bis zur Gegenwart: Etablierung der AfD und „Freie Sachsen“

Ab 2020 etablierten sich wöchentlich stattfindende Demonstrationen gegen die Corona-Hygiene-maßnahmen, sogenannte Spaziergänge, die auch nach der Pandemie mit wechselnden Themen Menschen – häufig flankiert und unterstützt von Neonazis – auf die Straße brachten. Aus den Protesten ging im Februar 2021 die neue Partei „Freie Sachsen“¹³ hervor, deren Personal sich unter anderem aus erfahrenen Neonazis zusammensetzt. Auch die AfD mobilisiert für diese Demonstrationen.

Dabei werden einfache Lösungen für komplexe Probleme gefordert. Die Themen, die als Anlass für die Mobilisierung genommen werden, sind Corona, der Krieg in der Ukraine, die Energie-Krise oder die Unterbringung von Geflüchteten.¹⁴ Für die Krisen werden Personen oder Gruppen verantwortlich gemacht, die etablierte Feindbilder darstellen und denen unterstellt wird, von den Krisen zu profitieren. Diese Anfeindungen richten sich zudem gegen alle, die dem Bild der heilen „Volksgemeinschaft“ widersprechen oder wie es ein Demonstrant mit AfD-Mütze in Strelln im Januar 2023 in einem Beitrag von Spiegel TV unwidersprochen zusammenfasste: „Alle Ausländer raus. [...] Die N*, die Afrikaner, [...] die Afghanen, die Syrer, die Homosexuellen, alles raus.“¹⁵ In Nordsachsen fanden Demonstrationen unter anderem in Bad Dübau, Belgern, Delitzsch, Eilenburg, Oschatz, Schkeuditz und Torgau statt.

Bei einer Demonstration der Freien Sachsen in Laußig am 19. Januar 2023, die mit dem Banner „Wir wollen keine – Asylantenheime“ inhaltlich nahtlos an die „Nein-zum-Heim“-Kampagne der NPD¹⁶ anknüpft, antwortete der parteilose Bürgermeister aus dem Gemeindehaus der Menge: „Ihr habt völlig recht, wir wollen das nicht!“ und „Ich finde es schlimm, dass ich nicht runter darf zu euch!“¹⁷ Am 12. Februar wurden Steine auf die Unterkunft geworfen.

In Strelln, einem Ortsteil von Mockrehna, äußerte ein Gemeinderat der Linken am 13. Dezember 2022, dass Geflüchtete oder in den wiedergegebenen Worten „jene Leute nicht nur mit Myrrhe und Weihrauch aus dem Morgenland kämen, sondern wohl auch mit Messern“.¹⁸ Am 31. Januar 2023 fand eine Informationsveranstaltung zur Unterbringung von Geflüchteten statt, auf der Gudrun Petzold (AfD) einen Protestbrief verlas. Im Vorfeld der Veranstaltung fand eine rassistische Kundgebung statt, an der Uta Hesse (Freie Sachsen) sowie die erfahrenen Neonazikader Michael Brück (Freie Sachsen) und Stefan Trautmann (NPD) teilnahmen.¹⁹ Anfang März betonierten Unbekannte Stahlstäbe in die Einfahrt der Unterkunft.

Im Wahlkampf zur Landratswahl 2022 zeigte sich Uta Hesse mit dem sächsischen NPD-Vorsitzenden Peter Schreiber aus Strehla im Nordwesten des Landkreises Meißen, unmittelbar angrenzend an Nordsachsen.²⁰ Die Nähe der Freien Sachsen und der NPD zeigte sich auch im Telegram-Kanal

13 Siehe zu den „Freien Sachsen“ Kulturbüro Sachsen: „Freie Sachsen, in Monitorium Rechts“, online unter: <https://kulturbuero-sachsen.de/monitorium-rechts-die-freien-sachsen/>

14 Dem Protestgeschehen widmet sich der Artikel „Von Pegida zur Energiekrise“ in Kapitel 2 von Marie Künne

15 Spiegel TV: „Streit um Flüchtlingsheime: Die Allianz von besorgten Bürgern und Nazis | SPIEGEL TV“, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=En-XdnTOk5E&ab_channel=DERSPIEGEL, ab 8:31 min.

16 Siehe zur Kampagne Belltower.news: „Lexikon: Nein zum Heim“, online unter: <https://www.belltower.news/lexikon/nein-zum-heim/>

17 Siehe chronik.LE: „Rassistische Mobilisierung in Lausig“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/rassistische-mobilisierung-in-lausig>

18 Siehe chronik.LE: „Rassistische Äußerungen eines Linken-Abgeordneten in Mockrehna“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/rassistische-aeusserungen-eines-linken-politikers-in-mockrehna>

19 Siehe chronik.LE: „Rassistische Mobilisierung in Strelln“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/rassistische-mobilisierung-in-strelln>

20 chronik.LE: Dossier „Rechte Kandidat*innen bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2022 im Leipziger Umland“, online unter <https://chronikle.org/dossiers>



Am 18.10.2023 zünden Unbekannte Pyrotechnik vor einer Geflüchtetenunterkunft und zeigen ein Banner, welches wenige Tage später bei einer Demonstration in Eilenburg erneut gezeigt wird.



Bildquelle: Screenshot Telegram-Gruppe „Unser Eilenburg!“

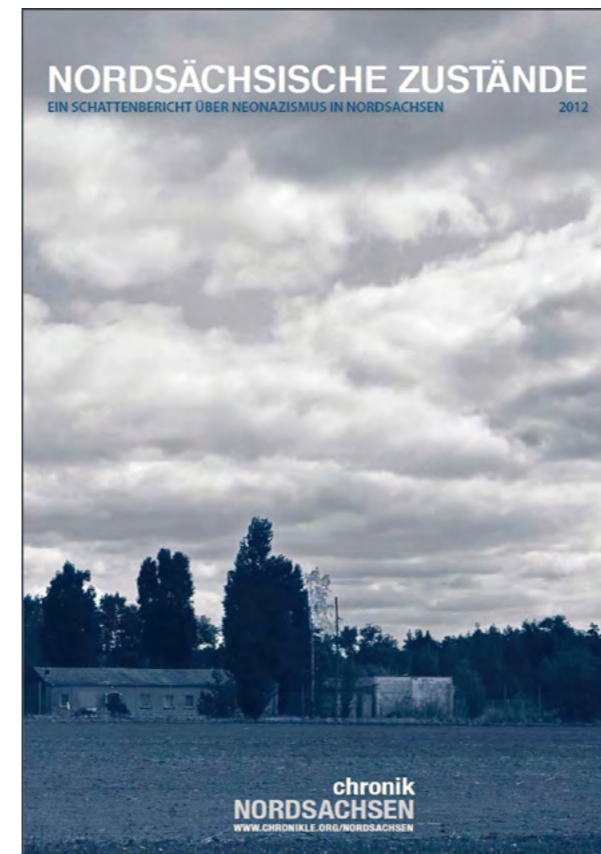
der Partei: So bewarb der Kanal „Freie Sachsen – Nordsachsen“ am 5. April 2023 den „DS-Netzwerktag“. DS steht für *Deutsche Stimme*, das Parteiorgan der NPD. Angekündigte Redner*innen, unter anderem oben genannter Peter Schreiber, sind einschlägige und bekannte Parteimitglieder der NPD. Stefan Trautmann wiederum, der für die NPD 2014 bis 2019 im Stadtrat in Döbeln und im Kreistag saß, bewarb in seinem Telegram-Kanal im Februar 2023 eine Kundgebung der Freien Sachsen anlässlich einer Veranstaltung gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft in Kriebethal (Mittelsachsen) mit Uta Hesse. Auch zur Unterschriftensammlung für ihre Kandidatur 2022 rief er per Weiterleitung einer Nachricht der Freien Sachsen auf. Trautmann verteidigte zudem bei einer Veranstaltung in Torgau im November 2022 zur RechtsRock-Konzertlocation Staupitz den Betreiber und verharmloste das Geschehen dort. Bei der bereits genannten Demonstration in Strelln im Januar 2023 trat er unter der Fahne der Freien Sachsen auf.

Nordsachsen: Modellregion nur anders?

Die extreme Rechte in Nordsachsen hat sich seit dem Erscheinen der *Nordsächsischen Zustände* im Jahr 2012 gewandelt. Wurde der Landkreis damals als „Modellregion“ ausgerufen, äußerten die Autor*innen der Broschüre damals schon Zweifel an deren Umsetzung, warnten aber zugleich vor den Auswirkungen der Präsenz von Neonazis in Parlamenten oder im Alltag. Trauten organisierte Neonazis damals noch in „Freien Kräften“, Kameradschaften oder in der NPD in Erscheinung, ist der Umriss der extremen Rechten in der Gegenwart verschwommener.

Während die neonazistische Organisation in der NPD²¹ oder in „Freien Kräften“ zurückging, trat die Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) in den vergangenen Jahren noch öffentlich

²¹ Mitte 2023 hat sich die Partei in die „Die Heimat“ umbenannt.



Cover der „Nordsächsischen Zustände“, chronik.LE, 2012

auf. So tauchten Aktivisten im Rahmen der Corona-Proteste auf oder versuchten einen Projekttag in Eilenburg am 22. September 2022 zu stören.²² Auch das extrem rechte subkulturelle Angebot in Nordsachsen blieb vielfältig: Die RechtsRock-Konzertlocation Gasthof Staupitz zog seit 2008 geschätzte 30 000 Besucher*innen an.²³ Im Februar 2023 sind Konzerte dort jedoch behördlich zunächst untersagt worden. Das Imperium Fight Team um Benjamin Brinsa hat sich 2019 in Taucha angesiedelt und bietet Kampfsporttraining an. Wiederholt fielen dessen Kämpfer mit rechter Gewalt auf, unter anderem bei einem rassistischen Angriff auf einen Türsteher 2020 oder beim Angriff auf Connewitz 2016, zeitgleich zu einer LEGIDA-Demonstration.²⁴

Statt der Dominanz der NPD und in deren Umfeld organisierter Neonazis hat sich die extreme Rechte differenziert und ist deutlich breiter aufgestellt. Denn weiterhin sind faschistische Strukturen und Akteur*innen in Nordsachsen aktiv, ergänzt um die AfD auf parlamentarischer Ebene. Zudem suchen überregional aktive Neonazis mit einschlägiger Biografie den Landkreis Nordsachsen unter der Fahne der „Freien Sachsen“ auf. Es zeigt sich in den vergangenen Jahren, dass die fast wöchentlich stattfindenden Proteste symbolisch den Kitt bilden, die organisierte Akteur*innen mit Menschen in Berührung bringt, die deren menschenfeindliche Einstellungen zumindest in Versatzstücken teilen und keine Notwendigkeit empfinden, sich von ihnen zu distanzieren oder sie zu kritisieren.

Diese Tendenz wird unterstützt von Parteien wie der AfD und den „Freien Sachsen“, die mit ihrem Wissen um Mobilisierung und Agitation sowie den notwendigen Ressourcen die Stimmung anheizen. Die Konsequenz dieser aufgeheizten Stimmung zeigt sich in der Statistik rechter Gewalt der RAA Sachsen: Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl steht Nordsachsen an dritter Stelle hinter Dresden und Leipzig, mit 14 rechten Angriffen im Jahr 2022.²⁵

²² chronik.LE: „Neonazis wollen Projekttag in Eilenburg verhindern“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/neonazis-wollen-projekttag-eilenburg-verhindern>

²³ Dem Konzertstandort Staupitz widmet sich der Artikel „Rechts rockt Staupitz. Ende eines wichtigen Konzertstandorts“ im ersten Kapitel, zudem Hummel, Steven: Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren, erschienen bei chronik.LE als Dossier am 30.08.2023, online unter: <https://chronikle.org/dossiers>

²⁴ Weitere Informationen zum „Imperium Fight Team“ befinden sich im Artikel „Fußball und Kampfsport als Agitationsfeld der extremen Rechten in Nordsachsen“.

²⁵ RAASachsen e.V.: „Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2022“, online unter: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968>

Die AfD in Nordsachsen – „Wir sind als AfD noch eine junge Partei“¹

von chronik.LE

Die „Alternative für Deutschland“ ist zehn Jahre nach ihrer Gründung zwar auf kommunaler Ebene in Nordsachsen angekommen. Für eine weitere Etablierung mangelt es aber noch an Personal. Mit den „Freien Sachsen“ könnte eine weitere Rechtsaußen-Partei der AfD 2024 Konkurrenz machen.

Im Juni 2021 veröffentlicht die nordsächsische AfD-Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold auf ihrer Internetseite ein Foto, das sie mit ihrem Landtagskollegen Lars Kuppi aus Mittelsachsen und ihrem Wahlkreismitarbeiter René Bochmann in der Geschäftsstelle des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch zeigt.² Bochmann ist seit 2017 Vorsitzender der AfD in Nordsachsen, er wurde bei der Kommunalwahl 2019 zusammen mit Petzold in den Kreistag gewählt und kandidierte zum Zeitpunkt des Besuches bei der Feuerwehr in Delitzsch für den Bundestag. Dank des Absturzes der CDU um zehn Prozentpunkte auf 22,8 Prozent der Erststimmen gelang ihm im September 2021 mit lediglich 27,8 Prozent der Einzug als direkt gewählter Abgeordneter ins Parlament. Zwischen den drei Politiker*innen präsentieren sich auf dem Foto vor der Flagge des Kreisfeuerwehrverbandes die Leiterin der Geschäftsstelle und der als „Leiter der Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit“ bezeichnete Kamerad Georg Seitz – beide in Feuerwehruniform. Der ursprünglich aus Bayern stammende Software-Unternehmer lebt wie René Bochmann in Bad Dübener. Im März 2023 wurde er zum Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes Delitzsch gewählt, im April folgte die Wahl zum Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen.

Von diesem Amt musste Seitz jedoch bereits zwei Monate später wieder zurücktreten. Er selbst begründete das mit „zusätzlichen Verpflichtungen“ in seinem Unternehmen und „verbandsinternen Konflikten“. Tatsächlich gab es im Verband Kritik an seiner offenbar ungerechtfertigten Beförderung zum Oberbrandinspektor – und an seiner Nähe zur AfD, mit der er die politische Neutralität der Feuerwehr verletzt habe.³ Zusätzlich zum gemeinsamen Foto im Wahlkampf war Seitz im April 2023 – bereits als Präsident des Landesfeuerwehrverbandes – auf Vorschlag der AfD als Sachverständiger in einer Anhörung im Bundestag aufgetreten. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass er diesen Auftritt René Bochmann zu verdanken hat. Der Abgeordnete ist für seine Fraktion stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und hat bei der Anhörung selbst eine Frage an den Feuerwehr-Funktionär gerichtet.⁴ In einer „Klarstellung“ im Juli 2023 betonen die AfD-Abgeordneten Petzold, Kuppi und Bochmann, Georg Seitz habe bei allen „bisherigen Arbeitstreffen“ stets die Neutralität gewahrt und sei „in seiner Wertung unpolitisch“ geblieben. Das Vorgehen des Landesfeuerwehrverbandes kritisieren sie als „ungebührlich und entwürdigend“.⁵

- 1 Zitat aus einem Aufruf der AfD-Stadträte in Torgau zu dortigen Oberbürgermeister-Wahl 2022
- 2 Website Gudrun Petzold vom 30.06.2021: „Situation der Feuerwehren lässt Alarmglocken schrillen!“
- 3 Freie Presse vom 25.06.2023: „Dienstgrad-Affäre und Zweifel an politischer Neutralität: Chef des Feuerwehrverbands Sachsen tritt zurück“, LVZ vom 26.06.2023: „Neu gewählter Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen tritt zurück“ und www.feuerwehrmagazin.de vom 27.06.2023: „Sachsens LFV-Präsident zurückgetreten“
- 4 Deutscher Bundestag: 39. Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, Zweite Anhörung „Digitalisierung im Bauleitplanverfahren“ am 17.04.2023
- 5 Website René Bochmann und AfD Nordsachsen vom 04.07.2023: „Klarstellung zum Rücktritt des sächsischen Landesfeuerwehrpräsidenten Georg Seitz“

„Tendenz steigend“

Auch wenn sich die mutmaßliche Nähe oder Naivität für den kurzzeitigen Landesfeuerwehrpräsidenten nicht ausgezahlt hat, verdeutlicht diese Episode, wie es der AfD in Nordsachsen inzwischen zusehends gelingt, sich als ganz normale Partei zu präsentieren und zu etablieren.⁶ Daran hat der unscheinbar wirkende Bürokaufmann René Bochmann als Kreisvorsitzender einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Er hat erkennbar Ruhe in den anfangs zerstrittenen Verband gebracht. Laut eigenen Angaben hat die AfD in Nordsachsen derzeit rund 120 aktive Mitglieder, angeblich mit „Tendenz steigend“.⁷

Vor knapp zehn Jahren sah das noch anders aus: Zur Kommunalwahl 2014 war die Partei aufgrund von internen Problemen gar nicht erst angetreten. Zur Bundestagswahl 2017 schickte sie den damals bereits 73-jährigen Landtagsabgeordneten Detlev Spangenberg aus Radebeul (Landkreis Meißen) ins Rennen. Dessen 26,8 Prozent bei den Erststimmen reichten damals noch nicht für das Direktmandat, er zog aber über die Landesliste in den Bundestag ein. Im Wahlkampf unterstützt hatte ihn der 1969 geborene René Bochmann, der erst 2016 in die AfD eingetreten war und dann im November 2017 zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Fast genau 30 Jahre zuvor war der junge Bochmann in der DDR Mitglied der SED geworden und bis 1990 geblieben.⁸

Im September 2019 kandidierte der Kreisvorsitzende noch erfolglos für den Landtag. Mit einem Stimmenanteil von 30,6 Prozent musste er sich im Wahlkreis Nordsachsen 2 (Gebiet um Eilenburg und Bad Dübener) dem damaligen Justizminister Sebastian Gemkow von der CDU geschlagen geben, der von Leipzig nach Nordsachsen ausgewichen war. Besser lief es für Gudrun Petzold aus dem zu Mockrehna gehörenden Strelln, die sich im Wahlkreis Nordsachsen 3 (Torgau-Oschatz) mit 33,3 Prozent knapp gegen den früheren Leipziger Polizeipräsidenten Bernd Merbitz durchsetzte. Über die Landesliste zog außerdem der Rechtsanwalt Roland Ulbrich für die AfD in den Landtag ein, der im Wahlkreis Nordsachsen 1 (Gebiet um Delitzsch) mit 26,8 Prozent das Direktmandat deutlich verfehlte. Ulbrich kommt aus Leipzig, wo er für die AfD im Stadtrat sitzt. Bei den Zweitstimmen kam die Partei bei dieser Wahl in den drei nordsächsischen Wahlkreisen im Durchschnitt auf Werte zwischen 27,3 und 32,3 Prozent, in zwei der drei Wahlkreise über dem Landesdurchschnitt von 27,5 Prozent.

Dank dieser Mandate im Landtag und im Bundestag kann die AfD mittlerweile Büros in allen größeren Städten des Landkreises betreiben: in Eilenburg (Kreisgeschäftsstelle), Delitzsch, Oschatz und Torgau.

- 6 Ähnlich zu bewerten sind die Besuche von Bochmann als Bundestagsabgeordneter bei der Bundespolizei in Bad Dübener (Oktober 2022 und Mai 2023) und in der Unteroffizierschule der Bundeswehr in Delitzsch (Januar 2023). Zu diesen Terminen hat er auf seiner Seite Fotos veröffentlicht. In Delitzsch wurde Bochmann u.a. von seinem Bundestagskollegen Hannes Gnauck begleitet. Der aktuelle Bundesvorsitzende der „Jungen Alternative“ ist selbst Soldat. Aufgrund „fehlender Verfassungstreue“ wurde er jedoch vom Dienst freigestellt und das Tragen der Uniform untersagt. Vgl. RBB24.de vom 27.07.2021: „MAD stuft Brandenburger AfD-Politiker Gnauck als Extremisten ein“
- 7 So heißt es zumindest im Begrüßungstext auf der Website der AfD Nordsachsen. Der gesamte Landesverband der AfD in Sachsen hatte im Juli 2022 nur noch 2.175 Mitglieder, rund 400 weniger als 2020. Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-mitglieder-101.html> vom 22.07.2022
- 8 Torgauer Zeitung vom 21.08.2019: „AfD-Kandidat René Bochmann im Porträt“ und Bochmanns Biografie auf www.bundestag.de.

AfD im Kreistag und in kommunalen Räten

Bei der Wahl zum Kreistag im Mai 2019 hat die AfD in Nordsachsen 19,4 Prozent erreicht. Aufgrund der auf kommunaler Ebene recht erfolgreichen Wählergemeinschaften (in Nordsachsen: 13,7 Prozent) ist der Anteil für Parteien bei diesen Wahlen meist geringer als auf Landes- und Bundesebene. Die AfD stellt seitdem 16 von 80 Mitgliedern des Kreistages.⁹ Dazu kommen 43 Mandate in zwölf Stadt- und Gemeinderäten, von denen allerdings 9 Plätze von Anfang an mangels Kandidat*innen nicht besetzt werden konnten. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei dabei mit 25,5 Prozent in Dommitzsch ganz im Norden des Landkreises. In den größeren Städten kam die Partei auf Werte zwischen 16 Prozent (Delitzsch) und 22,6 Prozent (Oschatz).¹⁰

Im Vergleich etwa zum Landkreis Leipzig gab es in Nordsachsen bisher relativ wenige Abgänge und Abspaltungen in den kommunalen Vertretungen. Im Juni 2020 hat Rico Winterlich aus Mügeln den Vorsitz der Kreistagsfraktion von Jörg Hoffmann aus Rackwitz übernommen, der dieses Amt aus „gesundheitlichen Gründen“ abgab. Im März 2022 haben Christoph Bienert aus Rackwitz und Roberto Nacken aus Zschepplin ihre Mandate niedergelegt, letzterer war zuvor für den im Juni 2020 verstorbenen Ralf Krause aus Oschatz nachgerückt. Für Bienert und Nacken sind Frank Winterlich und Bernd-Dieter Richter, beide aus Wermisdorf, nachgerückt. Die bislang letzte Veränderung im Kreistag: Fraktionsvize Dominik Buchmann aus Delitzsch ist 2022 von der AfD zur „Querdenken“-Partei Die Basis gewechselt und seitdem fraktionsloser Kreisrat.¹¹

Im Stadtrat von Delitzsch gehört Dominik Buchmann zusammen mit seiner Frau Daniela weiterhin der AfD-Fraktion an. Beide werden jedoch nicht als Unterzeichner*innen einer „Grundsatzklärung aller kommunalen Vertreter der AfD in Nordsachsen zur Unterbringung von Migranten im Kreisgebiet“ vom Februar 2023 genannt. Auch der ehemalige Kreisrat Christoph Bienert, der für die AfD weiterhin im Gemeinderat von Rackwitz sitzt, taucht hier nicht mehr auf.¹²

Kontinuität und Wechsel im Kreisvorstand

René Bochmann steht mittlerweile seit rund fünf Jahren an der Spitze des AfD-Kreisverbandes. Als sein Stellvertreter fungiert seit drei Jahren Tobias Heller, Stadtrat in Oschatz. Heller ist – wie zuvor Bochmann bis zur Wahl in den Bundestag – persönlicher Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold, außerdem ist er als Geschäftsführer bei der Kreistagsfraktion angestellt.

Im Dezember 2022 sind drei Personen aus dem Kreisvorstand ausgeschieden: Schatzmeister Felix Jüngling aus Dommitzsch sowie die Beisitzer*innen Daniela Buchmann und Reinhold Schurig. Zur neuen Schatzmeisterin wurde Manuela Scherwing aus Schkeuditz gewählt und Arthur Wagner zum

⁹ Die NPD kam bei der Wahl auf 1,3 Prozent und stellt mit Uwe Bautze aus Oschatz noch einen Kreisrat.

¹⁰ Vgl. chronik.LE (04/2020): Rechtsaußen in der Kommunalwahl. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, S. 28-31, online unter: <https://chronikle.org/leipziger-zustaende/rechtsaussen-kommunalpolitik-berichte-analysen-afd-leipzig-umgebung> und die Tabelle zu den Stadt- und Gemeinderät*innen in Nordsachsen

¹¹ Die Basis Sachsen vom 15.09.2022: „2. Ordentlicher Landesparteitag der Basis in Plauen: ein Fazit“.

¹² AfD Nordsachsen vom 10.02.2023: „Grundsatzklärung aller kommunalen Vertreter der AfD in Nordsachsen zur Unterbringung von Migranten im Kreisgebiet“

Ort/Gremium	Wahlergebnisse	Erzielte Mandate	Besetzte Mandate	Mandatsträger*innen aktuell
(KT = Kreistag, SR = Stadtrat, GR = Gemeinderat)			(in Klammern aktuell bei Veränderungen seit der Wahl 2019)	(mit * diejenigen, die in der „Grundsatzklärung aller kommunalen Vertreter der AfD in Nordsachsen zur Unterbringung von Migranten im Kreisgebiet“ vom Februar 2023 nicht als Unterzeichner*innen genannt werden)
				René Bochmann (MdB)
KT Nordsachsen	19,40 %	16,0 %	16 (15) %	Gudrun Petzold (MdL) Rico Winterlich (Vors. der Fraktion) Ferdinand Wiedeburg (stv. Vors. der Fraktion) Maiko Lemm Klaus Hofmann Enrico Gruhne Felix Jüngling Jörg Hofmann Wolfgang Fechner Roland Neumann Bernd-Dieter Richter Frank Winterlich Joachim Ackermann Alexander Fritsch (Dominik Buchmann ist seit 2022 fraktionsloser Kreisrat)
GR Doberschütz	13,40 %	2	1	Benno Wagner Felix Jüngling
SR Dommitzsch	25,50 %	4	4	Felix Scholz Tobias Burkhardt Karl-Heinz Stamm
GR Elsrig	8,90 %	1	1	Volker Wauter
SR Delitzsch	16,00 %	5	5	Joachim Ackermann Bernd Rittmeyer Andres Kissinger Daniela Buchmann* Dominik Buchmann*
SR Eilenburg	21,50 %	5	3	Ferdinand Wiedeburg Maiko Lemm Matthias Erler
SR Mügeln	18,90 %	4	4	Rico Winterlich Ralph Olenizak Daniel Kurth Henry Holtsch
SR Oschatz	22,60 %	6	6 (5)	Tobias Heller Uwe Joite Enrico Gruhne Alexander Fritsch Peter Wittenberg (Ralf Krause 2020 verstorben, kein*e Nachrücker*in)
GR Rackwitz	23,90 %	4	3	Jörg Hofmann Matthias Strauß Christoph Bienert*
SR Taucha	17,30 %	4	1	Klaus Hofmann
SR Torgau	18,20%	4	2	Dieter Glimpel Liliana Glimpel
GR Trossin	10,80 %	1	1	Matthias Szabang
GR Wermisdorf	19,60 %	3	3	Roland Neumann Frank Winterlich Hubertus Ziegler

Beisitzer.¹³ Der Russlanddeutsche war zuvor für die AfD in Brandenburg aktiv, u.a. seit 2015 als Mitglied im Landesvorstand und als stellvertretender Kreisvorsitzender im Havelland. 2017 konvertierte er zum Islam, damit endete zunächst seine Karriere in der AfD.¹⁴ Offenbar versucht er jetzt in Nordsachsen daran anzuknüpfen.

Im April 2023 wurde schließlich Lara Scherwing auf den seit Dezember 2022 unbesetzten Platz als Beisitzerin im Vorstand nachgewählt.¹⁵ Wahrscheinlich wurde sie von Schatzmeisterin Manuela Scherwing dafür gewonnen. Die engen Familienbande können sinnbildlich für den Zusammenhalt im Kreisvorstand stehen. Oder für den Mangel an Personal, das zur Übernahme solcher Funktionen bereit ist.

Keine Erfolge bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen

Ein Indiz dafür, dass die angeblich rund 120 Mitglieder der AfD in Nordsachsen möglicherweise doch nicht so aktiv sind, wie der Verband selbst behauptet, sind die wenigen Kandidaturen bei den Wahlen 2022. In diesem Jahr wurden der Landrat und die (Ober-)Bürgermeister*innen in 14 von 30 Städten und Gemeinden in Nordsachsen neu gewählt. Die AfD trat jedoch nur in drei Städten – Dommitzsch, Mügeln und Oschatz – mit eigenen Kandidat*innen an. Auch bei der Landratswahl verzichtete die Partei auf eine Kandidatur und überließ den „Freien Sachsen“ das Feld. Deren Kandidatin, die bisher politisch nicht in Erscheinung getretene Uta Hesse aus Mügeln, kam bei dieser Wahl prompt auf 20 Prozent. Auf einen ähnlichen Wert kam im Landkreis Leipzig für die AfD der Landtagsabgeordnete Jörg Dornau. Hier waren die „Freien Sachsen“ nicht angetreten. Ob der wechselseitige Verzicht auf Absprachen zurückzuführen ist, kann nur vermutet werden.¹⁶

In Dommitzsch, wo die AfD bei der Stadtratswahl 2019 ihr kreisweit bestes Ergebnis von 25,5 Prozent erzielt hatte, trat ihr dortiger Stadt- sowie Kreisrat Felix Jüngling als Einzelbewerber an. Dafür musste er Unterstützungsunterschriften sammeln, wozu auch im Telegram-Kanal der „Freien Sachsen“ aufgerufen wurde. Vermutlich hatte sich Jüngling durch den Verzicht auf das Partei-Label einen breiteren Zuspruch erhofft. Mit lediglich 18,8 Prozent bei der Wahl im Juni 2022 blieb er jedoch deutlich unter dem AfD-Ergebnis von 2019. In Oschatz unterbot AfD-Kreisvize und Stadtrat Tobias Heller mit 18,8 Prozent ebenfalls das Ergebnis zur Stadtratswahl (22,6 Prozent). Noch schlechter schnitt die AfD bei der Bürgermeisterwahl im Januar 2022 in Mügeln ab. Ihr dortiger Stadtrat Rico Winterlich, Vorsitzender der Kreisratsfraktion und wie Heller sowie Jüngling (bis Dezember 2022) Mitglied im Kreisvorstand der AfD, kam nur auf 13,4 Prozent.

Landrats- und Bürgermeisterwahlen sind Personenwahlen – gerade Amtsinhaber*innen erzielen meist bessere Ergebnisse als ihre Parteien bei anderen Wahlen. Anders als in Mügeln waren die Amtsinhaber*innen in Dommitzsch und Oschatz aber nicht noch mal angetreten, trotzdem gelang der AfD auch in diesen Städten nicht mal ein Achtungserfolg. Und das obwohl Jüngling und Heller sich bereits über mehrere Jahre im Stadtrat betätigt

13 AfD Nordsachsen vom 18.12.2022: „20. Kreisparteitag des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen“
14 Vgl. Tagesspiegel vom 01.02.2018: „Warum AfD-Politiker Arthur Wagner zum Islam konvertierte“ und Der Spiegel vom 18.02.2018: „Er liebt die AfD - und jetzt auch den Koran“.
15 AfD Nordsachsen vom 01.04.2023: „21. Kreisparteitag am 1. April 2023“.
16 Siehe zu diesen Wahlen ausführlicher das Online-Dossier von chronik.LE: „Rechte Kandidat*innen bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2022 im Leipziger Umland“ vom Mai/ Juli 2022, online unter: <https://chronikle.org/dossiers>

hatten. Dies zeigt: Trotz hohem Zuspruch für die AfD etwa bei der Bundestagswahl 2021¹⁷ unterscheiden die Wähler*innen auf kommunaler Ebene, wem sie ein solches Amt zutrauen und wem nicht. Dabei konnten die drei Kandidaten der AfD offensichtlich nicht überzeugen.

In anderen Orten hatte die Partei es nicht mal versucht. So sprachen sich in Torgau die beiden Stadträt*innen der AfD, das Ehepaar Liliana und Dieter Glimpel, im Mai 2022 in einer Erklärung für eine weitere Amtszeit der CDU-Oberbürgermeisterin aus, die sieben Jahre zuvor nur äußerst knapp gegen die damalige SPD-Amtsinhaberin gewonnen hatte. Der gemeinsame Kandidat des „linken Lagers“ (Linke, SPD und Grüne) sollte jetzt verhindert werden. Letztlich machte jedoch ein dritter, parteiloser Bewerber das Rennen. Aus der Erklärung der Glimpels ist zudem herauszulesen, dass es der Partei in Torgau an geeignetem Personal mangelt: „Wir sind als AfD noch eine junge Partei, erst seit 2019 im Stadtrat vertreten und gerade dabei, uns kommunalpolitisch zu profilieren, sowohl sachlich als auch personell.“¹⁸

Protest gegen Geflüchtete mit Anträgen, Offenen Briefen und Stahlstäben

Zuletzt hat die AfD in Nordsachsen wie auch in vielen anderen Regionen verstärkt versucht, sich über das Thema Asyl und den Protest gegen die Einrichtung von neuen Unterkünften für Geflüchtete zu profilieren. In einer „Grundsatzklärung“ warnen die kommunalen Vertreter*innen der Partei im Februar 2023 vor der „größte[n] Einreisewelle seit 2015“, die seit Monaten laufe, allerdings „fast unsichtbar für Außenstehende“. Geklagt wird über angebliche „Angriffe auf die Bevölkerung“ und „massive Sachbeschädigung in Flüchtlingseinrichtungen“.¹⁹

Im Kreistag lässt die AfD im April über eine „Abschiebeoffensive“ und einen „Aufnahmestopp“ für Geflüchtete in Nordsachsen abstimmen, was von den anderen Fraktionen jedoch geschlossen abgelehnt wird. Stattdessen wird ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FWG/FDP, SPD/Grüne und Linke mit dem Titel „Pflichtaufgabe der Unterbringung schutzsuchender Menschen gemeinsam koordinieren, Belegung von Turnhallen und Schulandheimen vermeiden“ beschlossen.²⁰

Bei Anti-Asyl-Protesten in Orten wie Eilenburg, Laußig und Strelln, in denen neue Unterkünfte geplant sind, ist die AfD zumindest mit dabei, oft zusammen mit den „Freien Sachsen“. In Eilenburg meldet ihr Stadtrat Ferdinand Wiedeburg, stellvertretender Vorsitzender der Kreistagsfraktion, mehrmals Kundgebungen zu diesem Thema an. Aufgerufen wurde dazu u.a. mit anonymen Flyern unter dem Motto „Eilenburg wehrt sich“. Wiedeburg selbst erklärt im Februar in einer Rede ganz offen: „Wir wollen keine fremden Kulturen hier.“²¹

17 Anmerkung zu Zustimmungswerten für die AfD Bundestagswahl 2021: 30,9 Prozent in Mügeln, 29,7 Prozent in Dommitzsch und 28,7 Prozent in Oschatz
18 AfD Nordsachsen vom 11.05.2022: „Aufruf zur Oberbürgermeister-Wahl am 3. Juli 2022 in Torgau“.
19 AfD Nordsachsen vom 10.02.2023: „Grundsatzklärung aller kommunalen Vertreter der AfD in Nordsachsen zur Unterbringung von Migranten im Kreisgebiet“
20 LVZ vom 11.04.2023: „AfD in Nordsachsen fordert Aufnahmestopp von Flüchtlingen – und scheitert“
21 LVZ vom 21.02.2023: „AfD demonstriert mit „Freien Sachsen“ gegen Flüchtlingsunterkunft in Eilenburg“

In Strelln trumpft die AfD-Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold, die selbst in diesem Ortsteil von Mockrehna lebt, bei einer Einwohner*innenversammlung mit einem Offenen Brief an den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten, den Landrat und den Bürgermeister auf.²² Kurz danach lassen Unbekannte im März an der Zufahrt zu dem Gelände des ehemaligen Munitionsdepots, auf dem die Container-Unterkunft entstehen sollte, eine Reihe von Stahlstäben ein. Offenbar war diese Barrikade ebenfalls als Protest gegen die Unterbringung von Geflüchteten gedacht.²³ Ob und wann die für Strelln geplante Notunterkunft eröffnet wird, ist derzeit nicht absehbar.²⁴ Hier wie auch an anderen Orten ist die u.a. von der AfD geschürte Protestwelle vorerst zum Erliegen gekommen.

Mut zur Wahrheit?

Ob der Partei diese Aktivitäten bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr etwas bringen, bleibt abzuwarten. Möglicherweise dienen die Protestveranstaltungen der AfD in erster Linie dazu, weitere Kandidat*innen zu finden.

Darin besteht auf kommunaler Ebene vermutlich die größte Herausforderung. Ansonsten kann sie möglicherweise wie bereits 2019 nicht alle gewonnenen Mandate besetzen. Damals stellte die AfD in 12 Städten und Gemeinden in Nordsachsen lediglich 35 Kandidat*innen – die anderen Parteien und Wählervereinigungen über 1000.

Allzu weit her war es damals also noch nicht mit der lokalen Verankerung der Partei. Es fehlt(e) ihr erkennbar an Mitgliedern, die die teilweise mühsame Arbeit in kommunalen Gremien auf sich nehmen wollen. Im Juni appelliert die Partei deshalb beinahe etwas verzweifelt an den „#MutzurWahrheit“ ihrer Anhänger*innen und fordert diese auf,

„für unsere Plätze im Gemeinderat, als Stadtrat oder als Kreisrat im nord-sächsischen Kreistag“ zu kandidieren, um den „Altparteien-Wahnsinn“ abzuwählen. In dem Aufruf wird betont, dass man dafür nicht einmal Mitglied in der AfD sein müsse.²⁵

Auch die „Freien Sachsen“ haben angekündigt, bei den Kommunalwahlen im Juni 2024 flächendeckend „anzugreifen“. Die Partei ist ebenfalls auf der Suche nach Kandidierenden und könnte damit eine Konkurrenz für die AfD darstellen. Die 20 Prozent für Uta Hesse bei der Landratswahl stellen immerhin einen Achtungserfolg für sie dar. Es bleibt daher zu beobachten, ob beide Parteien durch Absprachen und eine Aufteilung der Wahlantritte vermeiden können, sich gegenseitig Stimmen abzugeben. Dagegen spricht eigentlich, dass die „Freien Sachsen“ offiziell auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD stehen. Aber dafür findet die Partei mit dem Motto „Mut zur Wahrheit“ sicher auch noch eine Lösung.

²² LVZ vom 01.02.2023: „Aufgeheizte Debatte in Strelln: Massive Kritik an geplanter Flüchtlingsunterkunft“

²³ MDR vom 07.03.2023: „Unbekannte spicken Straße zu geplanter Asylunterkunft mit Stahlnägeln“

²⁴ MDR vom 20.06.2023: „Landkreis: Vorerst keine Unterkunft für Geflüchtete in Strelln“

²⁵ AfD Nordsachsen vom 18.06.2023: „Altparteien-Wahnsinn abwählen und AfD unterstützen“

RechtsRock in Staupitz

Ende eines wichtigen Konzertstandorts?

von Steven Hummel

Zwischen 2008 und Anfang 2023 fanden im beschaulichen Dorf Staupitz (Ortsteil von Torgau, Landkreis Nordsachsen) im Alten Gasthof 121 RechtsRock-Konzerte statt. Über die Jahre dürften ca. 30 000 Besucher*innen bei den Konzerten anwesend gewesen sein. Staupitz hatte sich damit zum bedeutendsten Konzertstandort für Rechtsrock in Deutschland entwickelt. Doch Anfang 2023 war vorerst Schluss.¹

Nachdem der Gasthof Staupitz Mitte der 2000er Jahre seinen Betrieb einstellte, etablierte der Besitzer Andreas B. ein neues Geschäft: RechtsRock-Konzerte. Unter den Augen von Behörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz konnten hier zwischen 2008 und 2023 insgesamt 121 RechtsRock-Konzerte stattfinden. Die Kombination aus Besitzverhältnis der Immobilie, dem langen Zeitraum des Bestehens, der Anzahl und Kontinuität der Konzerte sowie dem Arrangement zwischen Neonazis und lokalen Behörden ist einzigartig. Damit war der Alte Gasthof Staupitz die Szenelocation für RechtsRock in Deutschland schlechthin.

Begrifflichkeit RechtsRock

Die Begrifflichkeit RechtsRock zielt aus musikwissenschaftlicher Sicht nicht auf eine eigene Musikrichtung, vielmehr tritt RechtsRock in verschiedenen Stilen auf, zum Beispiel Rock, Metal, Hardcore, Balladen, Folk und Rap. „Zu RechtsRock wird die Musik erst durch die politisch extrem rechte Botschaft [...]. Als »Message-Rock« ist er Ausdrucksmittel rassistischer Vorurteile, sozial-chauvinistischer Arroganz und nationalistischer Großmachtfantasien“².

RechtsRock in Staupitz in Zahlen

121 Konzerte (plus 2 wegen Corona ausgefallen, plus 2 im Jahr 2023 untersagt) 194 Bands (davon 125 aus Deutschland, 52 international, 17 unbekannt) Größtenteils treten Bands mehrfach auf (136 Bands), deutlich weniger nur einmal (58 Bands).

¹ Der Text basiert maßgeblich auf Erkenntnissen des im August 2022 vom Autor geschriebenen Dossiers „Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren“, welches bei chronik.LE veröffentlicht wurde, sowie eines längeren Texts von EXIF-Recherche aus März 2023.

² Vgl. Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.) (2002): Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster: Unrast, S.9



Nicht nur die AfD hat bei der Kommunalwahl 2024 viel vor. Die Freien Sachsen rufen bei einer Kundgebung in Eilenburg am 25.10.2023 per Banner zur Kandidatur auf.

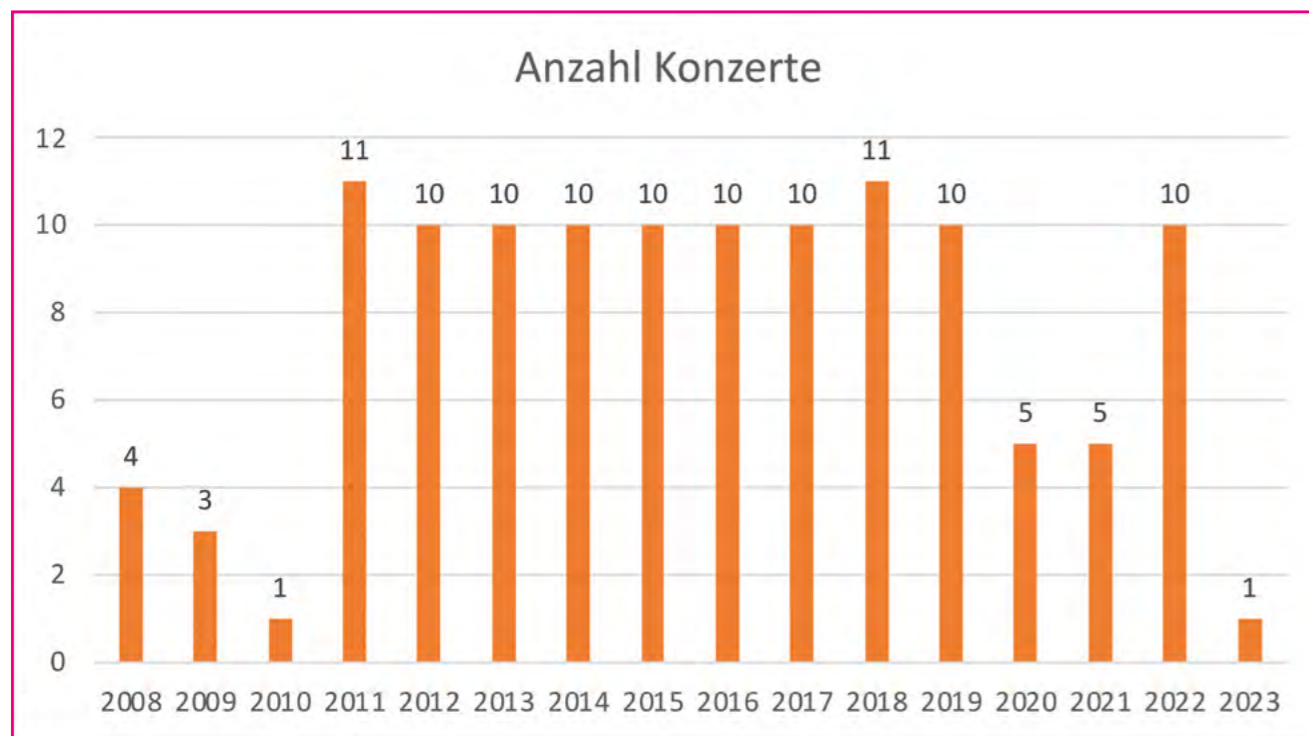
Quelle: Screenshot Telegram Gruppe „Unser Eilenburg“

Entwicklung des Konzertgeschehens in Staupitz

Nach den ersten Konzerten in den Jahren 2009/2010 erteilen die Behörden dem Besitzer Andreas B. Auflagen, die er offenbar nach und nach umsetzte. Nach einer kurzen Unterbrechung der Konzerte ging es ab 2011 richtig los: Seitdem fanden in der Regel zehn Konzerte pro Jahr statt.³ Dafür meldete Andreas B. ordnungsgemäß ein Gewerbe bei der Stadt Torgau an, welches ihm 2023 wieder entzogen wurde.

Lediglich 2020/2021 fanden aufgrund der Corona-Pandemie weniger Konzerte statt. Zwei bereits geplante Konzerte am 14. März 2020 und 18. Juli 2020 mussten abgesagt werden. Die Entwicklung des Konzertgeschehens und auch die öffentliche Auseinandersetzung wurden bereits an anderer Stelle ausführlich beschrieben⁴, hier soll lediglich auf die bisher letzten sieben Konzerte eingegangen werden.

Am 2. Juli 2022 traten die Bands Blutzeugen, D.S.T. (Deutsch Stolz Treue) und Uwocaust im Alten Gasthof auf. Die Band Blutzeugen veröffentlichte bisher vier Alben (alle bei OPOS-Records), drei davon sind indiziert. Fotos von Kunstwerken des NS-Bildhauers Arno Breker zieren einige Cover und Merchandise der Band. Für das Konzert in Staupitz wurde eigens ein T-Shirt produziert, was offenbar vor Ort vertrieben wurde. Dies zeigt, wie sicher sich die Organisator*innen waren, dass das Konzert stattfinden würde.



Anzahl der Konzerte in Staupitz in den jeweiligen Jahren, eigene Darstellung.

Am 30. September und 1. Oktober 2022 fand ein zweitägiges Konzert unter dem Motto „40 Jahre Live und Laut“ statt. Gefeiert wurde das 40-jährige Bühnenjubiläum der dienstältesten deutschen RechtsRock-Band Endstufe (1981 gegründet). In ihrem Lied „Skinhead“ singt die Band: „Ich bin Skinhead – ist doch klar! Ich find mich einfach wunderbar. Ich kann Kommunismus nicht ertragen und Punkern in die Fresse schlagen.“

Im Line-Up anlässlich des Jubiläums wurden die Bands Berlin Breed, Wellington Arms, Noie Werte und Endstufe (Freitag) sowie Devils Right Hand, Thumbscrew, Überzeugungstäter Vogtland und Endstufe (Samstag) angekündigt. Dass es sich beim Konzert um eine „geschlossene Veranstaltung“ handelt, wie es auf dem Flyer heißt, ist im Blick auf die Größe und die angegebene Mailadresse für den Erwerb von Karten anzuzweifeln.

Ein weiteres Konzertwochenende fand am 21. und 22. Oktober 2022 statt. Unter dem Motto „Der Osten rockt gegen Kommunismus Vol. II“ wurden am Freitag Preserve White Aryans, Uwocaust & Helfershelfer, Odessa und Hausmannskost sowie am Samstag Die Lunikoff Verschwörung, Preserve White Aryans und Eskalation angekündigt. Der aus Estland stammenden Band Preserve White Aryans wurde die Einreise verweigert. Sie konnte nicht auftreten.

Organisiert wurde das Konzert offenbar von der Band Hausmannskost und ihrem Label Rebel Records aus Cottbus. Über die Mailadresse „hausmannskost14@yahoo.de“ konnten Karten für das Konzert bestellt werden. Die 14 in der Mailadresse verweist auf die sogenannten 14 Words des amerikanischen Neonazis David Eden Lane und ist ein aus 14 Worten bestehender rassistischer Schwur zum Erhalt der „weißen Rasse“ und ist als Code in der Neonazi-Szene weit verbreitet.

Die Band Hausmannskost stammt aus der Brandenburger Lausitz und veröffentlichte 2013 ihr Debüt „Das letzte Abendmahl“. Dieses wurde indiziert und 2016 überarbeitet als „Auf in die Schlacht“ neu veröffentlicht⁵. Die Release-Veranstaltungen zu den Alben der Band 2013 und 2016 fanden in Staupitz statt. Für das letztere Konzert (zusammen mit Frontalkraft und Übermensch) ließ die Band bei ihrem Label Rebel Records eigens T-Shirts herstellen. Betreiber des Labels ist der Sänger der Band Martin Seidel (*1983).

Am 26. November 2022 wurden Heiliger Krieg, Kodex frei und Sniper für Staupitz angekündigt. Die aus Finnland stammende Band Sniper trat trotz eines Einreiseverbots im Alten Gasthof auf. Gegen sie wird wegen des Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz ermittelt.

³ Eine ausführlichere Darstellung der Entwicklung des Konzertgeschehens über die Jahre und politische Auseinandersetzungen dazu findet sich im August 2022 veröffentlichten Dossier „Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren“. Aus Platzgründen wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung verzichtet.

⁴ Hummel, Steven (2022): Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren, online abrufbar unter <https://chronikle.org/dossiers/rechts-rockt-staupitz-bereits-seit-14-jahren>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

⁵ Schulze, Christoph (2019): Rechtsrock in Brandenburg. Bands – Konzerte – Netzwerke – Ereignisse, in: Botsch, Gideon / Raabe, Jan / Schulze, Christoph (Hrsg): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin: be.bra wissenschaft verlag, S.126



Flyer zum Konzertwochenende „40 Jahre Live und Laut“ am 30.09. und 01.10.2022 in Staupitz

Quelle: EXIF-Recherche



Shirt zum Konzert 2. Juli 2022 in Staupitz

Quelle: Screenshot Facebook-Seite Blutzeugen vom 03.07.2022

Das vorerst letzte Konzert fand am 4. Februar 2023 statt. Zu einem Konzert zu Gunsten des jährlichen neonazistischen Gedenkens im Februar in Dresden spielten die Bands Radikahl, Spreegeschwader und Thematik 25. Auch für dieses Konzert wurde Merchandise hergestellt, dessen Erlös der Finanzierung neonazistischer Aktivitäten dient.

Im Februar 2023 wurde dem Besitzer Andreas B. plötzlich vom Landratsamt Nordsachsen die Gewerbeerlaubnis entzogen. Vorausgegangen waren dieser Entscheidung zwei „Behördenzeugnisse“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz sowie vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz. In diesem waren zahlreiche Straftaten wie Hitlergrüße, „Sieg Heil“- und „Heil Hitler“-Rufe, Slogans wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ und das Spielen von indizierten Liedern im Rahmen des Konzertgeschehens der vergangenen Jahre im Alten Gasthof dokumentiert. Aufgrund der Duldung dieser Straftaten sei B. als Betreiber unzuverlässig, eine Besserung nicht zu erwarten und eine Gewerbeuntersagung daher notwendig. Andreas B. bestreitet die Kenntnis von Straftaten. Das Verwaltungsgericht Leipzig folgte bei einer Verhandlung im März 2023 allerdings zu großen Teilen der Darstellung des Verfassungsschutzes und bestätigte das Verbot des Gewerbes.

Warum der Entzug der Gewerbeerlaubnis erst nach 15 Jahren Konzertgeschehen erfolgte, bleibt unklar. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes reichten offenbar einige Jahre zurück, wurden aber wohl nicht an das Landratsamt Nordsachsen weitergereicht. Hier war man dem Anschein nach froh, das Geschehen einigermaßen „unter Kontrolle“ zu haben. Mehrfach lobten Vertreter*innen vom Ordnungsamt Torgau und Landratsamt Nordsachsen die gute Zusammenarbeit mit dem Neonazi Andreas B.

Aufgrund der Gewerbeuntersagung konnten weitere geplante Konzerte in Staupitz nicht stattfinden. Für den 1. April 2023 waren Confident of Victory, Sleipnir und Odessa angekündigt. Die Absage wurde in Neonazi-Kreisen entsprechend kommentiert: „Typisch zeitgeistige Gesinnungsjustiz. Wer die falsche Weltanschauung hat, darf sich nicht zum Musizieren treffen. Wenn aber Leute Konzerte besuchen, die anderen Menschen mit Hämmern die Knochen zerschmettern, dann fährt sogar der Bundesgrüßaugust hin...“ Eine Ersatzveranstaltung mit 500 Teilnehmenden und den Bands Sleipnir und Bronsons fand in Vierkirchen OT Arnsdorf statt und wurde gegen Ende aufgelöst. Auch ein weiteres Konzert am 22. April 2023 mit Kodex frei, Kraft durch Froide, Stahlkappenglanz konnte ebenfalls nicht im Alten Gasthof stattfinden.

Als im Juli 2023 der umtriebige Neonazi Christian B. alias „Pauke“ tödlich mit dem Fahrrad verunglückte, hatte dies auch eine Bedeutung für die RechtsRock-Location Staupitz. Er war Schlagzeuger zahlreicher RechtsRock-Bands, so bei Die Lunikoff Verschwörung, Frontfeuer, Uwocaust und Radikahl. Alle diese Bands traten bereits mehrfach im Alten Gasthof Staupitz auf. Bei einer Online-Spendenaktion für die Beerdigungskosten spendeten die drei Leipziger RechtsRock-Bands Odessa, Thematik 25 und Volksnah, die alle mehrfach in Staupitz auftraten, 150 Euro.

Ungeheuerliche Dimension

Bereits nach den ersten RechtsRock-Konzerten im Alten Gasthof Staupitz erteilte das zuständige Landratsamt Andreas B. Auflagen, unter denen Konzerte stattfinden konnten: maximal zehn Veranstaltungen im Jahr, die maximal an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden hintereinander stattfinden durften, mit maximal 239 Personen pro Konzert. Auflagen, die B. offiziell akribisch einhielt. Auch den beauftragten Einbau barrierefreier WCs setzte er um. Weiterhin schickte B. der Behörde die Namen der eingeladenen Bands inklusive geplanter Lieder für jedes Konzert. Die Leiterin des Ordnungsamt Torgau konstatierte deshalb im Februar 2023 in der LVZ: „Er arbeitet über das Maß mit den Behörden konstruktiv zusammen“⁶. Die jahrelange Haltung der Behörde, es sei lediglich eine Formalität, ob ein Konzert stattfindet, legt nahe, dass eine Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Inhalten gescheut wurde. Denn selbst, wenn die Inhalte nicht verboten waren, sind ihre Botschaften eindeutig.

Dabei sind die Dimensionen des Konzertgeschehens in Staupitz außergewöhnlich: Zwischen 2008 und 2023 fanden hier insgesamt 121 Konzerte mit 194 Bands statt. Ein relevanter Anteil dieser Bands stammte aus dem Ausland: Australien, Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Österreich, Schweden, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ukraine, Ungarn und den USA.

Dies zeigt sich auch an den Strukturen, die hinter den Konzerten standen. Hier machte EXIF-Recherche einen RechtsRock-Unternehmer aus Chemnitz (circa 40 Konzerte), einen RechtsRock-Unternehmer aus Cottbus (circa 30 Konzerte) und die Kameradschaft „Märkische Skinheads 88“ (MS88) (circa 20 Konzerte) und das jeweils entsprechende Umfeld als Organisator*innen aus⁷. Auch die Einhaltung der auf 239 Personen begrenzten Besucher*innenzahl



Flyer zum Konzertwochenende „Der Osten rockt gegen Kommunismus Vol. II“ am 21./22.10.2022

Quelle: EXIF-Recherche

⁶ Vgl. Krugenberg, Laura / Rietzschel, Antonie (2023): Rechtsrock in Staupitz: Rechtsextremismus hinter Rolläden, online abrufbar unter <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/torgau/rechtsrock-konzert-in-staupitz-rechtsextremismus-hinter-rollaeden-BDHX43BMSZBPDC4BPINRAE-PLYYY.html>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

⁷ Vgl. EXIF-Recherche (2023): 14 Jahre von Behörden geduldet – Rechtsrock im »Alten Gasthof« in Staupitz, online abrufbar unter <https://exif-recherche.org/?p=10702>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

scheint fragwürdig. In den Zahlen, die aus den von Kerstin Köditz (MdL, DIE LINKE) regelmäßig gestellten kleinen Anfragen zu Aktivitäten der extremen Rechten in Sachsen hervorgehen, listet das Innenministerium zumeist Besucher*innenzahlen zwischen 200 und 250 Personen auf. Dazu formuliert EXIF-Recherche eine treffende Kritik: „Woher diese Zahlen überhaupt stammen ist unklar. Weder waren Polizeikräfte am Einlass zugegen, noch wurde der Saal während den Veranstaltungen inspiziert. Die Zahlen stammen vermutlich von eigenen Quellen, sogenannten ‚V-Personen‘, oder dem ‚Erfahrungswert‘ der anwesenden Polizei“⁸.



Flyer und Merchandise zum Konzert am 04.02.2023

Quelle: EXIF-Recherche

Zu einigen der Konzerte waren offenbar deutlich mehr Personen anwesend. Dafür seien zwei bereits länger zurückliegende Konzerte genannt: Am 9. Februar 2013 spielten Brigade 7, Sleipnir, Confident of Victory, Untergrundwehr und Sachsonia in Staupitz. Zahlreiche Ange-reiste konnten den Konzertsaal nicht betreten. Das führte zu Frust, ein Neonazi schrieb: „Stundenlange Anfahrt, stundenlanges Anstehen und dann wirst wie'n Vieh abgewimmelt“ (zitiert nach Endstation Rechts 2013). Die 15 Euro Eintritt der als „Solikonzert“ angekündigten Veranstaltung sollten den Organisator*innen des neonazistischen „Trauermarschs“ in Dresden zugutekommen. Einige der überzähligen Neonazis traten den Heimweg an, andere suchten nach einer Ausweichlokalität. Gegen 23 Uhr tauchten circa 150 Personen auf einem Firmen-

gelände in Eilenburg auf, um ein Konzert der mitgereisten Band Brigade 7 zu besuchen⁹. Die Polizei löste das Konzert auf und leitete Ermittlungsverfahren gegen 123 Tatverdächtige wegen Hausfriedensbruchs ein.

Am 26. März 2016 feierte Endstufe ihr 35-jähriges Bestehen im Alten Gasthof. Hier wurden offenbar 333 Karten im Vorverkauf angeboten. „Gekommen waren letzten Endes bis zu 400 Neonazis. Der sächsische Geheimdienst habe hingegen nur 240 Teilnehmende gezählt“¹⁰.

Es ist also – entgegen der Darstellung des Innenministeriums – davon auszugehen, dass die Personenobergrenze bei mehreren Konzerten nicht eingehalten wurde. Rechnet man mit einer durchschnittlichen Teilnehmendenzahl von 240 bis 250 Personen dürften über die Jahre rund 30 000 Personen RechtsRock-Konzerte in Staupitz besucht haben. Damit wäre von einem Umsatz von mehr als einer Million Euro auszugehen, der bei den Konzerten erwirtschaftet wurde.

⁸ Vgl. EXIF-Recherche (2023): 14 Jahre von Behörden geduldet – Rechtsrock im »Alten Gasthof« in Staupitz, online abrufbar unter <https://exif-recherche.org/?p=10702>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

⁹ Vgl. Endstation Rechts (2013): Hunderte warten vergeblich auf ihre Idole, online abrufbar unter <https://www.endstation-rechts.de/news/rechtsrock-sachsen-hunderte-warten-vergeblich-auf-ihre-idole>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

¹⁰ Vgl. EXIF-Recherche (2023): 14 Jahre von Behörden geduldet – Rechtsrock im »Alten Gasthof« in Staupitz, online abrufbar unter <https://exif-recherche.org/?p=10702>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

Zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien

Das Konzertgeschehen in Staupitz fand unter den Augen der zuständigen Behörden statt. Anscheinend war die herrschende Meinung, die Konzerte durch Auflagen unter Kontrolle bringen zu können. Sowohl das Ordnungsamt Torgau als auch das Landratsamt Nordsachsen waren detailliert über die Veranstaltungen informiert. Auch der Verfassungsschutz sammelte offenbar über Jahre Informationen, darunter auch Hinweise auf zahlreiche szenetypische Straftaten. Diese Informationen, die schon früher zu einem Ende des Konzertgeschehens hätten führen können, wurden aber lange Zeit nicht weitergegeben. Aufgrund dieses Verhaltens der Behörden konnte jahrelang ungestört Menschenverachtung und NS-Verherrlichung in Staupitz florieren. Gegen eine solche Ignoranz hilft Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliches Engagement, um diese vermeintliche Ruhe zu brechen.

Im August 2022 veröffentlichte chronik.LE ein Dossier zum Thema, welches die Dimensionen des Konzertgeschehens deutlich machte und anhand einiger ausgewählter Bands einen Einblick in die vorgetragene Ideologie ermöglichte¹¹. Im Oktober 2022 besuchten Antifaschist*innen im Rahmen einer Kaffeefahrt auch den Alten Gasthof und informierten die lokale Bevölkerung mittels Redebeiträgen und Flyern¹². Im November 2022 veranstaltete chronik.LE an der Volkshochschule Torgau einen Vortrag zum Konzertstandort Staupitz. Bei der gut besuchten Veranstaltung diskutierten Bürger*innen gemeinsam mit dem Torgauer Oberbürgermeister Henrik Simon und mehreren Stadträt*innen. Der bei der Veranstaltung anwesende Neonazi Stefan Trautmann (NPD bzw. Die Heimat) verteidigte den Konzertstandort, schließlich laufe alles zivilisiert ab. Im März 2023 veröffentlichte EXIF-Recherche einen umfangreichen Text zu den hinter den Konzerten stehenden Strukturen und Personen.

Neben einer Thematisierung in der Öffentlichkeit fehlte ein sichtbares Engagement von Menschen aus Staupitz und Torgau. Beispiele aus anderen Regionen (Ostritz, Landkreis Görlitz oder Nienhagen, Landkreis Harz) zeigen, dass eine öffentliche Positionierung von Einwohner*innen und ein offensives Benennen des Problems sowie kreative Protestformen erste Schritte zur Änderung der Situation sein können.

Steven Hummel ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet bei der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei chronik.LE aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

¹¹ Vgl. Hummel, Steven (2022): Rechts rockt Staupitz – bereits seit 14 Jahren, online abrufbar unter <https://chronikle.org/dossiers/rechts-rockt-staupitz-bereits-seit-14-jahren>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

¹² Vgl. Indymedia (2022): Antifaschistische Kaffeefahrten in Sachsen: „Rechts rockt nicht!“, online abrufbar unter <https://de.indymedia.org/node/234014>, zuletzt abgerufen am 15.11.2023.

Fußball und Kampfsport als Agitationsfeld der extremen Rechten in Nordsachsen

von chronik.LE

Unter den dokumentierten Ereignissen von chronik.LE sind zahlreiche, in denen neben neonazistischer Propaganda auch das Bekenntnis zu „Lok Leipzig“ propagiert wird. Die Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig bietet Rechten seit Jahren ein Feld der Agitation. Im Kampfsportgym des Imperium Fight Team, ansässig in Taucha, werden Fußball und Kampfsport, als verbindende Tätigkeit abseits des Stadions, zusammengeführt – mit fatalen Folgen.

Die Ereignisse, die auf der Website chronikle.org seit 2008 veröffentlicht werden, umfassen ein breites Spektrum von Diskriminierungsphänomenen, darunter Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und weitere. Die Dokumentation umfasst die Alltagsebene, Propaganda sowie Demonstrationen oder Kundgebungen, auf denen menschenfeindliche Einstellungen geäußert wer-



Graffiti am Bahnhof in Mockrehna:
Der Graffiti-Schriftzug „Nazi Kiez“ ist umrahmt mit „Lok Hools“-Schmierereien

den, bis hin zu Gewalttaten. Besonders häufig in der Dokumentation tritt das Verbreiten neonazistischer Propaganda in Form von Aufklebern und Graffiti auf, welches mit einer Strategie der rechten Raumnahme¹ einhergeht: Niedrigschwellige Aktionsformen, die häufig sanktionsfrei bleiben, senden

1 Zschocke, Paul (2021): Rechte Raumnahme. Wo die extreme Rechte den Normalzustand definiert, werden Grundrechte faktisch außer Kraft gesetzt. In: Leipziger Zustände, S. 88 f.

eine Botschaft an Einzelpersonen und Menschengruppen, die potenziell von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind und so eingeschüchtert werden sollen. Es fällt auf, dass häufig gemeldete Ereignisse in Zusammenhang mit Aufklebern und Schriftzügen stehen, die ein Bekenntnis zum in Leipzig-Probsteida ansässigen Fußballverein 1. FC Lokomotive Leipzig ausdrücken. Unweit rechter Propaganda befinden sich Aufkleber, Schmierereien oder Graffiti – oft in derselben Schriftfarbe – mit Bezug zu „Lok Leipzig“. Auch im Landkreis Nordsachsen kommt dies vor, wie folgendes Beispiel aus Mockrehna belegt:

An das Bahnhofsgebäude in Mockrehna werden verschiedene Schriftzüge sowie ein Hakenkreuz gesprüht. Die Parolen haben dabei zum Teil explizit neonazistischen Charakter, z.B. „Nazikiez Torgau!“ oder „Torgau bleibt deutsch!“, beziehen sich in Teilen jedoch auch positiv auf den Fußballclub 1. FC Lokomotive Leipzig. So wird „LOK Leipzig“ und „Sek Mo“, was vermutlich für „Sektion Mockrehna“ steht, an das Gebäude geschmiert. (Ereignis aus Mockrehna vom 21. Juni 2022.²)

Auch in Taucha werden Sticker mit Bezug zur regionalen Fußballszene des Vereins verklebt, so am 7. April 2023³:

In der Brauhausstraße wird ein Aufkleber einer sozialistischen Gruppe von einem der Fanszene von Lokomotive Leipzig überklebt. Auf ihm ist „Troublemakers Mallorca“ zu lesen. Der Slogan „Troublemakers Mallorca“ nimmt positiven Bezug auf einen schweren rassistischen Angriff auf einen Schwarzen Türsteher in Mallorca am 07.06.2019.

Weitere Ereignisse in der Chronik bezeugen einen direkten Zusammenhang zwischen dem Bekenntnis zur Fanszene von Lokomotive Leipzig und Angriffen auf politische Gegner*innen, rassistischen Schmierereien, antisemitischen Beleidigungen oder Nazi-propaganda.⁴ Das Stickern und Sprühen von Graffiti, wie es auch in der Ultrakultur üblich ist, dient dabei als Zeichen einer für sich reklamierten Vorherrschaft über einen Ort oder Stadtteil. Im Falle der Verbindung mit extrem rechten Inhalten werden so Zonen markiert, die Neonazis für sich beanspruchen und eine Botschaft an all jene senden, die sie als Feind*innen markieren. So wird auf einem Verkehrszeichen in Delitzsch am 25. April 2023 ein Hakenkreuz angebracht sowie an einer angrenzenden Grundstücksmauer zwei Graffiti mit den Schriftzügen „1488“⁵ und „LOK“ hinterlassen.

Lok Leipzig, Kampfsport und Neonazismus – Tradition bis in die Gegenwart

Obwohl sich die Art der Organisation von Neonazis im Landkreis Nordsachsen in Anbetracht der geringer werdenden Relevanz von „Freien Kräften“ und der NPD in den vergangenen Jahren verändert hat, lässt sich in der Verbindung der Fußball-Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig mit der

2 chronik.LE: „Hakenkreuz und neonazistische Parolen in Mockrehna“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/hakenkreuz-und-neonazistische-parolen-in-mockrehna>.

3 chronik.LE: „Nazi-Schmierereien und Aufkleber in Taucha“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/nazi-schmierereien-und-aufkleber-in-taucha>.

4 Weitere Ereignisse finden sich auf der Website chronikle.org unter der Schlagwortsuche „Lok Leipzig“.

5 chronik.LE: „Verkehrszeichen mit Hakenkreuz beschmiert“, online unter: <https://chronikle.org/ereignisse/verkehrszeichen-mit-hakenkreuz-beschmiert>. 14 steht dabei für „14 Words“, einen englischen Satz mit 14 Wörtern, die den Fortbestand der „weißen Rasse“ propagiert. 88 steht jeweils für den achten Buchstaben im Alphabet und ist eine Chiffre für „Heil Hitler“.



Mockrehna Böhllitz: Ein Sticker der „Sektion Mockrehna“ prangert neben Werbung für eine neonazistische Kampagne in Böhllitz

extremen Rechten eine Kontinuität ausmachen. Die Ultra- und Hooliganzene von Lok Leipzig ist seit fast 20 Jahren ein Ort der Agitation und Rekrutierung und wirkt dabei besonders für junge Männer attraktiv. Die Subkulturen Kampfsport und Fußballfanszene sind in Leipzig und Umgebung sowohl personell als auch ideologisch verschränkt und beeinflussen sich wechselseitig. Die Gewöhnung an die Ausübung von Gewalt auf der Trainingsmatte sowie die ideologische Unterfütterung durch erfahrene Neonazis mündet in der Enthemmung gegenüber Menschen, die nicht ins extrem rechte Weltbild passen.

Auch nach Auflösungen, Stadionverboten und Neugründungen von Fangruppierungen lässt sich bis in die Gegenwart eine Hegemonie rechter Strukturen und Akteure in der Fanszene von Lok Leipzig ausmachen. Dabei spielt Kampfsport als verbindende Tätigkeit abseits des Stadions eine hervorgehobene Rolle. Das Stadion und Gyms sind Orte der Agitation und Rekrutierung – abseits von Parteistrukturen und Gruppen, deren Fokus primär auf Politik ausgerichtet ist. Die extreme Rechte profitiert dabei von einem generellen Fitnessboom und kann dort Werte vermitteln, die in Einklang mit neonazistischer Ideologie stehen: So wird ein Männlichkeitsbild propagiert, welches sich durch die eigene Wehrhaftigkeit und das Ausüben von Gewalt auszeichnet und das durch ein rassistisch und antisemitisch konstruiertes Bedrohungsszenario als notwendig zum Schutz von „Volk“ und Nation erachtet wird. Sportliche Fairness und Wettbewerb ausklammernd, wird der Sport für die eigenen Zwecke nutzbar gemacht. Dazu schreibt Robert Claus: „Die militante extreme Rechte nutzt den allgemeinen Fitnessboom, um sich für die angeheizten gesellschaftlichen Konflikte zu rüsten. Alles läuft auf Rechtsterrorismus mit internationalen Dimensionen hinaus. Die Szene hat ein professionalisiertes, europaweites Netzwerk im Kampfsport aufgebaut – sie trainiert für den politischen Umsturz. Das Ziel ist eine völkische Gewaltherrschaft.“⁶

Extrem rechte Kampfsportnetzwerke im Raum Leipzig

In Teilen sind die Netzwerke des extrem rechten Kampfsports durch Verbindungen in Fußballfan- und Hooliganstrukturen sowie das Türstehergewerbe

⁶ Claus, Robert (2020): Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert, S. 48.

und die Securitybranche gekennzeichnet. Sie bilden „Mischszenen“ heraus, die unterschiedliche lokale Ausprägungen aufweisen. Für die Stadt Leipzig lassen sich dabei mehrere Orte ausmachen, an denen gewaltausübende Nazis in Kampfsportgyms zusammenkommen.⁷ Mit ihren Angeboten und Aktivitäten wirken sie dabei in die umgebenden Landkreise Leipzig sowie Nordsachsen hinein oder sind selbst in diesen ansässig. So fand im nordsächsischen Dölzig im Februar 2023 das Event „Ostdeutschland Kämpft“ unter Beteiligung verschiedener neonazistischer Kampfsportler aus dem Raum Leipzig statt. In den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen erfolgt die Anbindung an die Fan- und Hooliganszene von Lokomotive Leipzig aufgrund dessen personeller wie struktureller Überschneidungen über das Imperium Fight Team (IFT). Zunächst in Eilenburg und Leipzig ansässig, bezog das IFT 2019 Räumlichkeiten in der Kleinstadt Taucha und wartet seit 2023 mit einer erneuerten Online-Präsenz auf der Plattform Instagram auf. Zuvor hatte das IFT eine wechselvolle Geschichte in Bezug auf sein öffentliches Agieren durchlebt. Mit der Veranstaltungsreihe der „Imperium Fighting Championship“ (IFC) versuchten die führenden Köpfe des IFT, ein eigenes Kampfsportevent von bundesweiter sportlicher Relevanz in Leipzig zu etablieren und ein breites Publikum zu erreichen. Zur fünften und letzten Auflage der IFC kamen 2016 dabei über 1500 Personen in den Leipziger Kohlrabizirkus, wobei nach Einschätzung Robert Claus' viele davon „aus der sächsischen Hooliganszene, extrem rechten Strukturen und von den Leipziger Hells Angels“ stammten.⁸ Verschiedene Kämpfer des IFT, die bei diesen Events im Ring standen, sind bekennende Hooligans von Lokomotive Leipzig und waren an extrem rechten Gewalttaten, wie dem Angriff auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016, beteiligt. In der Folge mehrte sich die kritische Berichterstattung zu den Umtrieben des IFT und seit dem Mitte 2019 stattgefundenen Umzug nach Taucha verschwand das IFT weitgehend von der öffentlichen Bildfläche. Doch blieb das IFT rund um die prägende Figur Benjamin Brinsa, der sich selbst zur Hooliganszene von Lok Leipzig bekennt, weiterhin aktiv. So traten junge Männer, die ebenfalls der Fanszene von Lok entstammen, in den vergangenen Jahren unter Bezeichnungen wie „Team Brinsa“, „Team Leipzig“ oder „MTL MMA“, wobei letzteres auf die Region des Muldentals Bezug nimmt, bei verschiedenen bundesweiten Kampfsportevents an.⁹ Und immer wieder kursierten in sozialen Netzwerken Bilder, auf denen Brinsa gemeinsam mit jungen Männern aus Leipzig und Umgebung im IFT in Taucha trainiert. Nur allzu oft prangt dabei das Logo von Lokomotive Leipzig auf der Trainingskleidung. Das lokale Netzwerk des extrem rechten Kampfsports und dessen enge Anbindung an die Fanszene von Lok Leipzig übt dabei insbesondere auf junge Männer aus deren Umfeld eine scheinbar ungebrochene Attraktivität aus. Davon zeugen verschiedene Ereignisse und Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit.

Von der Übung auf der Trainingsmatte zur Gewalt im öffentlichen Raum

Die schwerwiegenden Folgen des Zusammenspiels von Kampfsport, Fußballszene und neonazistischer Ideologie wird am folgenden Ereignis deutlich: Am 7. Juni 2019 griffen zwei junge Leipziger Kampfsportler einen Schwarzen Türsteher eines Clubs auf Mallorca an. Er wurde so schwer verletzt, dass er mit lebenslangen gesundheitlichen Folgen leben muss. Die beiden Männer, damals 20 und 21 Jahre alt, waren mit einer Gruppe Lok-Anhängern

⁷ Eine Übersicht über rechte Kampfsportgyms befindet sich in Leipziger Zustände 2021: Neonazistische und rechtsoffene Gyms, 102 ff.

⁸ Claus, Robert (2020): Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert, S. 80.

⁹ belltower.news: „Schmuggelt Benjamin Brinsa rechte Kämpfer in den Ring?“, online unter: <https://www.belltower.news/mma-rostock-schmuggelt-benjamin-brinsa-rechte-fighter-in-den-kaefig-141253/>.

aus der Ultra- und Hooliganszene im Urlaub. Beide trainierten in Leipziger Kampfsportgyms, einer beim mittlerweile in Taucha ansässigen „Imperium Fight Team“, der andere beim Bushido Sportscenter Leipzig.¹⁰ Bei der Razzia ihres Hotelzimmers wurden neben einer Kampfsportausrüstung verschiedene Symbole von neonazistischen Vereinigungen in Chats auf ihrem Smartphone gefunden.¹¹ Im Mai 2021 kursierten Sharepics im Internet, die ein Soli-Shirt für die beiden Angeklagten anpriesen. Einer der beiden soll diese auch selbst vertrieben haben. Auf ihnen wurde die rassistische Tat erneut gefeiert: Der Rückenprint zeigt zwei Personen in Gelb, die eine schwarz dargestellte Person verprügeln.¹²



Troublemakers Mallorca: Immer wieder tauchen in Taucha Aufkleber auf, in denen sich mit den Tätern eines rassistischen Angriffs solidarisiert wird

Der Zusammenhang von Fußball, Kampfsport und Neonazismus wird auch im Zusammenreffen von Mitgliedern der kurzzeitig auftretenden rechten Jugendgruppe „808-Crew“ aus Wurzen und Akteuren einer Ultragruppierung von Lok Leipzig an ihrem gemeinsamen Trainingsort des IFT deutlich. Hier zeigt sich, dass besonders bei jungen Männern der Nährboden für eine extrem rechte Sozialisierung gelegt werden soll:

Spätestens ab Ende 2017, verbunden mit dem Umzug des Imperium Fight Teams von Eilenburg nach Leipzig in die Kamenzer Straße, standen zunehmend junge Männer aus Wurzen auf der Matte. Viele von ihnen sind der selbsternannten 808-Crew zuzurechnen. Dazu gesellen sich seit dem Umzug des Gyms jüngere Personen aus der Fanszene von Lokomotive Leipzig, wie etwa Mitglieder der Ultra-Gruppierung „Banda Resoluta“.

Ebenso haben sie dort Kontakt zu einem Lok-Fan, der für einen schweren Angriff im Juni 2019 auf einen senegalesischen Türsteher auf Mallorca verurteilt wurde. Auf Bildern zeigt er sich Arm in Arm mit Personen der 808er-Gruppierung.

(chronik.LE 2021: „Geschäftstüchtig und gewaltbereit: Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen“)¹³

Auch ein Jugendlicher aus Taucha berichtet in einem Interview von Anfeindungen und Gewaltandrohungen Gleichaltriger, die eine Verschränkung aus neonazistischer Ideologie, Gewaltbereitschaft und Fußball mit dem Ziel einer rechten Raumnahme nahelegen:

Beim Stadtfest in Taucha gab es „Sieg Heil“-Rufe und Hitlergrüße. Ich war mit einem Freund da. Ihm wurde von vier Jugendlichen gesagt, er soll mal mitkommen. Dann sind wir hinterhergelaufen, weil wir ihn nicht alleine lassen wollten. Er hat uns im Nachhinein erzählt, dass ihm – er ist Chemie-Fan – gesagt wurde, er soll sich vom Stadtfest verpissen, sonst würden sie ihn verprügeln. Er solle sich nicht mehr blicken lassen, weil das hier Lok-Revier ist und dass hier linke Zecken nichts zu suchen haben. Teilweise hat man Angst, durch Taucha zu gehen und von Nazis angehalten zu werden.

(Zitat chronik.LE: Interview mit DUFTE. Das sollte kein Normalzustand sein. In: Leipziger Zustände 2021)

Kampfsport, Fußball und Neonazismus – eine gefährliche Mischung

Gerade das Beispiel des rassistischen Angriffs auf Mallorca zeigt, dass junge Männer aus dem Leipziger Umland Gewalttaten mit Techniken ausüben, die sie im Kampfsport gelernt haben. Einer der Täter trainierte im Imperium Fight Team, welches seit 2019 in Taucha Trainingsräume betreibt. Beide Täter waren zur Zeit des Angriffs nicht im organisierten Neonazismus zu verorten, sondern haben über Fußball und Kampfsport Zugang zu einer Ideologie und einem Umfeld gefunden, in der die Anwendung von Gewalt auch außerhalb der Trainingsmatte kein Tabu ist. Dass sie auch nach der Tat Unterstützung und Solidarität aus der Szene erhalten haben, lässt sogar darauf schließen, dass diese sogar gewünscht und anerkannt wird. Die Folge ist akute Gewalt gegen Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen, und die damit einhergehende Befürchtung, dass weiter Menschen darunter leiden müssen.

¹⁰ LVZ-Online vom 20.05.2023: „Neonazis trainieren in Leipzig den Box-Nachwuchs“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/bushido-boxstudio-in-leipzig-wo-neonazis-den-nachwuchs-trainieren-KBPYJ3OPJFAWHLXRQXPQR2OM2Q.html>.

¹¹ chronik.LE: „Leipziger Neonazis verprügeln Schwarzen Türsteher auf Mallorca“, online unter: [chronikle.org/ereignisse/leipziger-neonazis-verpruegeln-schwarzen-tuersteher-mallorca](https://www.chronik-leipzig.de/ereignisse/leipziger-neonazis-verpruegeln-schwarzen-tuersteher-mallorca).

¹² Das Gericht verurteilte die beiden Täter im Mai 2021 zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren sowie einer Schmerzensgeldzahlung in Höhe von 150.000 Euro. Siehe auch chronik.LE: „Rassistisches, gewaltverherrlichendes T-Shirt im Umfeld von Lok Leipzig verbreitet“, online unter: [chronikle.org/ereignisse/rassistisches-gewaltverherrlichendes-t-shirt-umfeld-lok-leipzig-verbreitet](https://www.chronik-leipzig.de/ereignisse/rassistisches-gewaltverherrlichendes-t-shirt-umfeld-lok-leipzig-verbreitet).

¹³ Siehe chronik.LE: Dossier „Geschäftstüchtig und gewaltbereit. Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen“, online unter: [chronikle.org/dossiers](https://www.chronik-leipzig.de/dossiers).

Kapitel 2: Verschwörungsideologien und Antisemitismus in Nordsachsen



Von Pegida bis zur Energiekrise – Straßenproteste in Nordsachsen

von Marie Künne

Mit Reichsfahnen und Forderungen nach „Friede Freiheit, Demokratie“ ziehen seit der Corona-Pandemie Protestzüge über die Straßen in Nordsachsen. In diesem Artikel werden diese Proteste auf ihren Zusammenhang zu verschwörungsideologischen Protestbewegungen der letzten Jahre hin betrachtet. Ein Blick auf mögliche Kontinuitäten soll dabei Aufschluss darüber geben, wer demonstrieren geht, was diese Menschen motiviert und welche Inhalte dabei transportiert werden.

„Wir für Oschatz“, „Bad Dübener – Wir stehen auf“ und „Eilenburg diskutiert“ lauten die Namen von Telegram-Gruppen, die zunächst verheißungsvoll klingen. Liest man die Titel, so scheint es um Gemeinschaft zu gehen, oder um lokales Engagement. Ein genauerer Blick lohnt sich jedoch: Telegram wurde 2020 zum zentralen Medium in der Vernetzung und Mobilisierung für die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. So auch in Nordsachsen. Auch nach dem Rückgang der Proteste auf der Straße existieren die Netzwerke und Gruppen weiter. Neben lokalen Nachrichten werden in einigen dieser Gruppen immer wieder auch Verschwörungsideologien sowie menschenfeindliche Aussagen verbreitet. Und hinter dem vermeintlichen lokalen Engagement, steckt mehr politische Agitation, als ein erster Blick vermuten lässt.

Straßenproteste seit Pegida in Sachsen: Einordnung und Kontext

Die sächsischen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, im Folgenden als Corona-Proteste bezeichnet, sorgten bundesweit für Aufregung. Und das zurecht: Unter den Protestierenden waren wiederholt Neonazis und Hooligans. Aber auch über Sachsen hinaus konnte beobachtet werden, dass u. a. die Querdenken-Bewegung Verschwörungserzählungen und Falschnachrichten rund um die Pandemie verbreitete und sich nicht deutlich von rechten bis extrem rechten Akteuren abgrenzte. War die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen an den Corona-Demonstrationen zu Beginn noch sehr unterschiedlich, prägten im Verlauf der Pandemie verschwörungsideologische und rechte Zusammenschlüsse diese immer deutlicher. Diese seltsam anmutende Mischung an Menschen, die an den Querdenken-Demonstrationen teilnahmen, war jedoch keinesfalls neu.

Mit Blick auf die Protestlandschaft der vergangenen Jahre ließen sich Gemeinsamkeiten vor allem zu den sogenannten Montagsmahnwachen und der daraus hervorgegangenen Pegida-Bewegung beobachten. Insbesondere bei der Mahnwachen-Bewegung, die sich im Kontext der Annexion der Krim durch Russland 2014 auf deutschen Straßen formierte, fiel auf, dass auf Protesten „selten ein solches Sammelsurium von oft unvermittelten und nicht zusammenhängenden sowie auch völlig widersprüchlichen Positionen vertreten [war]“¹.

Die Mahnwachen, die bundesweit und vor allem montags stattfanden, stellten sich formal in eine Tradition mit den Montagsdemonstrationen 1989/90. Ein genauer Blick zeigt jedoch, dass rechte und verschwörungsideologische Positionen von Beginn an Teil der Protestbewegung waren. Die Hauptredner

¹ Vgl. Ullrich, Peter (2015): Postdemokratische Empörung, Hg.v. Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. Berlin, online unter: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/10/postdemokratische-empörung_ipb-working-paper_auf12.pdf, S. 8

der ersten Berliner Mahnwachen im März 2014 waren Ken Jebsen, ehemaliger rbb-Moderator und Verschwörungsideologe, Jürgen Elsässer, Rechtsextremist und Herausgeber des Compact-Magazins und Andreas Popp, unter anderem Anhänger und Verbreiter der Chemtrail-Verschwörungserzählung. Auch wenn es wiederholt Abspaltungen innerhalb dieser selbst ernannten Friedensbewegung als Reaktion auf rechte Tendenzen gab, so dominierten vor allem in Sachsen und Thüringen rechte bis radikal rechte Akteur*innen. Die Forderungsrufe auf den Mahnwachen lauteten „Frieden in Europa“ und „wahrheitsgetreue Medienberichterstattung“. Diese zunächst demokratisch erscheinenden Ideale gingen im Kontext der Mahnwachen jedoch Hand in Hand mit antiamerikanistischen, antisemitischen und rechtsextremen Verschwörungserzählungen².

Im Oktober 2014 gründete sich im Schatten der Mahnwachen die rechts-extreme Bewegung PEGIDA, die von ihrer Gründung an gegen Migrant*innen hetzte. Verschwörungsideologien sowie extrem rechte Ideologien zählen zu den Kernstücken der Inhalte, die PEGIDA auch heute noch im Netz und auf der Straße verbreitet. Einige Mitglieder der sächsischen AfD waren zu Beginn bei PEGIDA aktiv und nutzten die Bewegung vermutlich auch, um Wähler*innen für ihre Partei zu gewinnen³. Auch bei PEGIDA trat Jürgen Elsässer wiederholt als Redner auf. In Sachsen konzentrierten sich die großen Kundgebungen und Demonstrationen in den Städten Dresden und Leipzig.

Ein Blick nach Nordsachsen: Protestbewegungen der letzten Jahre

Im Hinblick auf die im Absatz zuvor skizzierten Protestbewegungen lässt sich feststellen, dass sich diese in Sachsen stets in den urbanen Zentren konzentrierten. Auf Landkreisebene organisierten und organisieren sich jedoch auch Protestgruppierungen, die in der öffentlichen Betrachtung oftmals weniger Aufmerksamkeit erhalten.

So kam es in Nordsachsen in der Kreishauptstadt Eilenburg zum Jahresbeginn 2022 zu Querdenken-nahen Demonstrationen mit bis zu 1000 Teilnehmenden. In den Städten Oschatz, Bad Dübener Heide und Eilenburg finden auch Mitte 2023 nach wie vor sogenannte Spaziergänge statt, die direkt aus den Corona-Protesten hervorgegangen sind.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die noch heute stattfindenden „Spaziergänge“ in Nordsachsen in Kontinuität mit den Montagsmahnwachen, PEGIDA und Querdenken stehen. Außerdem soll ein Blick darauf geworfen werden, wie die „Spaziergänger*innen“ sich über soziale Medien, facebook und Telegram, organisieren und vernetzen.

PEGIDA / LEGIDA

PEGIDA war seit der Gründung im Oktober 2014 in Dresden beeinflusst von rassistischen und insbesondere Islamfeindlichen Diskursen. Gab es zu Beginn noch Versuche das Bündnis als „bürgerlich“ zu charakterisieren, so wurden die rassistischen und radikalen Stimmen zunehmend lauter.

² Vgl. Link, Rainer (2015): „Ein rechtes Projekt auf den Trümmern linker Fundamente“, in: deutschlandfunk online, online unter: <https://www.hoerspielundfeature.de/mahnwachen-fuer-den-frieden-ein-rechtes-projekt-auf-den-100.html>

³ Vgl. Meisner, Mathias (2020): „Neonazis, Pegida und AfD Hand in Hand“, in: Tagesspiegel, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/literatur/in-sachsen-ist-rechts-aussen-fast-schon-normal-5061331.html>.

Neonazistische Akteur*innen befeuerten die asylfeindliche und völkische Ausrichtung von PEGIDA, die sich in den kommenden Jahren verstetigen sollte⁴.

Die rassistischen Diskurse, insbesondere gegen Geflüchtete, fielen 2014 auch in Nordsachsen auf fruchtbaren Boden. Von vornehmlich rechten Akteur*innen, wie der NPD, deren Jugendorganisation JN und der AfD, wurde massiv gegen Geflüchtete gehetzt und mobilisiert. Bereits im November 2013 gründete sich die „Initiative – Unser Eilenburg“ mit ihrer dazugehörigen Facebook-Seite. Von der „Initiative - Unser Eilenburg“ wurde wiederholt zu sogenannten Spaziergängen in Eilenburg aufgerufen.

In Delitzsch gründete sich als Pendant dazu die „Initiative – unser Delitzsch“. Den anwesenden Personen zufolge, liegt die Vermutung nahe, dass die NPD, bzw. die JN, in die Organisation dieser rassistischen Proteste involviert war. Am 6. April 2015 postete die „Initiative – Unser Eilenburg“ ein Foto von einer PEGIDA-Demonstration in Dresden, an der Mitglieder der Initiative teilnahmen. Auch rief die Initiative auf ihrer facebook-Seite mehrfach zur Beteiligung an LEGIDA-Demonstrationen in Leipzig auf. Bei LEGIDA handelte es sich um den im Januar 2015 gegründeten Leipziger Ableger von PEGIDA aus Dresden. Gegründet wurde LEGIDA von Neonazis aus dem Umfeld der NPD. Selbst der Verfassungsschutz bewertete LEGIDA im Vergleich zu PEGIDA als „radikaler und gewaltbereiter“⁵.

Rassistische Erzählungen wie die vom „großen Austausch“, welche behauptet, bei Migrations- und Fluchtbewegungen handele es sich um eine geplante Agenda, bestimmten den von den Akteur*innen aus Nordsachsen als auch von LEGIDA und PEGIDA verbreiteten Diskurs.

Im Anschluss an die Montagsmahnwachen beanspruchten auch PEGIDA und LEGIDA den Montag und die damit einhergehende Referenz zur friedlichen Revolution 1989/90 für sich. Die Parole „Wir sind das Volk“ wurde von PEGIDA übernommen. Wohnte der Parole damals schon ein nationalistischer Ton inne, so wurde sie zum Ausdruck der völkisch und rassistischen Ausrichtung PEGIDAS.

Auch das Narrativ der „Lügenpresse“ wurde durch PEGIDA lautstark verbreitet. Hinter der Idee, die Presse werde manipuliert und handle im Dienste übler Mächte, steckt eine jahrhundertealte antisemitische Verschwörungserzählung. Im Zuge der Märzrevolution 1848 wurde die Erzählung in konservativen Kreisen verbreitet und mündete nicht zuletzt auch im antisemitischen Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Dieses gefälschte Dokument diente nicht zuletzt den Nationalsozialisten zur Verbreitung ihrer mörderischen antisemitischen Ideologie.

In Eilenburg kam es am 19. März 2015 zu einem Anschlag auf die Zeitungsredaktion der *Leipziger Volkszeitung*. Dabei wurden einige Scheiben eingeschlagen und das Wort „Lügenpresse“ an ein Fenster gesprüht. Die Vermutung, dass die Täter aus dem LEGIDA-Umfeld stammten oder zumindest mit der Bewegung sympathisieren, liegt nahe.

⁴ Vgl. Bey, Haarfeldt, Richter, Wamper (2016): Pegida im Spiegel der Medien, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, online unter: <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/12/DISS-Pegida-im-Spiegel-der-Medien-2016.pdf>

⁵ Vgl. dpa (2015): Verfassungsschutz: Legida „entschlossener und viel radikaler“, in: Zeit online, online unter: <https://www.zeit.de/news/2015-01/21/demonstrationen-verfassungsschutzlegida-entschlossener-und-viel-radikaler-21121007>

Eine weitere Gruppe, die sich im Kontext von PEGIDA in Nordsachsen gründete, ist die Facebook-Seite „Wir für Oschatz“. Neben Aufrufen zu LEGIDA-Demonstrationen in Leipzig dominieren rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Hasstiraden gegen all diejenigen, die sich für die Rechte von Migrant*innen einsetzen.

Corona Proteste / Querdenken in Nordsachsen

Die bundesweiten Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen schwappten auch nach Nordsachsen über. So organisierten sich ab dem frühen Sommer 2020 wöchentlich Proteste in den Städten Eilenburg, Oschatz, Torgau und Delitzsch. Dort blieb es jedoch vergleichsweise lange Zeit bei sehr kleinen Protestzügen. Anzunehmen ist, dass einige Aktivist*innen sich an den Großdemonstrationen von Querdenken und „Bewegung Leipzig“ in Dresden und Leipzig beteiligten.

Ab dem Spätherbst 2021 gab es einen Aufschwung in der Corona-Protestbewegung in Nordsachsen. In Oschatz protestierten am 31. Januar 2022 circa 500 Menschen.⁶ In Eilenburg wuchsen die Demonstrationen im Januar 2022 kurzzeitig sogar auf mehr als 1000 Teilnehmende.⁷ Die Corona-Proteste verloren daraufhin in Nordsachsen recht schnell wieder an Aufwind.

Im Jahr 2020 organisierten sich die Proteste noch vorwiegend über lokale Vernetzungsgruppen auf sozialen Plattformen. Bei dem Großteil handelte es sich bis dato noch um Facebook-Seiten wie „WIR für Oschatz“. Über die Facebook-Seite wurde 2016 noch zu LEGIDA-Demonstrationen nach Leipzig sowie zu rassistischen Demonstrationen in Nordsachsen mobilisiert. Im Kontext der Corona-Pandemie wurden verschwörungsideologische Inhalte in Bezug auf die Pandemie sowie Aufrufe zu Corona-Protesten geteilt. Heute wird von den Betreiber*innen der Seite wieder zu rassistischen Spaziergängen und Protestaktionen in Nordsachsen gegen Geflüchtete aufgerufen. Anhand der Seite können sowohl die personellen als auch die ideologischen Kontinuitäten, in denen die Protestbewegungen von LEGIDA über Corona-Proteste bis heute bestehen, nachvollzogen werden. Ab 2020 wurden zur Protestmobilisierung verstärkt Telegram-Gruppen wie „Eilenburg steht auf!“ genutzt. Die Inhalte, die heute noch in den Gruppen geteilt werden, schließen deutlich an rechtsradikale Positionen an. Während der Corona-Pandemie dominierten verschwörungsideologische Narrative darüber, dass Covid-19 nur ein „fake“ und die Impfungen „gezielte Massentötungen“ wären sowie diverse Endzeitszenarien. Auch Holocaustrelativierungen und rassistische Hetze wurden geteilt. Waren es 2016 noch Inhalte der NPD, die auf der Seite „WIR für Oschatz“ geteilt wurden, so sind es heute Posts von den Freien Sachsen.

⁶ Vgl. Leipziger Volkszeitung, 31.01.2021: „Rund 500 Menschen protestieren gegen Corona-Politik in Oschatz“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/oschatz/rund-500-menschen-protestieren-gegen-corona-politik-in-oschatz-KZ3PCHRKGWZVJMQGSBQAG4HQ5I.html> (Stand: 25.04.2023).

⁷ Vgl. Raabe, Bastian, 28.02.2022: „Wie Eilenburg zur Hochburg in Nordsachsen wurde“, Leipziger Volkszeitung, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/eilenburg/corona-protest-wie-eilenburg-zur-hochburg-in-nordsachsen-wurde-AGG6CNMDSF2PNMJA2ZYRE-MOTEQ.html> (Stand 25.04.2023).

Im Februar 2021 gründeten gut vernetzte und etablierte rechtsextreme Akteur*innen aus Sachsen die rechtsextreme Partei die „Freien Sachsen“ im Erzgebirge. Spätestens seit dem Sommer 2021 traten diese auch immer wieder auf den Corona-Protesten in Nordsachsen auf. Mit der Telegram-Gruppe „Freie Sachsen Nordsachsen“ wurde eine zentrale Plattform geschaffen, auf



der die Informationen aus den einzelnen Regionalgruppen zusammengeführt und geteilt werden. Außerdem konnte beobachtet werden, dass die „Freien Sachsen“ auch andere Telegram-Gruppen, wie die oben benannte, zunehmend als Plattform nutzten. Die gewachsene Anzahl an Teilnehmenden bei den Corona-Protesten ab dem Winter/Herbst 2021 steht sehr wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit der Mobilisierung durch die „Freien Sachsen“.

Es gibt noch eine weitere zentrale Telegram-Gruppe für den Landkreis Nordsachsen: die „Freiheitsboten Nordsachsen“. Das bundesweit organisierte Netzwerk der „Freiheitsboten“ geht auf die Initiative des Querdenken-Aktivisten Bodo Schiffmann zurück. Der regionale Ableger für Nordsachsen existiert seit September 2020. Auch in dieser Gruppe werden regelmäßig Aufrufe zu Protesten und Kundgebungen sowie rechte und verschwörungsideologische Inhalte geteilt. Aktuell hat die Gruppe nur 400 Mitglieder, während in der Gruppe der Freien Sachsen über 1000 Mitglieder sind (Stand August 2023).

Quelle: Screenshot Telegram Gruppe „Freiheitsboten Nordsachsen“, Post vom 3.10.2023, https://t.me/Freiheitsboten_Nordsachsen/41423 Über den Telegram-Kanal „Freie Sachsen“ mobilisiert die rechtsextreme Partei in ganz Sachsen zu asylfeindlichen Protesten

Energieproteste und Spaziergänge

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine im Februar 2022 kamen neue Narrative und Erzählungen in den sozialen Netzwerken der Corona-Proteste auf. Sowohl von den „Freien Sachsen“ als auch von den „Freiheitsboten“ wurden von Anfang an Verschwörungserzählungen, gespickt mit Antiamerikanismus und einer Täter-Opfer-Umkehr, zum Angriffskrieg verbreitet.

Entgegen der Befürchtung demokratischer Akteur*innen kam es im Zuge der Energiekrise in Deutschland nicht zu rechten Großmobilisierungen. Es kam in Sachsen zu mehreren Demonstrationen, von der AfD und anderen

rechten Akteuren dominiert, jedoch erreichten diese in Bezug auf die Größe nie PEGIDA-ähnliche Ausmaße. Sowohl sachsenweit als auch in Nordsachsen war zu beobachten, wie genau dieselben Akteur*innen, die noch wenige Monate vorher gegen die vermeintliche „Impfdiktatur“ wetterten, nun zu Demonstrationen gegen die steigenden Energiepreise mobilisierten.

Auffällig war, dass die Erzählungen zwar teilweise scheinbar neue waren, die Erklärungsmuster jedoch dieselben blieben. Ob Corona-Pandemie oder soziale Folgen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine: Den Abonnent*innen und Initiator*innen der „Freiheitsboten Nordsachsen“, von „Freie Sachsen Nordsachsen“ sowie „WIR für Oschatz“ geht es nicht um die Suche nach Ursachen für gesellschaftliche Missstände. Stattdessen werden von diesen Akteur*innen Verschwörungserzählungen verbreitet, die vermeintlich Schuldige benennen, Hass und Misstrauen schüren und eigene Verantwortung ablehnen.

Ein Blick in die bereits erwähnten Telegram- und Facebook-Gruppen im Juli 2023 zeigt, dass nur noch einige der Gruppen aktiv genutzt werden: Bei Telegram sind es „Oschatz lebt!“, „Bad Dübener – Wir stehen auf!“, „Freiheitsboten Nordsachsen“ und „Freie Sachsen Nordsachsen“, bei Facebook ist es die Seite „Wir für Oschatz“.

Mit Blick auf die Inhalte lässt sich besorgt feststellen, dass das Thema Migration und Asyl ähnlich wie 2015/16 wieder zentral zu sein scheint. So wird Angst vor einer angeblichen „Massenmigration“ geschürt. Auch das Thema Krieg ist weiterhin aktuell. Verschwörungserzählungen, die Amerika als den „wahren Feind“ benennen, dominieren dabei die Inhalte.

Schlussfolgerungen

Es ist nicht die Stärke an Protesten, die im Landkreis Nordsachsen wirklich bedrohlich erscheint. Die wenigen Proteste mit vielen Teilnehmenden im Winter 2022 stellten die Ausnahme dar. Im August 2023 sind es nicht mehr als maximal 20 bis 30 Personen, manchmal deutlich weniger, die regelmäßig montags auf den Straßen von Bad Dübener und Oschatz „spazieren“.



Quelle: Telegram Gruppe Oschatz „lebt“, Post vom 04.09.2023, https://t.me/oschatz_lebt_sei_teil_davon/1590

In Nordsachsen hat sich jedoch im Zuge rassistischer Mobilisierung gegen Geflüchtete um 2015 eine Protestszene formiert, die in der Corona-Pandemie erneut aktiv geworden ist. Der Rückgang an Demonstrierenden sollte dabei nicht über das bestehende Problem mit rechtem und verschwörungsideologischem Gedankengut im Landkreis hinwegtäuschen. Zählte die RAA Sachsen im Jahr 2020 noch 6 rassistische oder rechtmotivierte Vorfälle in Nordsachsen, so waren es im Jahr 2022 insgesamt 14 Vorfälle. Ein Anstieg um mehr als das Doppelte. Im ersten Halbjahr 2023 kam es mehrfach zu rassistischen Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis. In den letzten Jahren, so wie auch ganz aktuell, kann für Nordsachsen festgehalten werden, dass es kaum sichtbaren Gegenprotest gibt.

Die Online-Gruppen, die im Zuge der Corona-Proteste entstanden sind, haben eine neue Plattform für rechtes und rassistisches Gedankengut in Nordsachsen etabliert, welche auch über die Pandemie hinaus besteht. Die Struktur in der neonazistische Akteure*innen in Nordsachsen organisiert sind, hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Führende Köpfe aus dem rechten Kader sind nicht mehr aktiv. Dafür zeigen sowohl die Corona-Proteste als auch die sogenannten Energie-Proteste, beworben von den „Freien Sachsen“, dass das rechte Gedankengut nach wie vor im Landkreis präsent ist. Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen erfüllt eine vermittelnde Funktion: Real existierende Ängste werden geschürt. Die vermeintlichen Antworten, die die Erzählungen auf die unreflektierten Ängste geben, gehen immer einher mit menschenverachtenden Feindbildern. Dass die „Spaziergänge“ auch Mitte 2023 noch das Stadtbild mehrerer Orte in Nordsachsen prägen, liegt nicht zuletzt an einer Normalisierung rechten Gedankenguts. Ein Beispiel für die Diskursverschiebung ist unter anderem in Oschatz zu finden. Dort ist einer der zentralen Akteure der wöchentlich stattfindenden Spaziergänge ehemaliger SPD-Stadtrat. Heute sympathisiert er mit den „Freien Sachsen“. Die Gefahr, dass die Menschenfeindlichkeit nicht „nur“ in Chatgruppen verbleibt, ist real und bedroht schon heute demokratisches Engagement und Menschen, die als „Feinde“ markiert werden.

Marie Künne ist Politikwissenschaftlerin und politische Bildungsreferentin. Sie arbeitet bei der Amadeu Antonio Stiftung im Projekt debunk zu den Themen Verschwörungsideologien und Antisemitismus in Sachsen.

Der Wahn von Reich und Selbstverwaltung: Reichsbürger*innen in Nordsachsen

von Benjamin Winkler

*Bundesweit ist das Milieu der Reichsbürger*innen verbreitet und wächst gemäß den Zahlen der Sicherheitsbehörden jährlich an. Das hohe Gewaltpotential, was von der Szene ausgeht, scheint auch im Hinblick auf die Waffenfunde bei vergangenen Großrazzien besorgniserregend. Einige bekannte Organisationen und Akteur*innen der Szene sind in Sachsen angesiedelt und vernetzt. Nur, so der sächsische Verfassungsschutzbericht für 2022, im Landkreis Nordsachsen gebe es keine besondere Aktivität des Milieus. Dieser Artikel untersucht diese Beobachtung und fragt, ob der Schein nicht doch trügt.*

Der sächsische Verfassungsschutz zählte für das Jahr 2022 rund 2500 Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen in Sachsen.¹ Das waren 600 Personen mehr als noch im Vorjahr. Der Trend des Anstiegs in diesem Milieu setzt sich also fort. Für den Landkreis Nordsachsen und den Landkreis Leipzig weisen die Verfassungsschützer*innen ein Personenpotenzial von 50 bis 80 Personen aus². Verglichen mit den anderen Landkreisen und den kreisfreien Städten Sachsens (exklusive Chemnitz) ist demnach das Potenzial im Norden Sachsens geringer als im Rest von Sachsen. Keine der im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Reichsbürger*innen-Organisationen scheint einen Sitz im Landkreis Nordsachsen zu haben. Denn anders als beispielsweise in Bärwalde, im Landkreis Görlitz oder Eibenstock im Erzgebirgskreis stellte die Behörde keine Aktivitäten des sogenannten Königreich Deutschland (KRD) fest. Ein genauerer Blick auf das Milieu führt aber zu einer anderen Einschätzung. Die Überprüfung einer lokalen Telegramm-Gruppe des KRD brachte den Nachweis, dass sehr wohl in der Leipziger Region Anhänger*innen des KRD zu finden sind³.

Im Folgenden sollen weitere Beispiele geschildert werden, die die Aktivität von Reichsbürger*innen belegt.

Am 23. Februar 2023 berichtete die *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) von einem Gerichtsverfahren gegen einen 54-jährigen LKW-Fahrer aus Dahlen.⁴ Der Angeklagte stand bereits 2022 vor einem Richter des Torgauer Amtsgericht. Hier hatte sich der Mann äußerst aggressiv und beleidigend verhalten, sodass laut LVZ mehr als vier Wachmänner notwendig waren, um den Prozess zu sichern. Hintergrund des Verfahrens gegen den Angeklagten war der Vorwurf der Beleidigung und Bedrohung eines Polizisten im Januar 2021. Laut Aussagen der Polizei soll der Angeklagte einem Polizisten mit dem Tod gedroht haben. Die Polizeibeamt*innen hatten damals das Fahrzeug des Mannes kontrollieren wollen, weil dieser gegen eine Corona-Auflage verstoßen hatte. Die Polizist*innen stellten bei der Überprüfung der Kfz-Daten fest, dass der 54-Jährige ein bereits bekannter Reichsbürger und Gewalttäter war. Die Verhandlung vor dem Amtsgericht in Torgau und dem Landgericht in Leipzig führten allerdings nicht zur Verurteilung des Mannes.

1 Landesamt für Verfassungsschutz: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022, S. 97.
2 <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer-Verfassungsschutzbericht-2022.pdf>, Seite 98
3 Anmerkung: Das Projekt debunk der AAS in Sachsen führt regelmäßig qualitative Untersuchungen auf der Plattform Telegram durch. Gelesen und analysiert werden dabei offen einsehbare Beiträge der Gruppen und Chats, welche die so genannten Montagedemos organisieren oder von bekannten verschwörungsideologischen und reichsideologischen Organisationen.
4 LVZ-Online vom 23.02.2023: „Angeklagter hat in Torgau Polizisten bedroht – Landgericht rollt Fall erneut auf“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/angeklagter-hat-in-torgau-polizisten-bedroht-landgericht-rollt-fall-neu-auf-3X4MLULRYJBABOLCG2OCYFXYPE.html>.

Das Gericht sah es nicht als erwiesen an, dass der Angeklagte den Polizisten mit dem Tod bedroht hatte. Interessanterweise wurde der 54-Jährige vor Gericht durch den bekannten Rechtsextremen Martin Kohlmann, Parteivorsitzender der Partei „Freie Sachsen“, vertreten. Eines der Ziele der Partei ist der sogenannte „SÄXIT“. Gemeint ist damit der Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik. Die „Freie Sachsen“ gelten zudem nicht nur als rechtsextrem, sondern ebenso als der Reichsbürger-Szene nahe stehend. Bei der Gründungsfeier der Partei im Frühjahr 2021 sprach der aus der Leipziger Region stammende Q-Anon-Aktivist und Reichsbürger Hans-Joachim Müller.

Ein anderer Fall ereignete sich am 11. Juli 2023 in Mügeln. Hier kam es zu einem Polizei-Einsatz am Wohnsitz eines mutmaßlichen Reichsbürgers.⁵ Zuvor hatte das Landratsamt Nordsachsen als zuständige Behörde die waffenrechtliche Erlaubnis des Mannes eingezogen. Da er die Waffenabgabe verweigerte, wurde das SEK (Sondereinsatzkommando) eingesetzt, um diese durchzuführen. Der Fall steht exemplarisch für die Waffennähe des Milieus. Denn laut Auskünften von Polizei und Verfassungsschutz besitzen zahlreiche Reichsbürger*innen legal oder illegal Waffen. Aufgrund der Gefahr, die davon ausgeht, leiten die Behörden in den letzten Jahren vermehrt Verfahren ein, die zur rechtsstaatlichen Waffenentnahme führen sollen. Fälle, wie hier in Mügeln, stellen auch eine Gefahr für Polizist*innen dar. Als beispielsweise einem Reichsbürger in Bayern im Jahr 2016 die Waffe, ebenfalls durch einen SEK-Einsatz, entzogen werden sollte, schoss dieser auf die Beamt*innen und verletzte einen Polizisten lebensgefährlich.

Die geschilderten Fälle nähren eine Vermutung bezüglich des Aktivismus von Reichsbürger*innen oder Verschwörungsideolog*innen im Landkreis Nordsachsen: Möglicherweise ist der Landkreis hinsichtlich öffentlichkeitswirksamer Aktionen aus dem Milieu auch deswegen weniger auffällig, weil Anhänger*innen der Ideologie den Landkreis als vermeintlich sicheres Rückzugsgebiet nutzen können. Die These kann beispielsweise aus dem Fall des ehemaligen KSK-Soldaten Philipp S. abgeleitet werden. S. wurde wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, des Waffengesetzes und des Sprengstoffgesetzes im Frühjahr 2021 vom Landgericht Leipzig zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.⁶ Der Soldat hatte auf seinem Privatgrundstück in Collm zwei Kilogramm Sprengstoff, ein Sturmgewehr und Tausende Schuss Munition versteckt. Die Ermittlungen führten damals zu dem Verdacht, dass S. Mitglied einer rechtsextremen Prepper-Organisation⁷ gewesen sein könnte, die wiederum einen gewalttätigen Umsturz in der Bundesrepublik plante. Das sogenannte Nordkreuz-Netzwerk teilte sowohl rechtsextreme als auch reichsideologische Positionen.

Reichsideologie in Nordsachsen ist jedoch nicht nur auf solche strafrechtlich relevanten Fälle beschränkt. Insbesondere im Kontext der sogenannten Montagsdemonstrationen oder anderer Kundgebungen des verschwörungsideologischen Milieus (siehe Artikel von Marie Künne in dieser Broschüre) tauchen immer wieder Positionen von Reichsbürger*innen auf. Eine Telegramm-Analyse einiger lokaler Chat-Gruppen von Personen, die sich an den genannten Demonstrationen in Nordsachsen beteiligen, ergab, dass in allen

5 Sächsische Zeitung online vom 11.07.2023: „SEK-Einsatz bei Mügeln: Waffe und Munition sichergestellt“, online unter: <https://www.saechsische.de/polizei/sek-einsatz-bei-mann-in-muegeln-waffe-und-munition-sichergestellt-5883123.html>.
6 LVZ-Online vom 22.03.2021: „Waffenversteck in Nordsachsen: KSK-Soldat rechtskräftig verurteilt“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/oschatz/waffenversteck-in-nordsachsen-ksk-soldat-rechtskraeftig-verurteilt-POJGLQ73ISJPPOC66COZO2L374.html>.
7 Anmerkung Prepper: Rechtsextreme Personen, die im Glauben an ein drohendes Untergangsszenario, welches völkisch interpretiert wird, leben und sich darauf vorbereiten (engl. to prep – vorbereiten)

Gruppen Anhänger*innen der Ideologie zu finden waren. Insbesondere die Gruppe „BAD DÜBEN – WIR STEHEN AUF“ war hierbei auffällig. Neben allerhand verschwörungsideologischen Inhalten fanden sich hier besonders viele Einträge, in denen die Existenz der Bundesrepublik geleugnet wurde. In keiner der untersuchten Gruppen gab es Widerspruch gegen solche Positionen. Auf den Demonstrationen wird mit dem Schlagwort oder der Forderung nach „Souveränität“ an die bekannte Verschwörungserzählung angeknüpft, dass die Bundesrepublik kein souveräner Staat sei. Auch wenn die Untersuchung nicht zu dem Eindruck führte, dass Reichsideologie oder



Quelle: Screenshot Telegram-Gruppe Königreich Deutschland, 23. August 2023, <https://t.me/KoenigreichDeutschland/1374>

reichsideologische Inhalte maßgeblich für die Szene der Montagsspaziergänge sind, ist zumindest zu erwarten, dass Reichsbürger*innen willkommen auf den Demonstrationen sind und dass sich die Demonstrierenden von dieser Ideologie und Szene nicht distanzieren.

Die Reichsideologie tritt unterdessen auch in Verbindung mit marktradikalen oder libertären Positionen auf. Manche Reichsbürger*innen leugnen nicht nur die Existenz der Bundesrepublik und ihrer Gesetze, sie fordern auch eine unbegrenzte Freiheit für Unternehmer*innen oder unternehmerisches Handeln. Solche libertären Positionen verbinden sich in verschiedenen Ländern mit verschwörungsideologischen oder staatsleugnerischen Positionen. Auch in Nordsachsen findet sich ein solcher Fall. Der Besitzer der Eilenburger Papierfabrik, Daniel Model, erregte vor Kurzem öffentliche Aufmerksamkeit. Die *Leipziger Volkszeitung* erfuhr u. a. durch die schweizerische NZZ (*Neue Züricher Zeitung*) von einem Prozess gegen Daniel Model vor einem Grazer Gericht in Österreich.⁸ Am Ende des Verfahrens wurde Model wegen staatsfeindlicher Verbindungen zu einer Millionengeldstrafe und einer Bewährungsstrafe verurteilt. Model gründete in Österreich einen eigenen Fantasiestaat. Von diesem Gebilde aus betrieb er einen illegalen Gerichtshof und bedrohte damit Behörden, Richter*innen und Privatpersonen. Die geschilderte Praxis erinnert an das aus Sachsen stammende

⁸ LVZ-Online vom 11.03.2023: „Der Fall Daniel Model: Wie staatsfeindlich ist der Besitzer der Papierfabrik?“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/delitsch/papierfabrik-eilenburg-besitzer-daniel-model-verurteilt-wie-gefaehrlich-ist-er-FPMP54540-BEVVDWG4JSSH3R5BM.html>.

„Deutsche Polizeihilfswerk“.⁹ Auch hier hatte ein Reichsbürger eine Fantasie-Polizeibehörde gegründet und damit Behörden eingeschüchtert sowie bedroht. Die Verurteilung von Model in Österreich hatte zunächst keine Auswirkungen auf den Betrieb der Papierfabrik in Eilenburg. Gleichzeitig ist zu bezweifeln, dass sich Model durch die Verurteilung von seiner früheren Gesinnung getrennt haben soll. Staatsleugner*innen oder Reichsbürger*innen, die wie Model im Besitz eines Unternehmens sind, haben damit auch weitreichende Möglichkeiten, die ideologischen Überzeugungen zu verbreiten.

Die geschilderten Fallbeispiele zeigen, dass Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen in Nordsachsen Präsenz zeigen. Ihre Verhaltensmuster können beispielsweise für Polizist*innen gefährlich sein, ebenso für Richter*innen oder Menschen im Justizdienst. Gleichzeitig versuchen sich Reichsbürger*innen in Nordsachsen in der Verbreitung ihrer Ideologien, vor allem auf den sogenannten Montagsspaziergängen im Landkreis. Insbesondere der Fall Model aus Eilenburg macht deutlich, dass Reichsbürger*innen nicht nur an den gesellschaftlichen Rändern vorkommen, sondern dass es sich um ein Phänomen und Problem in der Breite der Gesellschaft handelt.

Benjamin Winkler ist Soziologe, Bildungsreferent und systemischer Berater. Er leitet das Projekt debunk bei der Amadeu Antonio Stiftung und arbeitet schon seit mehreren Jahren zu der Reichsbürger Bewegung in Sachsen.

⁹ psiram.com: Deutsches Polizeihilfswerk, online unter: https://www.psiram.com/de/index.php/Deutsches_Polizeihilfswerk.

Hagen Grell: Der gescheiterte Gang vom rechten Online-Aktivismus in die Kommunalpolitik

von Sophie Nissen

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Delitzsch kandidierte im Frühjahr 2022 auch der rechte Online-Aktivist Hagen Grell. Er begründete seine Kandidatur mit seinem Vertrauensverlust in die großen Volksparteien und der Unglaubwürdigkeit der „Mainstreammedien“. Wer ist Hagen Grell und was trieb ihn zur Kandidatur?

Seinen Wahlantritt verkündete Hagen Grell in einem Video auf seinem Telegramkanal, in dem er von seiner Tätigkeit als „Journalist“ und von dabei angeblich erlebter Repression berichtete. Er argumentierte weiter, dass auch auf „Untergrundgruppierungen wie Q“ nicht zu vertrauen wäre.¹ Dieser Kommentar macht hellhörig, denn Grell tritt schon seit einigen Jahren in Umfeld verschwörungsideologischer und rechter Influencer auf. „Q“ ist das Kürzel für QAnon, eine weltweit verbreitete Verschwörungserzählung, die ihren Ursprung in den USA hat. Ursprung der Erzählung bildeten im Jahr 2017 Veröffentlichungen in einem Online-Forum. Bei diesen Veröffentlichungen handelte es sich um Enthüllungsberichte über den angeblichen Kampf Donald Trumps gegen den „Deep State“, einen geheimen Staat im Staat, der von einer verborgenen Elite geführt werde. Die Verbreitung dieser Verschwörungserzählung sowie die Verweise auf eine angebliche Zensur und seine offene Ablehnung gegenüber den etablierten Parteien, bieten Anlass genug, sich den Kandidaten Hagen Grell genauer anzusehen.

Einfallstor Antifeminismus

Durch Statements zu den Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln erlangte der aus Delitzsch stammende Grell erstmals größere Aufmerksamkeit. Über 600 Frauen meldeten damals Opfer von Raub, sexuellen Übergriffen bis hin zu Vergewaltigung geworden zu sein. Vor dem Kölner Dom fanden sich in der Nacht hunderte, überwiegend migrantische Männer zusammen, die in Gruppen Frauen bedrängten und verfolgten. Es wurden 1200 Anzeigen erstattet, beinahe die Hälfte davon wegen sexueller Übergriffe. Infolgedessen entflammte eine rassistische Debatte in den deutschen Medien, die die Vorfälle in Köln instrumentalisierte, um Angela Merkels „Willkommenspolitik“ des vergangenen Sommers infrage zu stellen und rassistische Hetze gegen migrantisierte und geflüchtete Menschen in Deutschland befeuerte. Grell veröffentlichte zu den Vorfällen ein Statement auf Youtube. Er richtete damals im Unterhemd und aus seinem heimischen Badezimmer eine direkte Ansprache an „die deutschen Frauen“, die seiner Einschätzung nach selbst schuld seien an Belästigungen und Vergewaltigungen, die sie erlebten. „Die deutsche Männlichkeit“ werde zerstört, obwohl diese, seiner Auffassung nach, doch zur stärksten der Welt gehöre. Laut Grell gebe es eine „gute deutsche“ Männlichkeit, der eine „fremde“ und „bedrohliche“ Männlichkeit gegenüberstehe. Verkörpert werde diese durch „kulturfremde Männer“. Dieser Auffassung, dass es sich bei den Übergriffen in Köln nur exemplarisch um eine „neue“ Form der Gewalt gegen Frauen, ausgehend von „fremden Männern“ handeln würde, liegt die rassistische Annahme zugrunde, dass sexualisierte Gewalt in der vermuteten nicht-deutschen Herkunft der Täter begründet läge.

¹ Post vom 11.02.2022 im Telegramkanal „Hagen Grell“.

Mit seiner Argumentation knüpft Grell an die rassistische Vorstellung des „Ethnopluralismus“ an. Die Annahme der Ungleichwertigkeit kultureller Gruppen mündet in der Forderung nach einer strikten Trennung von Kulturen und „Völkern“, denen unveränderbare Eigenschaften zugeschrieben werden. Diese Zuschreibung geht einher mit der Vorstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit, an die biologisch vorbestimmte Rollen geknüpft sind, die ebenfalls unveränderbar seien.

Hagen Grell reproduziert die rassistische Erzählung des „guten“ Deutschen und des „bösen“ Anderen. So wird nicht nur ein rassistisches Feindbild geschürt. Die Ethnisierung von sexualisierter Gewalt erfüllt auch die Funktion, die eigene Männlichkeit aufzuwerten. Das vermeintliche „böse Andere“, das „Fremde“ sei, so Grell, letztendlich nur ein Produkt eines weiteren Feindbildes: des Feminismus.² „Der Feminismus“ trage Schuld an „der Migration“. Er schließt damit an eine in der Neuen Rechten gängige Rhetorik an, die Antifeminismus und Rassismus verknüpft. Feminismus und Gleichberechtigung, so Grells Argumentation, hätten „die deutschen Männer“ verweicht. Diese wären nun nicht mehr in der Lage, deutsche Frauen zu beschützen und vor Fremden zu verteidigen. Obwohl die deutsche Männlichkeit seiner Auffassung nach doch zur stärksten der Welt gehöre.³ Der Feminismus sei, so Grell letztendlich, schuld daran, dass Frauen zu Opfern von Gewalt durch Männer würden. Dass sich feministische Bewegungen erst überhaupt gegründet haben, um der Gewalt gegenüber Frauen entgegenzutreten, übergeht Grell mit dieser Argumentation völlig.

Das Video war der Auftakt für seine folgende, kontinuierliche Aktivität auf Youtube. In seinen Videos spazierte er durch Wälder und erläuterte seine kruden Weltanschauungen. Außerdem trat Grell auch als Moderator in Videos der verschwörungsideologischen Filmproduktionsfirma „Nuoviso. TV“ (heute „nuoflix“) auf, die ihren Sitz in Leipzig hat.

Spenden für das Anti-Youtube

Im Sommer 2020 wurde Grells Account gelöscht, nachdem Youtube begann, rechtsextreme sowie verschwörungsideologische Inhalte und Hetze stärker zu ahnden. Viele dieser Medienmacher*innen, die sich selbst als „alternativ“ bezeichnen, waren dringend auf der Suche nach einer anderen Plattform. Bereits existierende Alternativformate wie „Bitchute“ konnten nur Bruchteile der View-Zahlen einspielen, die auf Youtube erreicht wurden. Die von Hagen Grell 2018 ins Leben gerufene Website „Frei hoch 3“ sollte nun eine erfolgreiche Ausweichplattform werden. Grell kündigte mit „Frei hoch 3“ eine Website an, die vor der vermeintlichen Zensur sicher sein sollte, die auf den „Mainstreamplattformen“ herrsche. Weiterhin kündigte Grell die Beteiligung mehrerer „Stars“ der Szene dieser alternativen Medienmacher*innen an, unter anderem Martin Sellner und Oliver Janich.⁴ Sellner war viele Jahre eine Führungsperson des österreichischen Ablegers der „Identitären Bewegung“, einer neurechten, völkischen Gruppierung, die in verschiedenen europäischen Ländern existiert und seit Jahren versucht, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen die rassistische Auffassung des bereits erwähnten

² Belltower News vom 17.02.2022: „Verschwörungsunternehmer will Bürgermeister werden“, online unter: <https://www.belltower.news/sachsen-verschworungsunternehmer-will-buergermeister-werden-128175/>.

³ Vice vom 11.01.2016: „Eure Männer gehören zu den größten, stärksten und edelsten der Welt“, online unter: <https://www.vice.com/de/article/mv4dey/eure-maenner-gehoren-zu-den-groessten-staerksten-und-edelsten-der-welt-553>.

⁴ Friedensdemo-watch vom 24.08.2018: „Hat Hagen Grell seine Fans um fast 70.000 Euro geprellt?“, online unter: <https://www.friedensdemowatch.com/2018/08/24/hat-hagen-grell-seine-fans-um-fast-70-000-e-geprellt/>.

„Ethnopluralismus“ zu propagieren. Oliver Janich ist wie Hagen Grell verschwörungsideologischer Onlineaktivist und bereits seit vielen Jahren fest in der Szene verankert. Außerdem wurde Janich 2022 per Strafbefehl zu einer Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Belohnung und Billigung von Straftaten, Beleidigung und übler Nachrede verurteilt.

Die Website floppte und das Misstrauen gegenüber Grell wuchs. Die Website wurde immer wieder überarbeitet, existiert inzwischen in der Beta-Version, blieb aber offenbar trotzdem deutlich hinter den Erwartungen der Follower*innen wie auch der Co-Youtuber zurück. Sie wirkte laienhaft und musste ohne die angekündigten Szenegrößen auskommen. Auch aus dem direkten Umfeld von Grell hagelte es Kritik. Es kursierte der Vorwurf, Grell würde die Spendengelder nutzen, um eigene Schulden zu begleichen. Für seine Alternativplattform hatte Grell Spenden von seinen Follower*innen gesammelt. Er war auf 68000 € bei einem Spendenziel von „nur“ 50000 € gekommen.⁵ Grell gab sogar an, für die Entwicklung und den Rechtsbeistand in Vorkasse gegangen zu sein, also schien der finanzielle Druck groß gewesen zu sein. Der Unmut gegenüber Grell war offenbar so stark, dass dieser sich Anfang 2022 zur Unterzeichnung einer Unabhängigkeitserklärung gezwungen sah, um seinen Ruf zu retten und Vorwürfen, er wäre regierungsfinanziert – was in dieser Szene ideologischem Hochverrat gleichkäme –, etwas entgegenzusetzen. Die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung, gemeinsam mit einer erneuten Thematisierung der Vorwürfe, hat Hagen Grell in einem Video gemeinsam mit einem weiteren verschwörungsideologischen Onlineaktivisten, Kai Orak, dokumentiert.⁶

Im Impressum von „Frei hoch 3“ findet Hagen Grell namentlich keine Erwähnung mehr. Als verantwortlich ist das ungarische Unternehmen „Kolibri Felhök Média“ mit ungarischer Postadresse angegeben. Dieses gibt als Hauptprodukte die Websites „free3.tv“ und für den deutschen Markt „frei3.de“ an und wird laut Website von „Hr. Bódi“ verantwortet.⁷ Es handelt sich um Ábel Bódi, der politisch kein unbeschriebenes Blatt ist. Er ist einer der Köpfe des ungarischen Ablegers der „Identitären Bewegung“. Bereits bei der Unterstützerakquise griff Grell auf Akteur*innen von der „Identitären Bewegung“ zurück und ließ Martin Sellner auch schon seinen YouTubeaccount, als dessen Account zwischenzeitlich gesperrt wurde. Insofern wundert es nicht, dass Grell sich auch von dem ungarischen Ableger der „Identitären Bewegung“ unterstützen lässt.

Das bürgerliche Gewand einer Kandidatur

Auch wenn die Kontakte in die extreme Rechte 2022 beim Wahlkampf um das Amt des Bürgermeisters in seinem Wohnort Delitzsch keine hervorgehobene Rolle spielten, dürfen sie bei der Betrachtung seiner Person nicht vernachlässigt werden. Grell gestaltete die Videobeiträge zu seiner Kandidatur betont gemäßigt und bürgerlich, seine politische Einstellung drang trotzdem auch dort durch. So betonte er, dass Kinder „als Jungen und Mädchen geschützt vor den Verrücktheiten der Welt“ aufwachsen sollen.⁸ Ein Seitenhieb auf die Selbstbestimmung von Mädchen und Jungen und das Bestreben anzuerkennen, dass es auch Kinder gibt, die sich mit ihrer Identität nicht im

⁵ Belltower News 29.07.2019: „Rechtsaußen-Medienmacher suchen eine neue Video-Heimat“, online unter: <https://www.belltower.news/neue-rechts-alternative-plattformen-rechtsaußen-medienmacher-suchen-eine-neue-video-heimat-88621/>.

⁶ Video vom 1.01.2022 im Telegramkanal „Hagen Grell“.

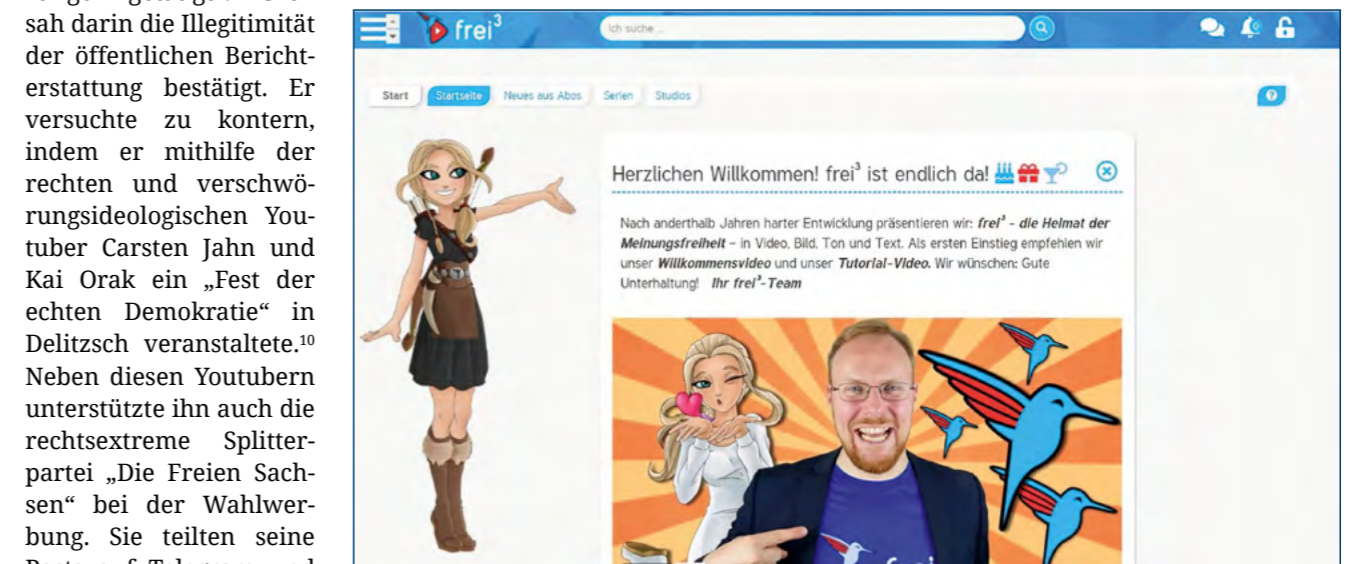
⁷ Website „Kolibri Felhök Média“.

⁸ Video vom 24.05.2022 „Wird er Bürgermeister von Delitzsch? | Hagen Grell“ auf „frei3“.

binären Schema der Geschlechter verorten können. Er äußerte eine betont vage Bemerkung über eine mögliche „Leipziger Lobby“, die die Parteikandidaten beim Parteiwahlkampf eventuell unterstütze und sprach über die scheinbare „Übermacht“ der Parteien.

Dass seine Kandidatur nicht von Erfolg gekrönt sein würde, war zu vermuten – hatte Grell sich doch in den letzten Jahren nicht wirklich einen guten Namen erarbeiten können, um Mehrheiten hinter sich zu versammeln. Nicht nur szeneeintern fiel er negativ auf. Im Februar 2023 wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt wegen der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.

Grell trat für die Initiative „Gemeinsam für Delitzsch“ an und warb im Wahlkampf mit bürgernahen Themen, die auch seine Konkurrent*innen besprachen, wie die Erneuerung einer baufälligen Schule. Seine Vorgeschichte und der Kreis der öffentlichen Unterstützer*innen stehen jedoch im Gegensatz zu einem bürgerlichen Image. Die *Leipziger Volkszeitung* lud Grell für ein Podium „der demokratischen Kandidaten“ aus, nach eigener Aussage, da er „extreme politische Positionen und Einstellungen [vertrete], die mit unseren publizistischen Leitlinien zur Wahrung der demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind – so hat Herr Grell den Holocaust relativierende Äußerungen getätigt“.⁹ Grell sah darin die Illegitimität der öffentlichen Berichterstattung bestätigt. Er versuchte zu kontern, indem er mithilfe der rechten und verschwörungsideologischen Youtuber Carsten Jahn und Kai Orak ein „Fest der echten Demokratie“ in Delitzsch veranstaltete.¹⁰ Neben diesen Youtubern unterstützte ihn auch die rechtsextreme Splitterpartei „Die Freien Sachsen“ bei der Wahlwerbung. Sie teilten seine Posts auf Telegram und verwiesen dabei auf die



Möglichkeit, als (parteilose) Bewerber*innen bei Oberbürgermeisterwahlen anzutreten: „Gerne unterstützen und beraten die FREIEN SACHSEN euch bei euren Überlegungen, vielleicht bei einer Bürgermeisterwahl anzutreten. Oder auch bestehende Bewerber zu unterstützen. Es liegt an uns, die Erneuerung von unten auf zu beginnen!“¹¹

Bei der Bürgermeisterwahl in Delitzsch landete Hagen Grell im ersten Wahlgang mit gerade mal 5,6 Prozent der Stimmen auf dem letzten Platz. Auch die Unterstützungsposts auf dem Profil der „Freien Sachsen“ sind gelöscht. Seine Kandidatur war der Versuch eines Menschen mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Überzeugungen, der durch die Szene der extrem rechten und Verschwörungs-Influencer*innen zumindest so lange und so viel Öffentlichkeit erlangen konnte, dass er das Selbstverständnis

⁹ Leipziger Volkszeitung online vom 25.05.2022: „Oberbürgermeisterwahl in Delitzsch“, online unter: <https://www.lvz.de/lokales/nordsachsen/delitzsch/oberbuergemeisterwahl-in-delitzsch-die-kandidaten-im-video-kurzinterview-JCGVDFDHJMVXSQXFTXE6A3AHX4.html>.

¹⁰ Post vom 6.05.2022 im Telegramkanal „Hagen Grell“

¹¹ Post vom 11.02.22 im Telegramkanal „Hagen Grell“

Rechtsextremismus mit Fee: Hagen Grells neue Plattform „frei3“

Quelle: Screenshot <https://www.frei3.de/>,

entwickelte, sich zu einer politischen Wahl aufstellen zu lassen. Sein Telegramkanal war dominiert von verschwörungsideologischen Inhalten, insbesondere in Bezug auf die Corona-Pandemie, und geteilten Posts einschlägiger rechter Akteur*innen aus Sachsen. Nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur wurden die Beiträge weniger polemisch und deutlich unpolitischer. Den Zuspruch, den Grell zuvor online für menschenfeindliche Einstellungen bekam, versuchte er in reale Wahlergebnisse umzuwandeln. Seit dem Wahlverlust ist es wieder still um Hagen Grell. Auf seiner Plattform „frei3“ erscheinen keine neuen Videos oder Einträge mehr von ihm und auch der Telegramkanal scheint stillgelegt. Bleibt zu hoffen, dass er kein wiederholtes Comeback versucht.

Sophie Nissen ist Kulturwissenschaftlerin und arbeitet im Projekt debunk bei der Amadeu Antonio Stiftung zu Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus in Sachsen.

Sachsen als Zentrum der Friedlichen Revolution und sonst nichts weiter? Konservative und rechte Verdrängungsversuche und die Erinnerung an den NS in Nordsachsen

von Richard Buchner, Dounia Ablali

Gegenwärtige Formen von Antisemitismus sind stark von der Abwehr bis hin zur Negierung des Gedenkens an die Verbrechen des Holocausts geprägt. So zeigt die „Leipziger Autoritarismus Studie“ schon seit einigen Jahren den Trend, dass der sogenannte Schuldabwehr-Antisemitismus besonders hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung erhält. Die Frage danach, wie an den Holocaust erinnert wird, ist zentral dafür, welche antisemitischen Ressentiments in der heutigen Gesellschaft Boden finden. Ein Blick nach Nordsachsen soll der Frage nachgehen, was und wem gedacht wird und welche Erinnerung und Verantwortung abgewehrt wird.

„Als wir vor acht Jahren begannen, Stolpersteine zu verlegen, und die Schüler*innen dafür Spenden gesammelt haben, wurde ihnen das ein oder andere Mal einfach die Tür vor der Nase zugeschlagen.“ Manchmal schickten die Hausbewohner noch ein „Wir wollen nicht schon wieder für die Juden spenden“ hinterher, berichtet Henry Lewkowitz. Er arbeitet im Erich-Zeigner Haus e. V., hat den Verein Anfang der 2000er Jahre aufgebaut. „Es ist besser geworden seitdem. Aber es ist nicht gut.“¹

Die geschilderten Erfahrungen stehen nicht isoliert da. Der Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ stimmten laut Sachsen-Monitor 2021/22 22 Prozent der Befragten in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen zu.²

Die Art und Weise, wie an historisches Unrecht erinnert wird, kann Resentiments reaktivieren und hervorbringen. Wenn Opfergruppen, die über einen langen Zeitraum ignoriert wurden, einfordern, dass ihr Leid öffentlich anerkannt und daran erinnert wird, werden oft unaufrichtige Motive unterstellt, wie in dem oben genannten Beispiel. Kollektive Erinnerung kann ermöglichen oder verhindern, Gegenwartsphänomene angemessen zu verstehen. So war die Welle rechter Gewalt in den 90er Jahren nur für diejenigen unerklärlich, die sich an den rechtsextremen Terror der 80er Jahre nicht erinnerten. Bedeutend ist auch das Verhältnis, in dem verschiedene Episoden historischen Unrechts in der kollektiven Erinnerung zueinander stehen. Über Jahre hinweg wurde die Erinnerung an den Nationalsozialismus in Sachsen zugunsten der Erinnerung an das Unrecht in der DDR auf die hinteren Plätze verbannt. Die positive Erzählung der Wiedervereinigung machte die schon in der DDR nie wirklich aufgearbeiteten Verbrechen des Nationalsozialismus vergessen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns verschiedene Orte der Erinnerung angesehen und mit Initiativen gesprochen, die sich in ihrer Arbeit mit Erinnerung auseinandersetzen. Die Fragen, wie der Nationalsozialismus in Nordsachsen erinnert wird, welche Rolle dabei die Erinnerung an das Unrecht in der DDR spielt und welche Reaktionen Erinnerungsarbeit hervorruft, waren leitend.

¹ Wir haben für diesen Artikel mit vier Akteuren der Nordsächsischen Erinnerungslandschaft gesprochen: dem Heinrich-Zeigner Haus e.V., dem Erinnerungsort Torgau, der Sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und SAfT Taucha.

² Tabellenbericht zum Sachsen-Monitor 2021/22. Online abrufbar unter <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Tabellenband-Sachsen-Gesamt-Sachsen-Monitor.pdf>

Die Entlastung des sächsischen Gedächtnisses

Die Abwehr der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen stellte sich bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Diese Abwehr begleitet die BRD und die DDR in Form der Forderungen nach Normalität, nach positiver nationaler Identität und nach Entlastung. Mit dem Ende der DDR stellten sich neue Begründungen für die Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus ein. Maßgeblich dafür waren Lesarten der Totalitarismustheorie, in denen weniger die Unterschiede als mehr die Gemeinsamkeiten von Sozialismus und Nationalsozialismus betont wurden. Die Überwindung des totalitären Regimes der DDR, so lässt sich diese Position verkürzt wiedergeben, hätte die Deutschen zumindest teilweise für die Taten im Nationalsozialismus rehabilitiert. Eine positive Geschichtserzählung sollte an die Stelle der Erinnerung an den NS treten und eine nationale Identität begründen. Dass solche Erzählungen auch in der breiten Bevölkerung auf Resonanz stoßen sollten, konnte schon geahnt werden, als auf den Montagsdemonstrationen 1989 in kurzer Zeit aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“ wurde und damit die Forderung nach Demokratie durch Nationalismus ersetzt wurde.

In der sächsischen Landespolitik vertrat unter anderem Matthias Rößler, ehemals sächsischer Wissenschafts-, dann Kultusminister und heute Präsident des Sächsischen Landtags diese Position. Er schrieb 2006, die fehlende nationale deutsche Identität hänge „ursächlich zusammen mit dem tiefen Bruch in der nationalen Selbstachtung der Deutschen als Konsequenz der nationalsozialistischen Verbrechen, des Krieges und der Teilung. Und selbstverständlich konnten die Deutschen nach 1945 nicht einfach so weitermachen, als wäre 1933 nichts geschehen. Doch Schuldbewusstsein lässt sich nicht dauerhaft zum alleinigen Fundament der Staatsräson eines ganzen Landes machen, schon gar nicht nach der Wiedervereinigung.“³

Diese Art nationaler Geschichtserzählung prägte auch die sächsische Gedenkstättenlandschaft.⁴ In dramatischer Weise wurde die Erinnerung an den Nationalsozialismus zugunsten der Erinnerung an die DDR in den Hintergrund gerückt. Öffentlich kritisiert wurde unter anderem die Verteilung von Projektmitteln: 85 Prozent der Mittel wurden 2017 für die Auseinandersetzung mit DDR/SBZ (Sowjetische Besatzungszone) bewilligt, nur 15 Prozent waren für die Erinnerung an den Nationalsozialismus vorgesehen. Der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Siegfried Reiprich, rechtfertigte die Verteilungspraxis folgendermaßen: „In Sachsen bestand – anders als etwa in Thüringen oder Brandenburg – keines der großen Hauptlager des NS-KZ-Systems. Demgegenüber war Sachsen das Zentrum der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR.“⁵

3 Matthias Rößler (2006): Patriotismus, Nation und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Ders. (Hg.), Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hg.): Deutscher Patriotismus in Europa, S. 38–52, hier S. 47

4 Daniela Schmohl und Jonas Kühne haben umfang- und detailreich dargestellt, wie konservative Politiker und Wissenschaftler die Sächsische Gedenkstättenlandschaft über Jahrzehnte geprägt haben. Kühne, Jonas; Schmohl, Daniela: Konservative Positionen. Ein Debattenbeitrag zur Ordnung des sächsischen Gedächtnisdiskurses nach 1989.

5 Sachsen hatte seit den 1930er Jahren ein ausgedehntes Lagersystem. Dazu zählen eine Reihe früher Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager und, fast flächendeckend, zahlreiche Zwangsarbeitslager. Zwischen Sommer 1944 und Frühjahr 1945 kamen 54 Außenlager bzw. -kommandos in sächsischen Städten und Dörfern hinzu, die den KZ-Hauptlagern Flossenbürg (Bayern), Buchenwald (Thüringen) und Groß-Rosen (Niederschlesien) unterstanden. Hinzu kommen zahlreiche Orte der NS-„Euthanasie“.

2018 musste Reiprich seinen Posten räumen, nachdem von ihm verfasste rassistische und geschichtsklitternde Tweets öffentlich problematisiert wurden: Er hatte die Jugendkrawalle in Stuttgart 2011 in die Nähe der Reichspogromnacht gerückt.⁶

Lokale Erinnerungen an NS und DDR

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die DDR ist an vielen Orten in Nordsachsen öffentlich sichtbar. In Eilenburg erinnern fünf Stelen mit dem Wort „Warum“ an den alliierten Beschuss bei der Besetzung Eilenburgs 1945. Der Geschlossene Jugendwerkhof erinnert an die Gewalt gegen unangepasste Jugendliche in der DDR. An ein frühes – sogenanntes wildes – Konzentrationslager, das am selben Ort stand, erinnert noch nichts. Keinen Kilometer entfernt steht eine steinerne Säule für „alle Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung“. Auf den fünf Seiten der Säule stehen die Namen der ehemaligen preußischen Ostgebiete: Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen und das Sudetenland. Gestiftet wurde die Säule vom Bund der Vertriebenen, dessen Gründungsmitglieder überwiegend Teil des NS-Herrschaftsapparats waren.⁷

Im Schloss Hartenfels schließlich liegt der Erinnerungsort Torgau, der bis vor kurzem Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) hieß. Es ist die einzige institutionalisierte NS-Gedenkstätte im Landkreis Nordsachsen. Seit der Umbenennung trägt der Erinnerungsort den Beinamen „Justizunrecht – Diktatur – Widerstand“. Drei historische Episoden werden in Torgau verhandelt: Haft und NS-Militärjustiz, sowjetische Speziallager und der Strafvollzug in der DDR. In der Gedenkstättenkonzeption für Sachsen ist das DIZ Torgau als Ort vorgesehen, in dem in besonderem Maße an die NS-Verbrechen erinnert wird. Die Gedenkstätte Bautzen dagegen sollte das DDR-Unrecht stärker in den Blick nehmen. Aufgegangen ist diese Rechnung nicht. Die Torgauer Dauerausstellung „Spuren des Unrechts“ setzte sich auf 112 m² mit der NS-Militärjustiz auseinander – für den Ausstellungsteil zu den sowjetischen Speziallagern und der DDR wurden ebenfalls 112 m² verwendet. Der Übergang zwischen den Ausstellungsteilen war nahtlos, Differenzen wurden eingeebnet, so der Vorwurf der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Diese führte eine jahrelange Auseinandersetzung mit dem Gedenkort in Torgau und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Teil ihrer Forderungen war es, anzuerkennen, dass unter den von der Roten Armee Inhaftierten in Torgau auch Nazi-Täter waren. Die Stiftung war nicht dazu bereit. Der 2022 verstorbene Ludwig Baumann war lange Jahre Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Nachdem er in Frankreich desertierte, kam er in das Militärgefängnis in Torgau und schließlich 1944 in ein Strafbataillon an die Ostfront. In einem Interview im Deutschlandfunk beschrieb Baumann die Zeit nach seiner Rückkehr: „[...] wir sind wirklich nur als Dreckschweine, Verräter, Feiglinge beschimpft, bedroht worden – von den alten Kameraden, die den Krieg mitgemacht haben.“ An diejenigen, die ihn in Torgau inhaftiert und gefoltert hatten, wurde eine Zeitlang auf einer Plakette am DIZ als „zu Unrecht Verfolgte“ erinnert.

6 Reiprich hatte in Bezug auf die Ausschreitungen in Stuttgart am 29.07.2011 getwittert: „War da nun eine Bundeskristallnacht oder ‚nur‘ ein südwestdeutsches Scherbennächtle?“

7 Michael Schwartz (2013): Funktionäre mit Vergangenheit.

Die Frage, in welches Verhältnis der Nationalsozialismus und die sowjetischen Speziallager in der Erinnerung in Torgau gesetzt werden, ist zweifellos kompliziert. Allerdings verfehlte das ehemalige DIZ Torgau den Auftrag, die Erinnerung an den Nationalsozialismus zentral zu setzen. Nicht nur das: Unterschiede zwischen den zwei Diktaturen wurden mindestens räumlich verwischt und Täter nachträglich für „unschuldig“ befunden. Das soll sich 2023 nun ändern. Die alte Dauerausstellung wird derzeit überarbeitet. „Man muss genau hinschauen. Wir stellen die einzelnen Gruppen der Internierten und der Gefangenen vor. Das ist wichtig, um zu einem differenzierten Bild zu gelangen. Der sowjetischen Besatzungsmacht ging es auch um die Entnazifizierung, so wie es auch in den westlichen Besatzungszonen war. Deshalb bestrafte sie NS-Täter und -Täterinnen. Die Sowjetischen Militärtribunale folgten jedoch keinen rechtsstaatlichen Grundsätzen und es wurden beispielsweise auch Menschen eingesperrt, die sich für eine demokratische Politik und Gesellschaft einsetzten“, so Elisabeth Kohlhaas, die den Erinnerungsort seit 2020 leitet.

Angesichts des weitverbreiteten Wunschs danach, einen Schlussstrich unter die Erinnerung an den Nationalsozialismus zu ziehen – dieser Aussage stimmen 2020 immerhin 25,6 % der Deutschen zu⁸ –, kann ein Ort, in dem verschiedenen Episoden von Unrecht gedacht wird, dazu einladen, die Erinnerung an den NS (räumlich) hinter sich zu lassen. Elisabeth Kohlhaas beobachtet ein starkes Interesse der Besucher*innen an der Zeit nach 1945: „Viele Besucherinnen und Besucher reagieren schockiert, wenn sie von den willkürlichen Urteilen der sowjetischen Tribunale und von den Bedingungen in den sowjetischen Lagern hören. Darüber ist heute oft nicht viel bekannt.“ Sie erklärt sich diese Beobachtung mit der besseren historischen Kenntnis über den Nationalsozialismus, da „sie [die Besucher*innen] über den Nationalsozialismus mehr wissen und dementsprechend ein Stück weit drauf vorbereitet sind, was sie in unserer Ausstellung über die Verbrechen der NS-Militärjustiz im Vernichtungs- und Angriffskrieg erfahren – auch wenn ihnen vieles davon neu ist.“

Ob die Reaktionen der Besucher*innen wirklich auf das mangelnde Wissen um sowjetische Tribunale und Lager zurückzuführen sind, bleibt offen. Angesichts fehlenden Wissens über den Nationalsozialismus, das u.a. im Erinnerungsmonitor 2022 festgestellt wurde, und dem verbreiteten Wunsch, die eigenen Familienangehörigen zu historischen Opfern zu erklären⁹, ist auch eine andere Deutung als Kohlhaas Interpretation möglich. Die Sehnsucht danach, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und damit in vielen Fällen mit familiärer Täterschaft auf die hinteren Bänke zu verweisen.

Neben aktiver Positionierung in Erinnerungskämpfen, gibt es ein allgemeines Desinteresse an Erinnerung an den Nationalsozialismus in Nordsachsen, von der beinahe alle Interviewpartner*innen berichten. Jonas Kühne von der Sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beobachtet dieses Desinteresse. „Ob die Erinnerung an den Nationalsozialismus hier aktiv abgewehrt wird, weiß ich nicht. Bevor überhaupt abgewehrt werden kann, muss erstmal erinnert werden.“ Und dies sei in Nordsachsen nur an wenigen Orten der Fall. „Vielleicht ist es mehr ein gewolltes Vergessen als die aktive Abwehr von Erinnerung.“

8 Michael Papendick, Jonas Rees, Franziska Wäschle und Andreas Zick (2020): Multidimensionaler Erinnerungsmonitor STUDIE III. Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG) und Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ), S. 29

9 Michael Papendick, Jonas Rees, Maren Scholz und Andreas Zick (2022): Multidimensionaler Erinnerungsmonitor STUDIE V. Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG) und Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) S. 29

Vergessen statt Erinnerungsabwehr?

Ein Ort, an dem sich das Vergessen plastisch zeigt, ist das ehemalige Verwaltungsgebäude der Mitteldeutschen Motorenwerke in einem Wald zwischen Taucha und Plaußig-Portitz. Taucha war einer der bedeutendsten Standorte der NS-Lufttrüstungsindustrie im Raum Leipzig, hier wurden zwischen 1935 und 1945 Flugzeugmotoren gebaut. 1942 arbeiteten dort 9000 Menschen, davon waren 3901 ausländische Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangene. Die Produktionsanlagen wurden nach 1945 gesprengt, das ehemalige Verwaltungsgebäude blieb bestehen. „Anfang der 90er Jahre wurde das als Unterkunft für Asylsuchende genutzt. Das ist doch echt ein komischer Ort, um Menschen unterzubringen“, erzählt Lou von der Initiative Solidarische Alternative für Taucha (SafT). Seit mehreren Jahren wird es nun als Outdoor-Spielfeld für Paintball/Lasertag genutzt. Auf der Webseite des Lasergameanbieters heißt es lapidar: „Es handelt sich um ein ehemaliges Militärgelände mit Gebäuden und Hindernissen.“¹⁰ Die nationalsozialistische Vergangenheit des Ortes findet keine Erwähnung. Dieses Ausblenden bleibt nicht nur auf das ehemalige Verwaltungsgebäude beschränkt: Lou kritisiert: „Taucha ist in der Zeit des Nationalsozialismus stark gewachsen und immer noch total geprägt von den baulichen Veränderungen in der Zeit. Es ist doch komisch, dass das wenig thematisiert wird.“

Auch Henry Lewkowitz vom Erich Zeigner Haus beschreibt, wie die bewusste Erinnerungsabwehr in den letzten Jahren mehr einem allgemeinen Desinteresse gewichen ist. In den vergangenen acht Jahren sei es oft schwierig gewesen, die formale Genehmigung zur Verlegung von Erinnerungssteinen im öffentlichen Raum zu bekommen, berichtet er. Gerade einige CDU-Stadträt*innen haben die Idee abgelehnt. Mittlerweile hätten einige Resentiments in den Stadtverwaltungen nachgelassen. Auch darüber hinaus beschreibt Lewkowitz Veränderungen: „Bei der Erst-Verlegung von Stolpersteinen in Eilenburg kamen noch Aktivisten der Jungen Nationalisten und haben die Veranstaltung gestört, die offenen Einschüchterungsversuche durch die extreme Rechte haben aber in den letzten drei, vier Jahren nachgelassen.“ Wichtig ist ihm, diese Veränderungen nicht mit einer gesamtgesellschaftlichen Verbesserung gleichzusetzen: Immer noch werden Stolpersteine beschädigt, wie vor der Kirche in Schkeuditz oder vor zwei Jahren in Eilenburg, wo unmittelbar nach dem Putzen der Steine wieder Wachs darüber geschüttet wurde. Die Rechten kommen nicht mehr zu den Stolpersteinverlegungen, „lieber kommen sie zwei Nächte später und beschädigen sie dann“, so Lewkowitz.

Erinnerungsabwehr in Nordsachsen

Die Aktivitäten der extremen Rechten in Nordsachsen zeigen, dass in ihrer Szene die bewusste Erinnerungsabwehr nicht von einem allgemeinen Desinteresse abgelöst wurde. Lou von SafT beschreibt: „Als wir das erste Mal eine Radtour zu NS-Zwangsarbeit gemacht haben, waren die Stelen am Kleinen Schöppenteich¹¹, die auf die verschiedenen Opfergruppen des Nationalsozialismus hinweisen, hinten mit Nazi-Symbolen vollgeschmiert. Das war sozusagen ein Willkommensgruß für unsere Radtour.“

Neben dem Beschädigen von Erinnerungsorten an die Opfer des Nationalsozialismus gibt es auch geschichtsrevisionistische Bestrebungen von rechten Akteuren in Nordsachsen:

10 <https://lasergame-leipzig.de/buchung-outdoor/>

11 Hier befindet sich das Ehrenkmal für die Opfer des Faschismus

Am 13. Februar 2023 wurde in Oschatz über eine Telegrammgruppe zu einem „Friedensspaziergang“ aufgerufen, bei dem an die „Feuerhölle und die vielen Toten“ durch amerikanische und britische Bomber in Dresden erinnert werden sollte. In dem Aufruf heißt es: „Bis heute wird in unserer Geschichte davon berichtet, dass die Nazis und die Wehrmacht dieses Leid anrichteten. Bis heute gibt es keine Entschuldigung der wahren Täter an das zivile Dresden.“ Dieser Täter-Opfer-Umkehr bedient sich auch der AfD-Kreisverband in Nordsachsen, der Blumenkränze zum sogenannten Tag der Vertriebenen an Denkmälern für zwangsumgesiedelte Deutsche in Schkeuditz, Torgau und Eilenburg ablegt.

Geschichte positiv gewendet

Doch die Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus bleibt nicht auf die Rechte in Nordsachsen beschränkt. Und nicht immer muss Geschichtsrevisionismus das Motiv bei der Ausblendung der eigenen oder familiären Verstrickung im Nationalsozialismus sein. Auch das Bedürfnis, vor allem positive Lokalgeschichten zu erzählen, kann eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verhindern.

So zum Beispiel in Torgau: Elisabeth Kohlhaas berichtet, dass die Geschichtspolitik und -kultur der Stadt auf die Bedeutung der Reformation und das schöne Renaissanceschloss konzentriert sind: „Im 20. Jahrhundert stehen vor allem der 25. April 1945 und die Begegnung amerikanischer und sowjetischer Soldaten im Mittelpunkt. Dieses historische Ereignis ist ein starker Ankerpunkt in der Erinnerungskultur Torgaus. Die Stadt richtet mit dem ‚Elbe Day‘ jährlich ein Festwochenende aus, um an die Begegnung zu erinnern. Torgau versteht sich deshalb auch als ‚Stadt der Begegnung‘. Und es war ja auch ein ganz besonderer historischer Moment, den es unbedingt zu würdigen gilt. Bedauerlich ist jedoch, dass die Vorgeschichte der Begegnung häufig nicht erwähnt wird – dass es nämlich in Torgau zwei große NS-Militärgefängnisse gab und dass die amerikanischen Soldaten nach Torgau kamen, um dort nach alliierten Militärhäftlingen zu suchen.“

Erinnerungsabwehr und Vergessen stehen sich nicht konträr gegenüber, sie hängen miteinander zusammen. Wo unangenehme, negative Teile der eigenen Geschichte verdrängt werden sollen, wird ein Vergessen forciert und andere Ereignisse werden dafür hervorgehoben. Dieses Bedürfnis nach vornehmlich positiven Geschichten zeigt sich auch in der Erzählung von Sachsen als Zentrum der Friedlichen Revolution, die sich auch in der Projektförderung vornehmlich zur DDR-Geschichte niedergeschlagen hat.

Ausblick

Vieles hat sich in den letzten Jahren verändert. An Siegfried Reiprichs Stelle in der Stiftung Sächsische Gedenkstätte ist Markus Pieper getreten. Eine neue Dauerausstellung in Torgau weckt Hoffnungen auf eine differenzierte Darstellung, die den Forderungen des Bundesverbands der Opfer der NS-Militärjustiz entspricht.

Es gibt aber auch Herausforderungen neuerer Art. Henry Lewkowitz berichtet von „einem grundsätzlichen Zweifel an der Authentizität von Dokumenten in Archiven. Wenn wir mit Originaldokumenten kommen, wird manchmal die Echtheit angezweifelt. Da kam zum Beispiel die Verschwörungstheorie, die Alliierten hätten das alles vorbereitet und gefälscht in den Archiven. Und dann werden manchmal auch Opferzahlen hinterfragt. Das hatten wir in den letzten Jahren nicht.“

Jonas Kühne beobachtet, dass die Deutungshoheit rechter und konservativer Kräfte angreifbar geworden ist. Er nimmt wie Henry Lewkowitz, einen Wandel in den letzten Jahren wahr: „Heute sind migrantische und linke Perspektiven viel präsenter.“ Unter anderem die Perspektive auf die DDR als postnationalsozialistische Gesellschaft, die zum Beispiel Anetta Kahane deutlich einfordert: Teil der Geschichte der Gegenwart rechter Gewalt, so könnte man diese Position zusammenfassen, ist auch die fehlende Übernahme von Verantwortung, der vorschnelle Rückzug auf den Staatsantifaschismus der DDR und das Ausblenden von Täter*innen, die es sich in der DDR gemütlich einrichten konnten. „Stattdessen wird das Opfernarrativ fortgeschrieben, demzufolge sich die Ostdeutschen als Opfer des Hitlerfaschismus verstehen, als Opfer des anglo-amerikanischen ‚Bombenterrors‘ (so wurde bereits in der DDR die Zerstörung Dresdens bezeichnet [...])¹² Neben den Opfernarrativen stehen aber auch – und auch oft zugleich – Heldennarrative wie das der Friedlichen Revolution. Zwischen Opfern und Held*innen tauchen nur selten Täter*innen auf. So wird die rechte Gewalt in der Folge von 1989 einigen wenigen Täter*innen, oder vor allem prekären Lebensumständen zugeschrieben, anstatt sie – neben vielen anderen Faktoren – auch in der fehlenden Verantwortungsübernahme der DDR-Gesellschaft für die Vernichtung im Nationalsozialismus zu verstehen. Der jüdische Publizist Ralph Giordano kritisierte die Verantwortungsabwehr in der DDR schon früh und versuchte, die rechte Gewalt der Nachwendzeit nicht zuletzt damit zu erklären: „Was da hochwölkt [...], das kommt aus den Tiefen der deutschen Geschichte, vor und nach 1945. Eine Überraschung konnte die Mordbrennerei nur für den sein, der die direkte, historische und politische Verbindung zwischen den Aktivitäten der rechten Rollkommandos von heute und den Versäumnissen der Nachkriegszeit entweder nicht kannte oder sie nicht wahrhaben wollten und zwar in beiden deutschen Teilstaaten von einst. [...] was hier aufgeht, ist die Saat der zweiten Schuld, der nach 1945, also der organisierten Verdrängung der ersten Schuld unter Hitler.“¹³

Richard Buchner hat Soziale Arbeit studiert und arbeitet als Bildungsreferent bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Dounia Ablali hat Soziologie studiert und arbeitet als Bildungsreferentin zu den Themen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus.

12 Anetta Kahane (2019): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe der DDR. In *Jalta* 2/2019, S. 12–15, hier S. 13.

13 Ralph Giordano (1993): Wird Deutschland wieder gefährlich? Zitiert nach Cornelia Siebeck (2019): „Ein Gespenst geht um im vereinten Deutschland“ in *Jalta* 2/2019, S. 23–28, hier S. 27

Kapitel 3: Demokratie in Nordsachsen unter Druck



Aus der Chronik

Eine Auswahl demokratiefeindlicher Ereignisse aus dem Landkreis Nordsachsen

Alle hier aufgelisteten Ereignisse stammen aus der Dokumentation von chronik.LE.
Es handelt es sich nur um eine Auswahl, die verdeutlicht, auf welche Arten sich
demokratiefeindliches Gedankengut und diskriminierende Einstellungen äußern.
Die vollständige Chronik ist einsehbar unter www.chronikle.org

Torgau

Rassistischer Angriff in Torgau 16.08.2023

Während der Zufahrt von Finsterwalde nach Torgau zeigt ein Mann der noch mit drei anderen Personen unterwegs ist „einen verfassungswidrigen nationalsozialistischen Gruß“ und äußert sich rassistisch. Beim Verlassen des Zuges, greift einer der Männer einen nepalesischen Staatsangehörigen mit einer Flasche an. Der Betroffene erleidet eine leichte Verletzung. Die Polizei hat Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgenommen.

Rosen von Stolpersteinen in Torgau geklaut 27.01.2023

Anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar ist eine Gruppe Schüler*innen vom Torgauer Gymnasium in der Altstadt unterwegs, reinigt die hier verlegten Stolpersteine und legt Rosen zum Gedenken ab. Wenige Minuten, nachdem die Rosen in der Altstadt an Stolpersteinen abgelegt wurden, werden diese entwendet. Eine Schülerin äußert gegenüber der Torgauer Zeitung, dass sie darüber wenig verwundert ist: „Das ist zwar schade, aber irgendwie haben wir damit gerechnet.“

Antiromaistischer Brandanschlag in Torgau 23.08.2022

In der Nacht zum 23.08.2022 kommt es zu einem Brand in einem Haus, in dem hauptsächlich Rom*nja leben. Dabei werden fünf Menschen verletzt. Zudem ist das Haus nicht mehr bewohnbar und laut dem Verein Romano Sumnal wurden bisher für die Betroffenen kaum Unterkünfte beschafft. Aktuell wird ein technischer Defekt von der Polizei ausgeschlossen und es wird von vorsätzlicher Brandstiftung ausgegangen.

Nazis gängeln CSD-Demonstration in Torgau 19.06.2022

In Torgau findet eine Demonstration anlässlich des Christopher Street Day statt. Daran nehmen circa 140 Personen teil. Während der Kundgebung auf dem Torgauer Marktplatz, stören zwei Neonazis die Versammlung. Sie beleidigen die Teilnehmer*innen antisemitisch und sexistisch, ein 38-Jähriger zeigt den Hitlergruß. Er trägt dabei ein T-Shirt mit einer schwarzen Sonne, einem verbreiteten Zeichen aus der rechtsextremen Szene.

Angriff auf Jugendliche bei Corona-Demonstration 14.02.2022

Gegen 22 Uhr werden in der Torgauer Innenstadt vier Jugendliche, in alternativer Kleidung, von Neonazis angegriffen. Auf dem Weg durch die Stadt begegnen sich die beiden Gruppen, worauf die beiden Neonazis den Hitlerruf grölen. Anschließend

attackieren sie die Gruppe. Einer der Jugendlichen wird besonders angegangen und zu Boden gestoßen.

Eilenburg

Rassistische Demonstration in Eilenburg 25.09.2023

In Eilenburg findet eine Demonstration gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt statt. Rassistische Narrative über Geflüchtete und eine angeblich drohende „Asylflut“ dominieren den Protest, an dem sich die „Freien Sachsen“ sowie die „Jungen Nationalisten“ (Jugendorganisation der „Heimat“, ehemals NPD) mit einem Banner beteiligen.

Neonazis wollen Projekttag in Eilenburg verhindern 20.09.2021

Neonazis der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ versuchen, einen Projekttag zur politischen Bildung eines Demokratievereins zu verhindern. Der Workshop soll in einem Eilenburger Jugendtreff stattfinden. Aufgrund mangelnder Teilnahme wird dieser jedoch abgesagt. Trotzdem erscheinen mehrere lokale Neonazis.

Oschatz

Rassistische und antisemitische Aufkleber an Parteibüro geklebt 23.09.2023

In Oschatz werden an das Parteibüro der Grünen und an weitere Geschäfte antisemitische und rassistische

Aufkleber angebracht. Auf einem Aufkleber ist ein durchgestrichener Davidstern abgebildet, mit dem Schriftzug „Fuck You Israel“. Auf weiteren Aufklebern steht „White Lives Matter“ und „Make Germany White Again“. Letztere Aufkleber sind in den Farben der deutschen Reichsflagge gehalten.

Die Aufkleber stammen von einem neonazistischen Versandhandel mit Sitz in Thüringen.

Rechtes Straßentheater in Oschatz 04.03.2023

Auf dem Oschatzer Neumarkt ist eine, aus dem Spektrum der extrem rechten Partei „Freie Sachsen“ sowie der Bewegung der Pandemie-Leugner*innen organisierte Kunstinstallation zu sehen. Die Installation besteht aus einem Sarg, 30 Leichensäcke, zahlreichen Aufstellern und Hinweisen auf vermeintliche Impfschäden/Impftoten. Die Installation soll an die angeblich massiv durch die Corona-Impfungen verstorbenen Personen erinnern. Begleitet wird die Installation von einem Infostand mit einem Banner „Nein zur Impfpflicht“.

Verschwörungsideologisches und antisemitisches Pamphlet in Oschatz verteilt 22.09.2022

In Oschatzer Briefkästen wird ein vierseitiger Brief vom „Bund gegen Anpassung“ verteilt. In diesem äußert sich der „Bund gegen Anpassung“ solidarisch mit dem russischen Angriffskrieg. Die deutsche Regierung müsse die Weisung „von Soros, Rockefeller und Gates geführten US-Megakapitals ausführen“ – eine klar verschwörungsideologische und antisemitische Argumentation.

Taucha

Neonazi-Aufkleber in Taucha 20.09.2023

Es tauchen Mehrere neonazistische Aufkleber in Taucha auf. Abgebildet ist ein Totenkopf, der durch ein

zur Vermummung verwendetes Halstuch und ein Klappmesser verfremdet ist. Beschriftet ist er mit „NSTicker“ (NS steht hier für Nationalsozialismus). Der Totenkopf entspricht dem Zeichen der SS-Division „Totenkopf“. In unmittelbarer Nähe befinden sich außerdem Aufkleber der Fangruppe „Blue Side Lok“ des 1. FC Lokomotive Leipzig.

Zahlreiche neonazistische Graffiti in Taucha angebracht 24.08.2023

In Taucha sowie im Leipziger Stadtteil Plaußig-Portitz werden zahlreiche neonazistische Graffiti und Sticker mit Bezug zur neonazistischen Kaderpartei „Der III. Weg“ angebracht.

Die Graffiti richten sich einerseits gegen politische Gegner*innen („FCK AFA“, „Fuck Antifa“), werben andererseits für die eigene politische Organisation („III. Weg“, „NRJ voran“). „NRJ“ steht für „Nationalrevolutionäre Jugend“, die Jugendorganisation der Partei. Auch das Trafohäuschen einer geplanten Unterkunft für minderjährige Geflüchtete wird mit „ausländerfeindliche[n] Parolen und verfassungsfeindliche[n] Zeichen“ beschmiert.

Schaufenster von Allmende e.V. in Taucha erneut eingeworfen 10.09.2022

Zum insgesamt siebten Mal im Zeitraum von 2020 bis 2022 wird das Büro der Solidarischen Landwirtschafts-Initiative Allmende Taucha e.V. angegriffen und beschädigt. Dieses Mal schlagen Unbekannte nachts das Schaufenster ein. Am 2. September wurde bereits die Eingangstür eingeschlagen.

Massiver rechter Angriff in Taucha 22.06.2022

In Taucha findet ein massiver rechter Angriff statt. Ein 14-Jähriger wird von zwei Neonazis (m, w) über Stunden bedroht, beleidigt, gedemütigt und geschlagen. Erst in den Morgenstunden entkommt er laut

der Darstellung von Aktion Antifa Leipzig den beiden Täter*innen. Diese griffen den Jugendlichen an, nachdem sie ihn beim Sprühen antifaschistischer Parolen beobachtet haben.

CSD in Taucha muss aufgrund aggressiver Neonazis abgesagt werden 22.08.2021

Der Christopher Street Day in Taucha muss aufgrund aggressiver Neonazis abgebrochen werden. Die Veranstaltung, an der bis zu 40 Personen teilnehmen, muss um 16 Uhr abgebrochen werden, da sich ab 14 Uhr mehrere Neonazis am Marktplatz versammeln und nicht genügend Polizei vor Ort ist, um die Teilnehmenden zu schützen.

Delitzsch

Verkehrszeichen mit Hakenkreuz beschmiert 25.04.2023

In Delitzsch wird auf einem Verkehrszeichen ein Hakenkreuz angebracht. An einer angrenzenden Grundstücksmauer werden zwei weitere Graffiti mit den Schriftzügen „LOK“ sowie „1488“ gesichtet. 14 steht dabei für „14 Words“, einen englischen Satz mit 14 Wörtern, die den Fortbestand der „weißen Rasse“ propagiert. 88 steht jeweils für den achten Buchstaben im Alphabet und ist eine Chiffre für „Heil Hitler“.

Schkeuditz

Rassistische Bedrohung in Schkeuditz 17.08.2023

Ein pakistanischer Mann wird beim Parken seines Autos in der Käthe-Kollwitz-Straße von einem Mann, der mit einer Gruppe mehrerer Männer unterwegs ist, angesprochen, rassistisch beleidigt und bedroht. Die Männer verlassen daraufhin den Ort.

Schwarz-weiß-rote Flagge in Glesien gehisst 08.10.2022

An der Kleinbahn in Glesien, einem Ortsteil vom Schkeuditz, stehen auf einem Privatgrundstück zwei Fahnenmasten. An einem ist die Sachsen-Flagge gehisst, an dem anderen eine schwarz-weiß-rote Flagge. Letztere war zwischen 1933 und 1935 neben der Hakenkreuzflagge zusätzliche Flagge des „Dritten Reichs“. Die Verwendung der schwarz-weiß-roten Flagge ist in Deutschland nicht strafbar, zeigt aber oftmals eine Nähe zu Reichsbürger*innen und Geschichtsrevisionsist*innen auf.

Jugendliche Gruppe bedroht Fahrgast und äußert sich menschenfeindlich 25.10.2021

Eine etwa zehnköpfige Gruppe von Jugendlichen tritt in der Nacht von Samstag auf Sonntag den Schienenersatzverkehrsbus zwischen Schkeuditz und Leipzig. Einer der Jugendlichen ruft kurz nach Einsteigen mindestens zweimal „Sieg Heil“. Ein engagierter Passagier weist die Gruppe auf ihr störendes Verhalten hin. In Reaktion darauf will einer der jungen Männer den Passagier „boxen“, wird jedoch von anderen aus seiner Gruppe zurückgehalten. Aus der Gruppe heraus wird der widersprechende Fahrgast folgend als „Zecke“ und „Grünenwähler“ beleidigt.

Mügeln

SEK-Razzia bei Reichsbürger in Mügeln 11.07.2023

Am Dienstag stellen Polizei und SEK in einer Villa in der Franz-Mehring-Straße in Mügeln eine Waffe, Munition sowie eine waffenrechtliche Erlaubnis sicher. Der Besitzer dieser Gegenstände ist zum Zeitpunkt der Durchsuchung seines Hauses nicht anwesend.

Das Landratsamt Nordsachsen hatte dem Mann nach einem Hinweis des

Landesamts für Verfassungsschutz die waffenrechtliche Erlaubnis entzogen. Der Mann ist der Reichsbürgerszene zuzuordnen.

Sitzenroda

Plakat in Reichsfarben am Dorfeingang Oktober 2023

Entlang der Straße zwischen Torgau und Oschatz, am Ortseingang von Sitzenroda, werden Ankommende von einem Schild in den Farben des Deutschen Reichs mit dem in Frakturschrift geschriebenem Spruch „deutsches Dorf seit 1198“ begrüßt. Die Anlehnung an die völkische Reichsbürger-Bewegung ist deutlich.

chronik.LE

Du hast von faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Ereignissen in Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder Nordsachsen mitbekommen, warst Zeug*in oder gar selbst betroffen? Dann melde das doch gerne an uns! www.chronikle.org





4 Fragen an ...

RosaLinde Leipzig e.V. über ihr Projekt „Que(e)r durch Sachsen. Mobil im ländlichen Raum“

Was sind die Aufgaben und Ziele des Projekts?

Das Projekt heißt „Que(e)r durch Sachsen. Mobil im ländlichen Raum“ und ist angegliedert an den *RosaLinde Leipzig e.V.* Das grundlegende Ziel ist es, das Leben von queeren Menschen in den Landkreisen zu erleichtern. Dafür bieten wir eine wohnortnahe psychosoziale Beratung an. Dabei geht es um Fragen rund um sexuelle Orientierungen, geschlechtliche Identitäten sowie queere Lebensrealitäten. Das Besondere an unserem Projekt ist, dass wir nicht in Leipzig arbeiten, sondern in den Landkreisen Leipzig, Nord- und Mittelsachsen. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym. Um das Ziel des selbstbestimmten Lebens für queere Personen in den Landkreisen erreichen zu können, brauchen wir neben der Beratung auch eine strukturelle Arbeit, bei der es um Kooperation und Vernetzung geht. Das bedeutet, dass wir an Institutionen, Fachkräfte und soziale Einrichtungen herantreten und diese befähigen, sich für queere Themen zu öffnen, queersensibel zu sein und queere Themen wahrzunehmen. Wir wollen also queere Menschen in ihren individuellen Problemlagen unterstützen und nach Möglichkeit an Strukturen ihres Lebens- und Sozialraumes vor Ort anbinden.

An wen richtet sich euer Angebot?

Unser Projekt richtet sich an Lesben, Schwule, Bisexuelle, asexuelle oder aromantische, trans- und intergeschlechtliche, nichtbinäre und queere Menschen (LSBTIANQ*) in den Landkreisen Leipzig, Nord- und Mittelsachsen. Wir beraten außerdem Eltern sowie An- und Zugehörige, Fachkräfte und Schulsozialarbeiter*innen. Unser Kooperations- und Vernetzungsangebot richtet sich an Beratungsstellen, soziale Einrichtungen, Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Kommunen, Fachkräfte der Verwaltung und Multiplikator*innen in den Landkreisen.

Welche positiven Entwicklungen seht ihr in der Zivilgesellschaft Nord-sachsens?

Das Projekt wird in Nordsachsen deutlich stärker wahrgenommen und wir erreichen somit mehr Personen mit ihren Beratungsanliegen. In den letzten sieben Jahren hat sich schon auch etwas verändert. Während wir anfangs noch Probleme in Nordsachsen hatten, überhaupt Kontakte zu knüpfen, ist seitdem einiges entstanden: Zum Beispiel zwei CSDs, (CSD: Christopher Street Day) ein neuer Arbeitskreis zu geschlechtersensibler Arbeit. Zudem haben wir mehr Kooperationspartner*innen und Multiplikator*innen gewonnen und queere Leute aus Nordsachsen haben angefangen, sich in Gruppen zusammenzuschließen.

Auf welche Probleme stoßt ihr innerhalb eurer Arbeit im Landkreis Nord-sachsen?

Es fehlen vielerorts soziale Einrichtungen, welche als Andock-Punkte für uns und für queere Menschen vor Ort wichtig wären. Mit ihnen fehlt neben der politisch-kulturellen Bildung auch ein Monitoring lokaler rechter Strukturen. Das birgt Risiken und Unsicherheiten für uns und unsere Klient*innen. Die Rechten beschäftigen sich heute mehr mit queeren Themen und versuchen mit einem bürgerlichen Erscheinen und Argumentieren, gegen queere Lebensrealitäten zu hetzen. Damit werden Gewalt und Diskriminierung

Vorschub geleistet. Wir sehen uns auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen großen Problemen ausgesetzt. Die gesamtgesellschaftliche Debatte über queere Themen, inklusive queerfeindlicher Scheinargumente und Unwahrheiten, schlägt sich in Nordsachsen noch einmal stärker nieder. Es gab zuletzt extrem queerfeindliche Sticker- und Plakatkampagnen, Demonstrationen mit extrem queerfeindlichen Positionen sowie Angriffe auf queere Personen. Kommunen oder Personen der Verwaltung positionieren sich in diesen Kontexten nicht und ziehen sich auf eine vermeintliche Neutralität zurück, oft auch aus Angst, selbst zur Zielscheibe rechter Angriffe zu werden. Das macht für uns die Arbeit insgesamt schwieriger.

Engagierte Einzelpersonen, die queere Themen in ihren Einrichtungen platzieren wollen, bleiben oft nicht lange. Die Fluktuation unterstützender Fachkräfte ist leider recht hoch in Nordsachsen und steht der Verstetigung von Sensibilisierungsbemühungen im Wege

4 Fragen an ...

Mobile Beratung Nordwest e. V., Kulturbüro Sachsen

Worin besteht die Arbeit der Mobilen Beratung (in Nordsachsen)?

Das Mobile Beratungsteam / Regionalbüro Nordwest des Kulturbüros Sachsen e.V. berät seit 2001 in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen sowie in der Stadt Leipzig Prozesse in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen und unterstützt die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur.

Wer kann sich bei der Mobilen Beratung melden?

Unsere Beratung richtet sich an Menschen, die sich in Vereinen oder Initiativen engagieren, an Menschen in Verwaltung, in religiösen Gemeinschaften, in den unterschiedlichsten professionellen Kontexten, wie z.B. soziale Arbeit, Kultur, Unternehmen oder Bildungseinrichtungen und an Politiker*innen. Wichtig ist nur eines: der Wunsch und das Interesse, sich für demokratisierende Prozesse einzusetzen und regionale Probleme mit rechten und antidemokratischen Strukturen ernst zu nehmen.

Welche Entwicklungen habt ihr in der Zivilgesellschaft in Nordsachsen über die letzten Jahre beobachtet?

Es gibt im Landkreis Nordsachsen viele Menschen, die sich meist auf kommunaler Ebene in ihren Zusammenhängen für ein demokratisches Miteinander engagieren.

Die Größe und überwiegend ländliche Prägung des Landkreises mit einer geringen Bevölkerungsdichte erschweren jedoch die Vernetzung dieser Akteur*innen, so dass überregional wirksame Initiativen mit Ausstrahlungskraft fehlen. Zum anderen bringen viele überregional arbeitende, häufig in Leipzig angesiedelte Vereine und Beratungsdienste Projekte und Wissen in den Landkreis. Häufig können diese an langjährig gewachsene Kontakte in den Kommunen andocken.



Welche Herausforderungen begegnen euch bei der Arbeit im Landkreis Nordsachsen?

Wünschenswert wäre, dass Prozesse von überregionaler Vernetzung demokratisch engagierter Vereine, Initiativen und Menschen in den verschiedensten Zusammenhängen intensiviert und von Wohlwollen insbesondere seitens politischer Verantwortungsträger*innen in den Kommunen begleitet werden. Instrumente, wie die Lokalen Partnerschaften für Demokratie tragen bei allen Schwierigkeiten dazu bei, dieses Engagement zu unterstützen und auch sichtbar werden zu lassen.

Grundsätzlich bedarf es u.a. einer wertschätzenden, respekt- und vertrauensvollen Kommunikation zwischen Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Behörden und Verwaltung. Außerdem braucht es Mut, Kritik, die sich an demokratischen Interessen misst, zu üben und diese als wertvoll zu begreifen.

4 Fragen an ...

Opferberatung RAA Sachsen

Worin besteht die Arbeit der Opferberatung der RAA Sachsen?

Die Opferberatung „Support“ unterstützt Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Angehörige und Zeug*innen. Wir unterstützen dabei, Angriffsfolgen zu bewältigen und die eigenen Rechte wahrzunehmen. Wir geben Orientierungshilfen und entwickeln gemeinsam individuelle Lösungen. Unsere Arbeit hilft Betroffenen, das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, Selbstwirksamkeit zu erleben, die Kontrolle über das eigene Leben zurückzuerlangen und Solidarisierungsprozesse zu fördern.

Auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene informieren wir über die Situation Betroffener, machen auf deren Perspektiven und Bedürfnisse aufmerksam und berichten über Ausmaß, Folgen und Wirkungsweisen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt.

„Support“ arbeitet parteilich, aufsuchend, kostenlos und vertraulich. Wir betreiben Beratungsstellen in Dresden, Görlitz, Chemnitz, Plauen und Leipzig sowie eine Onlineberatung.

Wer kann sich bei der „Support“ des RAA Sachsen e.V. melden?

Bei „Support“ können sich Menschen melden, die Angriffe aufgrund von Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, ihrer Aktivität gegen Neonazismus oder ihrer sozialen Benachteiligung erleben. Wir beraten auch Angehörige von Betroffenen oder Zeug*innen zum Umgang mit dem Erlebten, über Möglichkeiten, für die Betroffenen da zu sein, sowie zu ihren Rechten und Pflichten gegenüber Polizei und Behörden.

Welche Entwicklungen habt ihr in der Zivilgesellschaft in Nordsachsen über die letzten Jahre beobachtet?

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Nordsachsen ist vielfältig. In verschiedenen Bündnissen und Netzwerken begegnen wir Menschen, die sich privat oder professionell in Debatten einbringen und Projekte für eine Reihe an Zielgruppen entwickeln. Die Partnerschaft für Demokratie Nordsachsen fördert auch Projektideen überregionaler Akteure, die inhaltliche Impulse

setzen und neue Themen bearbeiten. Insbesondere im Bereich der Unterstützung für geflüchtete Menschen hat sich die Kooperation mit der Verwaltung bewährt. Aber auch in unserem Themenbereich tut sich etwas. Erst in diesem Jahr hat das Oschatzer Bündnis für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit gemeinsam mit „Support“ das Gedenken an André K., der 2011 aus sozialdarwinistischen Motiven heraus getötet wurde, wiederbelebt. Das Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt werten wir als wichtigen Schritt, um die Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und seinen Folgen in der Öffentlichkeit anzuregen.

Welche Herausforderungen begegnen euch bei der Arbeit im Landkreis Nordsachsen?

Unser Monitoring zeigt, dass der Landkreis Nordsachsen in den vergangenen Jahren immer eine Schwerpunktregion in Sachsen war. Seit 2018 verzeichnen wir steigende Fallzahlen in Nordsachsen. Von Oschatz bis Torgau im Osten, weniger von Eilenburg bis Delitzsch im Norden. Besonders häufig waren rechtsmotivierte Angriffe 2022 im nördlich von Leipzig gelegenen Taucha. Zudem gab es 2023 Mobilisierungen gegen Geflüchtetenunterkünfte in Strelln und Lausig, die von rechten Akteur*innen befeuert wurden und von rassistischer Rhetorik gekennzeichnet waren. Rechte und rassistische Haltungen sind in der Bevölkerung verbreitet. Viele Klient*innen der Opferberatung bestätigen dies. Sie berichten von einem hohen Maß an Alltagsrassismus in Form von Beleidigungen im Supermarkt, Versuchen, sie anzuspucken oder Beschimpfungen aus vorbeifahrenden Autos heraus. Rechte Anfeindungen und Gewalt richten sich als Botschaft immer an alle Angehörigen einer Betroffenenengruppe. Ihnen wird signalisiert, dass sie in den Augen der Angreifer*innen weniger wert und dass sie nirgendwo sicher sind. Alltägliche Orte wie Supermärkte, Bahnhöfe oder Bushaltestellen werden für die Menschen zu Angsträumen. Dieser Mangel an Sicherheit erschwert es den Betroffenen rechter Gewalt, sich von den Angriffsfolgen zu erholen und in den Alltag zurückzufinden.

In der Vergangenheit wurden auch Akteure aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus positionieren, Ziel von Anfeindungen. In Taucha gab es Sachbeschädigungen an den Räumen des Vereins „Solidarische Alternativen für Taucha“ (Saft e.V.). Es gibt Akteure, die aus Sorge vor Angriffen vermeiden, mit ihrer Arbeit, zum Beispiel für geflüchtete Menschen, an die Öffentlichkeit zu treten. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind aufgefordert, sich solidarisch zu zeigen, indem sie öffentlich Stellung beziehen und sich aktiv hinter kritische Initiativen stellen. Bleibt die Solidarisierung aus, entsteht bei den betroffenen Akteur*innen der Eindruck, dass sie selbst und ihr Engagement gegen Rechtsextremismus als Problem wahrgenommen werden und nicht die rechten Strukturen, die es zu kritisieren gilt.

Das Modellprojekt *debunk* der Amadeu Antonio Stiftung im Landkreis Nordsachsen:

Aufklärung, Vernetzung und Anregung zur Diskussion für einen starken, demokratischen und toleranten Landkreis

Mit dem Projekt *debunk* arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung seit März 2020 an der Umsetzung und Entwicklung von pädagogischen Formaten und Methoden zu dem Themenfeld Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Die Bildungskonzepte werden dabei vor allem für die Zielgruppen der Jugendlichen und Schüler*innen erarbeitet. Für die Entwicklung von Methoden und Formaten arbeitet das Projekt jedoch seit Beginn an, auch mit Erwachsenen und insbesondere mit Multiplikator*innen in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit zusammen.

Das Projekt hat seinen Sitz in Leipzig und konzentriert sich in seiner Arbeit auf Sachsen. Bereits bei der Projektplanung fiel die Entscheidung, sich innerhalb von Sachsen auf drei Schwerpunktregionen zu konzentrieren, um Erreichbarkeit und Ansprache der Zielgruppen stärker auf regionale Besonderheiten und Bedürfnisse anzupassen. In Absprache mit dem Demokratiezentrum Sachsen wurde sich dafür entschieden, neben dem Landkreis Bautzen und dem Vogtlandkreis auch den Landkreis Nordsachsen zu einem Schwerpunkt der Arbeit von *debunk* zu machen. Ein Grund für die Auswahl des Landkreises bestand in der Erkenntnis, dass hier vergleichsweise wenig demokratiefördernde Projekte arbeiteten und dass es beispielsweise in Bezug auf die politisch-motivierte-Kriminalität "rechts" einen hohen Stand an Straf- und Gewalttaten gab. Auch Berichte von Engagierten der Zivilgesellschaft bestärkten die Amadeu Antonio Stiftung in der Auswahl des Landkreises für das Modellprojekt *debunk*.

Im Folgenden werden einige konkrete Projektmaßnahmen vorgestellt, die im Landkreis Nordsachsen umgesetzt werden.

Fokusgruppe für pädagogische Fachkräfte und Multiplikator*innen

Trotz pandemiebedingter Umstände hat das Projekt über zwei Jahre mit einer festen Gruppe von Multiplikator*innen aus der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit, zu den Themen Verschwörungsideologien und Antisemitismus gearbeitet. Dabei lag ein Fokus darauf, in einem ersten Schritt die Teilnehmenden dazu zu befähigen, Verschwörungsideologien anhand ihrer Merkmale, Struktur und Funktionen zu erkennen und von gesellschaftskritischen Argumentationen zu unterscheiden. Dieser Schritte deckte sich auch mit den Bedarfen der Teilnehmenden. Vor dem Hintergrund vielfältiger politischer und sozialer Erfahrungen, erachteten es diese als wichtig an, eine demokratische Gesellschaftskritik zu üben und dies auch gegenüber ihren Zielgruppen zu vertreten. Ausführlich diskutiert wurde zu der Frage, welche Gründe es für das Entstehen von Verschwörungsdenken bei Jugendlichen gibt und wie mit jungen Menschen hierzu gearbeitet werden kann.

Vor dem Hintergrund der konkreten Gefahren, die von Verschwörungsideologien ausgehen können, bestand ein weiteres Ziel der Fokusgruppe darin, die Gefahren, Risiken und Folgen des Verschwörungsdenkens richtig einschätzen zu können. Die zentrale Erkenntnis der Fokusgruppe lautete, dass Verschwörungsideologien stets einen demokratiefeindlichen Kern enthalten und damit auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, vor allem Rassismus und Antisemitismus befördern können. Vor allem im zweiten Jahr der Fokusgruppe (2022) wurden auch konkrete Situationen besprochen, in denen die Teilnehmenden Kontakt mit Verschwörungserzählungen hatten. Hierbei zeigte sich, dass alle Mitglieder der Gruppe über solche Erfahrungen

verfügten. Dies waren einerseits Verschwörungserzählungen die im Kontext der Pandemie auftraten, aber auch solche, die als eindeutig rechtsextrem einzustufen sind. Die Fokusgruppe verhalf den Teilnehmenden, solche Erlebnisse nachzubearbeiten beziehungsweise konkrete Handlungsmöglichkeiten einzuüben. Basierend auf den positiven Erfahrungen der Fokusgruppe in Nordsachsen, hat sich das Projekt entschieden, auch im benachbarten Landkreis Leipzig eine solche einzurichten. Hier trafen sich (bis Redaktionsschluss) Sozialarbeitende, Jugendarbeiter*innen und Multiplikator*innen zweimal zur Diskussion der Thematik mit dem Projekt.

Netzwerkarbeit mit interner und externer Koordinierung der Partnerschaften für Demokratie im Landkreis

Von Beginn an hat das Projekt *debunk* den Kontakt mit den beiden Partnerschaften für Demokratie gesucht. So fanden beispielsweise zwischen 2020 und 2023 jährliche Gespräche und Treffen statt, in denen jeweils die Sichtweisen und Wahrnehmungen des Problems in Bezug auf Verschwörungsideologien im Landkreis ausgetauscht wurden. Es wurden aber auch konkrete Veranstaltungsformate gemeinsam umgesetzt, dazu gehörte beispielsweise ein Fachtag im ersten Jahr des Projekts (2020), kleinere Workshops oder Vorträge im Rahmen von Demokratiekonferenzen, sowie eine Veranstaltungsreihe für Multiplikator*innen, die online angeboten wurde. Für das letzte Jahr des Projekts (2024) ist ein weiterer Fachtag geplant, der zusammen mit den Partnerschaften und dem lokalen Demokratie-Netzwerk umgesetzt werden soll.

Netzwerkarbeit mit demokratischen Akteur*innen

Im Laufe der Jahre hat sich ein reger Austausch mit anderen professionellen Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft, die in Nordsachsen arbeiten, entwickelt. In regelmäßig stattfindenden Treffen tauschen sich die Projekte der verschiedenen Träger zu Herausforderungen und best practice Beispielen aus der eigenen Arbeit aus. Ziel dieser Vernetzung ist es, die Zivilgesellschaft in Nordsachsen zu stärken.

Im Zuge der Zusammenarbeit mit den Partner*innen in Nordsachsen wurde dem Projekt wiederholt der Bedarf an Dokumentation und Recherche zu demokratiefeindlichen Akteur*innen und Vorfällen im Landkreis geäußert. Dieser Bedarf entstand auch wegen der Wahrnehmung einer noch geringen Problemauffassung bei Teilen der Bewohner*innen des Landkreis sowie bei der Verwaltung. Mit "mehr in den Händen", auf das sich bezogen werden kann, so die Hoffnung, könne auch bestärkt für mehr demokratische Initiativen und Unterstützung dieser geworben werden.

In Anbetracht dieses geäußerten Bedürfnisses und der eigenen Konfrontation mit einer dünn organisierten Zivilgesellschaft im Landkreis, ist die Amadeu Antonio Stiftung auf die Gruppe Chronik L.E. zugegangen. Beide Organisationen haben dann den Prozess begonnen, in einem Redaktionskollektiv die einzelnen Artikel der Broschüre zu erarbeiten.

Die nun vorliegende Arbeit ist also sowohl Ergebnis der intensiven Auseinandersetzung mit antidemokratischen Akteur*innen, als auch der engen Zusammenarbeit mit der demokratischen Zivilgesellschaft in Nordsachsen. So wie in allen Regionen von Sachsen, gibt es auch in Nordsachsen Demokrat*innen, die sich Tag für Tag für eine offene und tolerante Gesellschaft in ihrem Landkreis einsetzen. Mit der Veröffentlichung dieser Handreichung ist der starke Wunsch verbunden, eine breite Diskussion im Landkreis Nordsachsen zu den Problemen zu beginnen beziehungsweise fortzusetzen.

Demokratie fördern in Nordsachsen – Adressen und Kontakte Unterstützungsangebote

Beratung und Politische Bildung

RAA Opferberatung
<https://www.raa-sachsen.de/>
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Mobile Beratung Nordwest, Kulturbüro Sachsen
<https://kulturbuero-sachsen.de/>
mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Projekt debunk, Amadeu Antonio Stiftung
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/debunk/>
debunk@amadeu-antonio-stiftung.de

RosaLinde e.V., Queer durch Sachsen
<https://www.rosalinde-leipzig.de/beratung/queer-durch-sachsen/>
umlandberatung@rosalinde-leipzig.de

Netzwerk für Demokratie und Courage
<https://www.netzwerk-courage.de/sachsen/>
sachsen@netzwerk-courage.de

Projektförderung und Begleitung

Partnerschaft für Demokratie Nordsachsen
<https://www.demokratie-nordsachsen.de/koordinierungs-und-fachstelle/>
pfd-nos@diakonie-delitzsch.org

Partnerschaft für Demokratie Eilenburg, Bad
Düben, Laußig
<https://demokratie-eb-bd-lau.de/fachstelle@demokratie-eb-bd-lau.de>

Amadeu Antonio Stiftung, Projektförderung
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/foerderung/>
foerderung@amadeu-antonio-stiftung.de

Dokumentation und Recherche

chronik.LE
<https://chronikle.org/>
chronik.le@engagiertewissenschaft.de

Für ein demokratisches Miteinander. Ohne wenn und aber!

Was wir wollen

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass – ob aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe, Geschlecht (Sidentität) oder Religion. Eine Welt ohne Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Eine Welt ohne Nazis und Rechtsextreme jeglicher Couleur. Und vor allem: eine Welt der Gleichwertigkeit und Demokratie – ohne Wenn und Aber. Das ist kein einfaches Ziel. Aber ein wichtiges. Deshalb arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung auf mehreren Ebenen, damit aus dieser Vision Realität wird. Die Arbeit der Stiftung fällt in fünf Bereiche, die einander ergänzen: Unterstützung von Betroffenen, Projektförderung, Forschung, Information und Campaigning.

Was Sie tun können

Es beginnt mit Ihrer Spende. Denn Spenden sind ein essentieller Bestandteil unserer Finanzierung. Und jede Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Arbeit. Damit wir uns weiterhin gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagieren können. Zusammen. Seien Sie dabei. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften/>

Was wir tun

- Wir unterstützen Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt finanziell – etwa mit dem Opferfonds Cura.
- Wir fördern bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft einsetzen. Besonders im ländlichen Raum.
- Wir forschen und monitoren zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Broschüren und konkrete Forderungen einfließt.
- Wir sorgen dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social-Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch konkrete pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektiven von Betroffenen rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.



Die Stiftung kontaktieren

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung spenden

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

✕ AmadeuAntonio
f AmadeuAntonioStiftung
@ amadeuantoniofoundation
amadeuantoniofoundation
AmadeuAntonioStiftung
amadeu-antonio-stiftung

Im Jahr 2023 wurden auf der Dokumentationsplattform chronikle.org insgesamt 63 diskriminierende Ereignisse im Landkreis Nordsachsen veröffentlicht. Diese reichen von neonazistischen Aufklebern und Graffiti über rassistische Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen. Im Frühjahr des Jahres 2023 erregte die Mobilisierung gegen die Unterbringung von Geflüchteten in mehreren Gemeinden im Landkreis auch überregional Aufsehen. Für die vorliegende Broschüre haben sich die Autor*innen von [chronik.LE](https://chronik.le) und der Amadeu Antonio Stiftung damit auseinandergesetzt, welche Akteur*innen und Weltbilder hinter den Schmierereien, Demonstrationen und Angriffen im Landkreis stehen – und wie diese die Demokratie gefährden. Besonderer Fokus liegt dabei auf dem Themenfeld Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Dabei wird deutlich, dass demokratiefeindliche Einstellungen kein gesellschaftliches Randphänomen sind. Zudem stellt die Broschüre demokratische Akteur*innen vor, die in Nordsachsen tätig sind. In den Interviews werden Strategien und Bedarfe in der Demokratiearbeit für den Landkreis Nordsachsen formuliert.

Die vorliegenden Analysen geben anhand des Landkreises Nordsachsen beispielhafte Eindrücke von Herausforderungen und Hürden vor denen demokratische Akteur*innen in ländlichen Regionen in Ostdeutschland stehen.

